



Januar bis März 2022

RECHTS.GESCHEHEN





Editorial

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat seit dem 24. Februar die Welt nachhaltig verändert. Die Grundprinzipien der europäischen Friedensordnung wurden durch den russischen Präsidenten außer Kraft gesetzt. Der von Wladimir Putin verschleiern als „Sondermilitäraktion“ bezeichnete Überfall auf die Ukraine findet seine ideologische Untermauerung in Konzepten einer „russischen Wiedererweckung“, die ihrerseits auf antiliberalem Gedankengut aufbauen. Gleichzeitig spaltet Russlands Angriffskrieg die rechte Szene in Deutschland: auf der einen Seite die starke Gruppe derer, die sich weiterhin solidarisch zeigen mit dem autoritär regierenden russischen Präsidenten, auf der anderen Seite die kleinere Gruppe derer, die die nationalistischen Kräfte der Ukraine unterstützt.

Unser aktueller Themenschwerpunkt geht diesen Fragen nach: Putins ideologischer „Background“ und seine Ideengeber werden vorgestellt. Die Verbindungen in den deutschen Sprachraum werden transparent gemacht. Eine ausführliche Medienanalyse ordnet die Narrative der einzelnen Parteien, Gruppierungen und Medien ein. Wir skizzieren die Hintergründe des ukrainischen Asow-Regiments und fragen nach der Bedeutung des ukrainischen Partisanenführers, Antisemiten und NS-Kollaborateurs Stepan Bandera (1909 – 1959), der bis in die Gegenwart in der Ukraine verehrt wird.

In gewohnter Form präsentieren wir in der neuen Ausgabe auch die wichtigsten Ergebnisse unserer täglichen Medienanalysen für das erste Quartal des Jahres 2022: vom spektakulären Austritt des Bundesvorsitzenden Jörg Meuthen aus der AfD, über aktuelle Gerichtsverfahren gegen rechte Straftäter und politische Initiativen gegen rechtes Denken und rechte Netzwerke.

Zuletzt eine Information in eigener Sache: In einer stark besuchten Medienkonferenz im Generallandesarchiv Karlsruhe zog am 28. März Wissenschaftsministerin Theresia Bauer MdL eine erste Bilanz der Arbeit der Dokumentationsstelle und skizzierte zusammen mit den Vertretern des Landesarchivs Perspektiven für die weitere Arbeit der jungen Einrichtung. Wichtigste Botschaft: Der Landtag von Baden-Württemberg hat mit dem Haushalt 2022 die Arbeit der Dokumentationsstelle langfristig abgesichert. Das Land stellt dafür jährlich rund 830.000 EUR zur Verfügung. Denn, so die Ministerin: „Dauerhafte und systematische Dokumentation und Erforschung des Rechtsextremismus ist ein Beitrag zur aktiven Verteidigung der Demokratie“.

Karlsruhe, im Mai 2022

Das Redaktionsteam aus der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Themenschwerpunkt

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und die Positionen der extremen Rechten

Am 21. Februar 2022 erklärte der russische Präsident Vladimir Putin in einer Fernsehansprache die Anerkennung der beiden sogenannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk. Mit der Ankündigung einer „Sondermilitäroperation“ startete Putin am 24. Februar die Invasion der Ukraine. Damit eskalierte ein Konflikt, der 2014 mit der sogenannten Maidan-Revolution begonnen hatte, in deren Folge der pro-russische ukrainische Präsident Janukowitsch gestürzt und die Krim von Russland besetzt worden war.

Das Ziel der „Sondermilitäroperation“, so Putin, sei der Schutz der Menschen in der ostukrainischen Region Donbass, die seit acht Jahren „der Misshandlung und dem Genozid ausgesetzt“ seien. Dafür werde man „die Entmilitarisierung und die Entnazifizierung der Ukraine“ anstreben, erklärte der Präsident. Putin beruft sich jedoch nur dann auf Antifaschismus, wenn dieser der Legitimation seiner Politik diene. So kämpft auf Seite der russischen Streitkräfte die Söldnertruppe Gruppe Wagner.

Der Name bezieht sich auf den Lieblingskomponisten von Adolf Hitler, Richard Wagner. 2014 gehörte die Söldnertruppe zu den Einheiten ohne Hoheitsabzeichen, die die Krim einnahmen und danach auf Seiten der russischen Separatisten im Donbass kämpften. Der ehemalige russische Geheimdienstoffizier, Dmitri Utkin, mutmaßlicher Gründer der Söldner-Einheit, die für Kriegsverbrechen in Konflikten weltweit verantwortlich gemacht wird, gilt als bekennender Neonazi. Er soll auf seinem Oberkörper diverse Nazi-Tätowierungen tragen. Auf der Krim und im Donbass kämpfte auch die rechtsextreme Russische Reichsbewegung (RIM), die von der Wiederauferstehung des russischen Großreiches und der Wiedereinführung des Zarentums träumt. In ihrer Symbolik verwendet RIM ein nur leicht abgewandeltes Hakenkreuz. RIM-Aktivistinnen nahmen im Mai 2018 auch am „3. Europakongress“ der NPD-Jugendorganisation auf dem Gelände des Deutsche Stimme-Verlags im sächsischen Riesa teil. Vorgestellt wurde RIM als „national-patriotische und monarchistische Organisation, deren Ausrichtung sie selbst als christlich-orthodoxen, imperialen Nationalismus umreißt“. Anerkennend teilten die Jungen Nationalisten mit, dass RIM „über sehr aktive internationale Kontakte“ verfügt.

Russland selbst zählt rund 150 rechtsextreme Organisationen im eigenen Land und scheint ein viel größeres Problem mit Rechtsextremismus zu haben als die Ukraine. Wollte Putin tatsächlich etwas „entnazifizieren“, müsste er bei seinen Gesinnungsfreunden im Westen beginnen. Putins Regime hat extrem rechte Parteien und Politiker in ganz Europa gefördert, um die EU zu destabilisieren, darunter: Marine Le Pen (Frankreich), den Rechtspopulisten Geert Wilders (Niederlande), die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), Matteo Salvini Lega Nord (Italien), Premier Viktor Orban und die damals rechtsextreme Jobbik (Ungarn) sowie die AfD. Putins „antifaschistische“ Begründung des Krieges ist deshalb grotesk.

In Sachen „Entnazifizierung“ der Ukraine ist zu konstatieren, dass bei der dortigen Parlamentswahl 2019 die erst ein Jahr zuvor gegründete Partei Diener des Volkes des heutigen Präsidenten Wolodymyr Oleksandrowytsch Selenskyj mit einer Liste ohne bekennende oder bekannte Nazis 43 Prozent der Stimmen erhielt, während die extrem rechten Parteien Svoboda, Nationalkorps, Rechter Sektor und Kongress Ukrainischer Nationalisten nicht einmal gemeinsam die Fünf-Prozent-Hürde überschritten. Rechtsextreme Parteien haben in der Ukraine aktuell keine Massenbasis. Auch militärisch fallen Rechtsextremisten wenig ins Gewicht. Das von Rechtsextremisten ins Leben gerufene Asow-Regiment, auf das Putin mit seiner „Entnazifizierungs“-Rede offenbar anspielt, hatte in früheren Zeiten schätzungsweise 2.500 Kämpfer.

Russlands Angriffskrieg spaltet die extrem rechte Szene in der Bundesrepublik. Der Solidarität mit dem autoritären russischen Staatsführer Putin und dessen Ablehnung westlicher Werte sowie der NATO / USA stehen jene Kräfte diametral entgegen, die enthusiastisch den Kampf des ukrainischen Asow-Regiments verfolgen und jeden vernichteten russischen Panzer bejubeln.

Zuletzt positionierten sich deutsche Rechtsextremisten mehrheitlich pro-russisch. Denn: Putin wird in diesen Kreisen als Heilsbringer beschworen: In der Querdenker- und Coronaleugner-Szene, in großen Teilen der AfD, im auflagestarken Compact-Magazin, bei sächsischen Neonazis um die Kleinstpartei Freie Sachsen und selbst in der amerikanischen Alt-Right-Bewegung galt und gilt der russische Präsident vielen als Vorbild im Kampf gegen westliche Werte: gegen die Moderne, gegen Gendertheorie, gegen Wokeness, gegen Homosexuelle, gegen sexuelle Liberalisierung, gegen Feminismus, gegen Minderheitenrechte, gegen Multikulturalität, für Tradition, Religion, Familie. Man

sieht Russland als den Gegen-Westen zum als dekadent wahrgenommenen Liberalismus, als Gegenbild zu Selbstbestimmung, pluraler Demokratie und politischer Liberalität. Putin selbst sieht sich als Retter der christlichen Mythen und Religionen gegen die Profanität des Westens. Er gilt als Identifikationsfigur, dessen Panzerpolitik und autoritäres Auftreten auf unverhohlenen Zuspruch stößt. Die russische Vorstellung der Dreieinigkeit von Volk, Nation und überzeitlicher Schicksals-herrschaft stößt hierzulande auf Begeisterung. Kräfte, die die Delegitimierung des demokratischen Verfassungsstaates vorantreiben wollen, können direkt an die Widerstandserzählungen der Pandemie anknüpfen. Erhalten bleibt auch die verbindende Komponente: der Widerstand gegen „das System“.

Putins rechtsextreme Ideengeber

Das Fundament von Präsident Putins Konzept der „russischen Wiedererweckung“ basiert auf den Vorstellungen von mehreren ideologischen Schlüsselfiguren. Zum Teil stößt deren Gedankengut auch auf Zustimmung in extrem rechten Kreisen in Deutschland. In neurechten Kreisen und weithin in der AfD wird der Putin-treue rechtsextreme Ideologe Alexander Dugin (in russischer Schreibweise: Aleksandr) verehrt. Er ist Cheftheoretiker des Neoeurasismus – einer radikal liberalismusfeindlichen Ideologie mit Grundpositionen wie z.B. Antiamerikanismus. Diese Denkrichtung will den Liberalismus des Westens militärisch bezwingen. Der Eurasismus wurde in den 1920er Jahren von Denkern entworfen, die vor der bolschewistischen Revolution geflohen waren. Demnach sollte Russland das Zentrum eines nach Osten ausgerichteten Reichs werden. Europa galt ihnen schon damals als dekadent.

Der Bonus-Verlag des rechtsextremen norddeutschen Verlegers Dietmar Munier brachte Dugins Bücher in deutscher Übersetzung, die rechtsextremen Zeitschriften Zuerst! und Compact veröffentlichten Interviews und Redebeiträge. Der 1962 geborene Dugin beruft sich auch auf ähnliche Klassiker wie die Neue Rechte. Stark geprägt ist Dugin von der antidemokratischen Konservativen Revolution der Weimarer Republik. Obwohl der ehemalige Universitätsprofessor und bekannteste Vertreter der Neuen Rechten in Russland keine offiziellen Ämter innehat, gilt er als eine „ideologische Schlüsselfigur“, die der Moskauer Denkfabrik Katehon vorsteht. „In dieser Eigenschaft wird ihm ideologische Beeinflussung bis in die Staatsführung Russlands hinein nachgesagt“, so die Bundesregierung im März auf Anfrage. Katehon ist ein „rechtsextremer Think Tank“, der „durch eine antiwestliche und antiliberalistische Grundeinstellung, die zugleich die Ideologie des ‚Noworossija‘ (Neurussland) proklamiert“, geprägt ist. Dahinter steht der ultraorthodoxe Oligarch Konstantin Malofeew, der zu einem „sakralen Krieg“ aufruft, um eine „neurussische Expansion“ auf den Weg zu bringen. Leitmotive dieser Ideologie sind die Schaffung eines einheitlichen Kulturraums slawisch-orthodoxer Russen sowie eine russische Dominanz über große Teile Europas und Asiens. Aufgrund der Parallelen zu faschistischen Ideologien unterhält Dugin gute Beziehungen zu diversen extrem rechten Gruppierungen, Parteien und Personen in Europa und Deutschland, so die Bundesregierung. AfD-Politiker treffen sich immer wieder mit Dugin, so der sächsische AfD-Landeschef Jörg Urban im April 2021.

Mit dem Österreicher Alexander Markovics, einem der Gründer der Identitären Bewegung in der Alpenrepublik, arbeitet ein Redakteur des NPD-Parteiorgans Deutsche Stimme (DS) als Übersetzer und Sprachrohr Dugins im deutschen Sprachraum. Den Überfall Russlands auf die Ukraine wertet Dugin nicht als Krieg gegen die Ukraine, sondern gegen den Globalismus und Liberalismus. Russland baue nun „seine Welt, seine Zivilisation“. Am Tag des Überfalls auf die Ukraine veröffentlichte Dugin den von Markovics übersetzten Text „Lang lebe Neurussland! Die große slawische Reconquista beginnt“. Darin heißt es: „Der Präsident hat von der Entkommunisierung gesprochen. [...] Die Globalisten haben uns die Ukraine genommen. [...] Neurussland ist das Land der Zukunft. Die Lösung ‚Die Krim ist unser‘ wird nun wie ein Kompromiss und eine halbherzige Maßnahme wirken. Der Geist, der im Donbass lebt, wird alles ändern, nicht nur in Neurussland, sondern in Russland selbst. Es wird nicht einfach sein, ihn wieder in die Flasche zurückzubekommen. Der Präsident hat von der Entkommunisierung gesprochen. Ich denke, dass er damit einfach nur meinte, dass Russland mehr als 100 Jahre alt ist und wir die Träger einer neuen Ideologie sind, die offensichtlich weder liberal, noch kommunistisch ist. Wir sind das Reichsvolk. Wir Russen sind nicht von gestern, sondern von morgen.“

In einem Interview mit dem russischen Fernsehkanal Tsargrad führte Dugin aus: „Ich denke, dass es dabei um die Befreiung der Ukraine als Ganzes geht; dann werden wir aufhören. Putin hat heute Morgen gesagt, dass alle Kompromisse und halbherzigen Maßnahmen nicht länger funktionieren. Wir haben ihnen die Möglichkeit gegeben, die Sprache des Friedens zu sprechen, wir haben dem Westen und Kiew die Gelegenheit gegeben die Sprache der Diplomatie zu sprechen. All unsere Vorschläge wurden zurückgewiesen. Es gab keine Alternative. Ich denke, dass die erste Phase in der Befreiung von Neurussland bestehen wird (nicht nur Donezk und Lugansk, sondern tatsächlich Neurussland und sein gesamtes historisches Gebiet). Als Putin sagte: ‚Wollt ihr die Entkommunisierung?‘, war

klar, wie das gemeint ist. Lenin erschuf die künstliche Entität ‚Ukraine‘ (und später half Chruschtschow dabei). Mit diesem Erbe des Kommunismus, Bolschewismus, von Lenin und Chruschtschow hat sich die Ukraine verabschiedet. Wir haben damals auch auf Wiedersehen gesagt. Man kann sich nicht nur in eine Richtung verabschieden.“

Putins Lieblingsphilosoph und einer seiner Ideengeber ist Iwan Iljin (1883 – 1954). Mehrfach wurde dieser von Putin seit der Jahrtausendwende rezipiert und vielfach zitiert. Der russische Religionsphilosoph, ein Anti-Kommunist, war ein Anhänger der Weißen Armee und slawophiler Faschist, ein Bewunderer Hitlers und Mussolinis, der sich in den 1940/50er Jahren im Exil in Deutschland damit befasst hat, wie ein postsowjetisches Russland aussehen könnte. Als die russischen Soldaten im Januar 2014 ihren Einberufungsbefehl für den Einmarsch auf der Krim bekamen, erhielten unter anderem die Regionalgouverneure ein Exemplar von Iljins Buch „Unsere Aufgaben“, eine Sammlung politischer Aufsätze. Nachdem die russischen Truppen die Krim besetzt hatten und das russische Parlament für die Annexion gestimmt hatte, zitierte Putin Iljin erneut als Rechtfertigung. Im Jahre 2005 ließ Putin Iljins Leichnam im schweizerischen Zollikon exhumieren und im Moskauer Donskoikloster, wo auch Puschkin und Solschenizyn liegen, bestatten. Putin war persönlich dabei. 2009 legte Putin Blumen am Grab von Iljin nieder. „Putins Philosoph eines russischen Faschismus“ nennt ihn der US-amerikanische Historiker Timothy Snyder.

https://www.martinarenner.de/fileadmin/MartinaRenner/Anfragen/Beantwortet/2022/Antwort_SF_3-177_Russische_Imperialbewegung_02.pdf / eingesehen am 29. März 2022 (BT-Drs. 20/1184 vom 25.03.2022, S. 40f)

https://www.martinarenner.de/fileadmin/MartinaRenner/Anfragen/Unbeantwortet/2022/Antwort_SF_3-56_Dugin.pdf / eingesehen am 19. März 2022 (BT-Drs. 20/1097 vom 18.03.2022, S. 49f)

AfD ringt um Position zu Russlands Krieg, in: Der Spiegel, 10/2022, S. 51

Gespräch mit Michel Eltchanioff, in: Der Spiegel, 15/2022, S. 116-119

Homepage Alexander Markovics / eingesehen am 1. März 2022

Stellungnahmen der extremen Rechten zum Krieg

NPD

Den russischen Angriffskrieg nutzt die 1964 gegründete NPD, die älteste rechtsextreme Partei Deutschlands, zur Pflege ihrer Hassobjekte NATO und USA. Die Sympathie gilt weithin Putin. Im Interview mit dem neonazistischen Medienportal FSN-TV (Frei – Sozial – National) am 3. März 2022 nannte der NPD-Vorsitzende Frank Franz Russland ein „autoritäres Bollwerk gegen den dekadenten Westen“. Unter dem Motto „Kein Bruderkrieg in Europa!“ hat das Parteipräsidium der NPD am 24. Februar eine Erklärung abgegeben. Darin wird die Nato für den Krieg verantwortlich gemacht: „Die Kriegshetze der NATO hat es nun geschafft, dass die Brudervölker Russen und Ukrainer aufeinander schießen und wieder einmal Mütter ihre gefallenen Söhne beweinen werden. Die NPD fordert den sofortigen Abzug amerikanischer Soldaten aus Europa und die Einstellung aller Kampfhandlungen.“

Die USA, von der NPD als „raumfremde Macht“ definiert, „würden genauso reagieren wie jetzt Putin, wenn die Russen Raketen auf Kuba oder in Venezuela stationieren würden. Ami go home – damit der Frieden in Europa wieder sicherer wird“, so das NPD-Parteipräsidium. Udo Voigt, ehemals NPD-Bundesvorsitzender und Europaabgeordneter a.D., drischt ins gleiche Korn: „Jeder, der für Deutschland die notwendige Freiheit einfordert, muss verinnerlichen, dass der Gegner nicht in Kiew oder Moskau sitzt, wohl aber im NATO-Hauptquartier in Brüssel, in Washington im weißen Haus, aber auch im Berliner Kanzleramt.“

Im April 2022 gab das NPD-Sprachrohr Deutsche Stimme (DS) die Parole „Der Ukrainekrieg ist das Ergebnis des NATO-Imperialismus“ aus. Der „Expansionskurs“ der „NATO, allen voran ihre Führungsmacht USA“, habe schon 2008 „zum Krieg in Georgien“ geführt, so die DS. DS-Chefredakteur Peter Schreiber lässt verlautbaren, dass seine Redaktion „mit großer Mehrheit an der geopolitisch dominierten Einschätzung festhält, wonach es vor allem die Politik der NATO-Osterweiterung und die bewusste Missachtung russischer Sicherheitsinteressen ist, die zur jetzigen Eskalation geführt hat.“

Der bayerische NPD-Funktionär Axel Michaelis hält von beiden kriegführenden Staaten nichts: „Es ist unsinnig, den durch und durch korrupten ukrainischen Staat, der jahrelang Erdgas gestohlen hat, welches über ihr Territorium von Rußland nach Mitteleuropa geleitet wurde und dafür noch Milliarden Euro an Durchleitungsgebühren erhielt, und der seit 2014 zu einem Vorposten der ‚westlichen Wertegemeinschaft‘, sprich der USA, aufgebaut wurde, zum Verteidiger unserer angeblichen Freiheit vor einer herbeihalluzinierten russischen Bedrohung verklären. Doch ebenso wenig ist Rußland, ob mit oder ohne Präsident Putin, der seit einigen Jahren genau wie die hiesige politische Klasse überall nur noch Faschisten und Nazis am Werk sieht, der allein heilsversprechende Verbündete oder gar Freund Deutschlands.“

Der langjährige NPD-Auslandsbeauftragte Jens Pühse vertritt eine absolute Minderheitenposition in seiner Partei und lehnt den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine ab. Zustimmung zitiert er Thesen des identitären Ideologen Mario Müller, eines wegen Gewalttaten vorbestraften Ex-Neonazis. Demnach habe Putin sich „mit seinem Schritt für Asien und gegen Europa entschieden“.

Trotz mehrheitlicher Sympathiebekundungen für Russland hat die DS im März einen Spendenaufruf unter dem Motto „Medizinische Hilfe für das Kinderkrankenhaus in Lemberg“ gestartet.

Getragen wird die Initiative von dem Verein Europa Terra Nostra, der Alliance for Peace and Freedom (APF), einer Vereinigung rechtsextremer Parteien, und dem schwedischen Verein Det Fria Sverige (Das Freie Schweden).

Homepage NPD / eingesehen am 26. Februar 2022

Deutsche Stimme / eingesehen am 20. April 2022

Homepage NPD Bayern / eingesehen am 12. März 2022

Freie Sachsen

Die 2021 gegründete neonazistische Kleinstpartei Freie Sachsen unter Führung des Rechtsanwaltes Martin Kohlmann spricht sich deutlich für Putin aus. Die Freien Sachsen haben Überschneidungen mit Verschwörungsideologen der Querdenker-Bewegung. „Einseitige Schuldzuweisungen“ seien falsch und Sanktionen „jeder Art“ gegen Russland abzulehnen. Kritisiert wird die NATO. Sie habe „die ukrainische Regierung regelrecht aufgestachelt und zu fortwährenden Provokationen und Überfällen veranlasst“. Die Freien Sachsen, eine treibende Kraft bei der Radikalisierung der Proteste von Impfgegnern im Freistaat, erklären zudem ihre Sympathie für die russischen Separatisten in der Ost-Ukraine („souveräne Volksrepubliken“) mit einem Bekenntnis: „Auch wir Sachsen streben nach Autonomie und erkennen die von den dortigen Bürgern ausgerufenen Volksrepubliken Donezk und Donbass an.“

Homepage Freie Sachsen / eingesehen am 14. April 2022

Zuerst!

Treu an der Seite Russlands steht die rechtsextreme Monatszeitschrift Zuerst! aus dem Verlagsimperium von Dietmar Munier. Manuel Ochsenreiter, langjähriger Zuerst!-Chefredakteur, der das Blatt auf Kreml-treuen Kurs gebracht hatte, war gar im russischen Exil in Moskau im August 2021 verstorben. Dorthin hatte sich der ehemalige Mitarbeiter des AfD-Bundestagsabgeordneten Markus Frohnmaier geflüchtet, nachdem die Staatsanwaltschaft Berlin gegen ihn Ermittlungen gegen wegen des Verdachts der Anstiftung zu schwerer Brandstiftung eingeleitet hatte.

Die Zuerst!-Ausgabe vom März 2022 mit dem Titel „Deutsche und Russen. Vom Westen zur Feindschaft verdammt?“ ging noch vor dem Überfall der Ukraine in Druck. Putin wird darin als Friedensfürst gepriesen: „Doch 31 Jahre nach der Auflösung des Warschauer Paktes hat man es nicht mehr mit der imperialistischen Sowjetunion zu tun, sondern mit dem Rußland Wladimir Putins. Der hat dem Westen jahrelang die Hand gereicht, um zu einem verlässlichen Wirtschafts- und Sicherheitspartner zu werden. [...] Putin will nicht mehr als die elementaren Sicherheitsinteressen seines Landes wahren [...] nationale Selbstbehauptung und nicht Expansionspolitik ist seine Maxime.“ Regelmäßige Interviewpartner von Zuerst! sind AfD-Politiker, darunter auch baden-württembergische Landes- und Bundeparlamentarier.

AfD

Die AfD unterstützt traditionell russische Narrative. Es gibt eine Grundsympathie gegenüber Russland, geteilt wird Putins autoritäres Denken. Die Schuld an dem Angriff auf die Ukraine wird von großen Teilen der Partei nicht dem Aggressor Putin, sondern dem Westen, der EU und der Nato zugewiesen. In den vergangenen Jahren waren AfD-Politiker als sogenannte „Wahlbeobachter“ auf der Krim oder im Donbass tätig, wie Gunnar Lindemann, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses. Abgeordnete reisten nach Syrien wie der Bundestagsabgeordnete Udo Hemmelgarn; in Syrien ist Russland Kriegspartei auf Seite des Diktators Assad. AfD-Spitzenpolitiker haben bislang wie die meisten europäischen rechtsextremen Parteien enge Beziehungen zum Kreml unterhalten und wurden aktiv von ihm unterstützt. Putins Ablehnung westlicher Organisationen wie der NATO und der EU passt bestens zu den Ansichten der weithin antiamerikanisch orientierten AfD-Wählerbasis in den Bundesländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Die in Straßburg und Brüssel betriebene Politik wird hier skeptisch beurteilt; Sympathien gegenüber Russland sind weitverbreitet.

Seit dem russischen Angriffskrieg ringt die AfD um eine einheitliche Haltung, die ihr jedoch nicht gelingen will. Nach einigem hin und her hat sich die Parteispitze aufseiten der Ukraine positioniert. Die Vorsitzenden der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Alice Weidel und Tino Chrupalla, verurteilten den russischen Angriff auf die Ukraine und forderten eine Rückkehr aller Beteiligten an den diplomatischen Verhandlungstisch. Dabei müssten dem russischen Präsidenten Wladimir Putin allerdings „glaubwürdige Angebote“ gemacht werden. Zugleich lehnten die AfD-Parlamentarier Wirtschaftssanktionen gegen Russland ab, billigten nur Sanktionen gegen Verantwortliche und Unterstützer des Angriffskrieges. Der gebürtige Sachse Chrupalla pflegte bis in die jüngere Vergangenheit demonstrativ Kontakte nach Moskau. Im Dezember 2020 weilte er mit einer AfD-Delegation beim russischen Außenminister Sergej Lawrow, im Juni 2021 war Chrupalla erneut in Moskau, diesmal im Verteidigungsministerium. Dazwischen besuchte auch Weidel Moskau. Im März 2021 führte sie Gespräche im Außenministerium und mit der russischen Zentralbank.

Bekannte AfD-Politiker haben Pro-Russland-Positionen bezogen. Der neurechte Ideologe Karlheinz Weißmann, Kuratoriumsvorsitzender der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung, stellte in der AfD-nahen Wochenzeitung Junge Freiheit fest, dass unter Anhängern der AfD sich jene, „die von einer russischen Bedrohung ausgehen, und jene, die eine solche Bedrohung bestreiten, fast die Waage“, halten.

Der Thüringer AfD-Chef Björn Höcke forderte am Tag des Überfalls, die „Kriegshandlungen sofort einzustellen“. Gleichzeitig aber bezeichnete Höcke die Ukraine als „Opfer einer geopolitischen Auseinandersetzung auf globaler Ebene zwischen der NATO (Westen) und Russland (Osten)“. Auch einen Seitenhieb auf die Nato konnte sich Höcke nicht verkneifen: „Leidtragende sind die Menschen in den Kriegsgebieten, die Bilder erinnern an die NATO-Bombenangriffe auf serbische Städte, als es um den Kosovo ging.“

In den frühen Morgenstunden, unmittelbar nach dem russischen Angriff auf die Ukraine, setzte Hans-Thomas Tillschneider einen Tweet ab: „Rußland greift an“, schreibt die Tagesschau. Falsch. Rußland wehrt sich!“ Der frühere „Flügel“-Exponent Tillschneider ist stellvertretender Vorsitzender der sachsen-anhaltinischen AfD-Landtagsfraktion.

„Wer sich in diesem Konflikt auf nur irgendeine Seite stellt, hat nichts verstanden“, merkte der thüringische AfD-Landtagsabgeordnete Thomas Rudy drei Tage nach dem russischen Überfall auf die Ukraine bei Facebook an: „Die Ukrainer sehen nur ihre Unabhängigkeit vor Augen. Dass diese Unabhängigkeit nur neue Abhängigkeiten von der NATO/EU brächte, ist ihnen egal.“ Aus Sicht des gebürtigen Baden-Württembergers seien die „Handlungen beider Seiten aus ihrer Perspektive nachvollziehbar“. Er selbst wende sich „weder gegen die tapferen Ukrainer, welche ihren Heimatboden verteidigen, noch gegen Russland als Staat, welcher die Aggressionen der NATO nach seinen Möglichkeiten“ kontere.

Die frühere CDU-Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach, nunmehr AfD-Mitglied und Vorsitzende der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung e.V., benennt im März-Rundbrief ihrer Stiftung den Verursacher des Krieges: „Der Überfall auf ein anderes Volk, ein anderes Land ist ein Völkerrechtsverbrechen und ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. [...] Wir stehen insbesondere aber an der Seite der Menschen in der Ukraine. Ihnen gehört unsere Solidarität. [...] Putin hat vor den Augen der Welt mit diesem verbrecherischen Angriffskrieg den Frieden gebrochen und diesen Krieg zu verantworten. Er ist der Täter!“

In ihrem zehn Punkte umfassenden Katalog zum Ukraine-Krieg stellt die AfD-Jugend einerseits fest, dass Russland „das Völkerrecht gebrochen“ hat. „Diese durch nichts zu entschuldigende Eskalation“ wird gleichzeitig mit der Behauptung relativiert, dass die Eskalation „in ihrer Entstehung vom Westen mit provoziert, bedingt durch westliche Interventionspolitik und mangelnde Berücksichtigung legitimer russischer Sicherheitsinteressen“ sei: „Auch das gehört zur Wahrheit“, so der AfD-Nachwuchs. Deshalb müsse die Ukraine „im eigenen Interesse, neutral bleiben und darf nicht länger Spielball von Hegemonialmächten sein.“ „Einen Beitritt der Ukraine zur EU und zur NATO lehnen wir ab.“

<https://afdbundestag.de/positionspapier-ukraine-krieg/> / eingesehen am 12. März 2022

<https://www.afd-thueringen.de/thuringen-2/2022/02/hoecke-es-haette-nie-so-weit-kommen-duerfen/> / eingesehen am 3. Mai 2022

<https://erasmus-stiftung.de/rundbrief-nr-23-im-maerz-2022-ein-krieg-mitten-in-europa/> / eingesehen am 7. März 2022

Junge Freiheit / eingesehen am 24. Februar 2022

Homepage Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e.V. / eingesehen am 13. März 2022

Compact

Uneingeschränkt an die Seite Russlands stellt sich das rechtsextreme Compact-Magazin, das Sprachrohr des staatsfeindlichen Spektrums von Querdenkern und Rechtsextremisten. Macher des Blattes ist der gebürtige Pforzheimer Jürgen Elsässer, der mit seinem Monatsmagazin der Kreml-Propaganda in Deutschland eine Plattform bietet. Zum Kern des politischen Aktivismus von Elsässer gehört die Verbreitung aggressiver antiamerikanischer Verschwörungstheorien. Compact attackiert das demokratische System und seine Institutionen und vertritt verschwörungsideologische Positionen.

„Putins Militäraktion ist defensiv“, verharmloste Elsässer noch am 22. Februar den Aufmarsch der russischen Truppen an der Grenze zur Ukraine: „Nach tagelangen Angriffen ukrainischer Kräfte auf die Donbass-Republiken dient der Schritt Moskaus dem Schutz der dortigen Bevölkerung. Die Militärhilfe ist vergleichbar mit jener für die Sezessionsrepubliken in Georgien, denen das russische Militär 2008 erfolgreich gegen die Angriffe der Regierung in Tiflis zu Hilfe kam.“ Der Putin-Verharmloser weiter: „Wenn es eine Lehre aus der Geschichte gibt, dann diese: Deutsche und Russen dürfen sich nie mehr gegeneinander hetzen lassen. Wir sind nicht das Kanonenfutter für angloamerikanische Öl- und Gasinteressen. Was es jetzt braucht, ist eine Neuaufgabe der Friedensbewegung, die sich schon 2014 den NATO-Kriegstreibern entgegenstellte. COMPACT liefert die argumentative Munition dafür: Bestellen und verbreiten Sie COMPACT-Edition ‚Wladimir Putin. Reden an die Deutschen‘ und den Aufkleber ‚Frieden mit Russland‘.“

Auch zwei Tage nach dem Überfall auf die Ukraine beharrt Elsässer auf seinem Feindbild: „Der Angreifer ist, wie schon oft in der Geschichte beobachtet, nicht der Aggressor. Die Aggression geht von der NATO unter Führung der USA aus, die die Ukraine als Offensivplattform gegen Russland nutzen wollen und bereits eine ständige Militärpräsenz im Land unterhalten.“ Der Putin-Versteher schreibt, dass der Kreml-Potentat „keine neo-sowjetische, sondern eine neo-zaristische Außenpolitik“ betreibt und der Unterschied „wichtig“ sei, „denn mit dem Zarenreich ist Deutschland in der Regel gut ausgekommen, mit der Sowjetunion und ihrem Anspruch auf Weltrevolution dagegen nicht. Der Kommunismus heute ist, unter Führung des Finanzkapitals, nicht in Moskau wiederauferstanden, sondern in Brüssel – in Gestalt der EudSSR, ihrer ökosozialistischen Planwirtschaft, ihrer politischen Korrektheit, ihrer Zerstörung der traditionellen Werte von Christentum und Familie.“

Mitte März hat Compact eine Petition und Aufklärungsoffensive unter dem Motto „Frieden mit Russland“ gestartet. Als „Ziel“ definiert Elsässer: „Deutschland raus aus der NATO-Kriegsfront! Für einen Friedensvertrag mit Russland! Frieden jetzt – Deutschland muss raus aus der NATO-Kriegsfront gegen Russland!“

COMPACT-Online / eingesehen am 19. März 2022

Antiamerikanische Positionen vertritt auch der bundesweit szenebekanntere Verteidiger Klaus Kunze, ehemals Landtagskandidat der Partei Die Republikaner. Er behauptet, dass Putin den US-Amerikanern „auf den Leim gegangen“ sei. Diese hätten ihn in den Krieg getrieben: „Es waren strategische Entscheidungen der USA, die Ukraine nicht zu lassen, wie sie war, sondern als neue Bastion ‚des Westens‘ aufzubauen. [...] Rein zufällig brach schon des öfteren plötzlich ein Krieg aus, wenn die USA gerade mit einer Wirtschafts- oder Finanzkrise zu kämpfen hatten. Natürlich waren sie immer die Guten – zumindest aber die besseren: Schachspieler. Die USA sind keine Freunde der europäischen Völker.“ Kunze bestärkt in seinem Text antisemitische Ansichten: „Den Machtambitionen ihres global agierenden Finanzkapitalismus stehen alle Völker und Staaten tendenziell im Weg.“

Homepage Klaus Kunze / eingesehen am 18. März 2022

Der in rechtsextremen Kreisen beliebte Generalmajor a.D. Gerd Schultze-Rhonhof, Autor des geschichtsrevisionistischen Machwerks „1939 – Der Krieg, der viele Väter hatte“, zeigt ebenfalls viel Verständnis für Putin: „Putin wird nun das ganze Elend angelastet, das er mit der Kriegseröffnung ausgelöst hat. Dabei werden seine 22 Jahre andauernden vergeblichen Bemühungen verschwiegen, erst um Annäherung an den Westen, dann seine Bitten, dann seine Forderungen, die Nato-Osterweiterung nicht auf die Spitze zu treiben, dann seine ‚Roten Linien‘. Doch das ‚Narrativ‘ der Politiker und der Medien beginnt erst mit der Krim und mit dem Drohaufmarsch. Da die EU, die NATO und die USA Putin offensichtlich vorher nicht ernstgenommen und das russische Sicherheitsbedürfnis schlicht in Abrede gestellt haben, und da Selenskyj, die NATO-Führung und die Amerikaner zum Schluss zu hoch gepokert haben, blieb Putin nur die Wahl zwischen russischer Selbstbehauptung oder Unterwerfung unter den Hegemonialanspruch der Amerikaner. Es war in Wirklichkeit die Wahl zwischen Unterwerfung oder Krieg, die Wahl zwischen Pest und Cholera. Er hat die Wahl dann unglücklich getroffen.“ Schultze-Rhonhof sieht Putin als Opfer der wahren „Strippenzieher im Hintergrund“ des Krieges, den USA: „Eine Alleinschuld trägt nicht etwa der, der erst gebeten, dann gefordert, dann gedroht und zuletzt mit Gewalt durchgesetzt hat, dass man sein legitimes Sicherheitsinteresse respektiert. Schuldig und letztlich Kriegsverbrecher sind auch die Akteure (innen), die von Freiheit der Bündniswahl und Menschenrechten geredet, aber Erdgas, Militärstützpunkte und Marktanteile gemeint haben.“

Homepage wir selbst. Zeitschrift für nationale Identität / eingesehen am 8. April 2022

„Gewinner“ des Krieges „sind die amerikanische und europäische Rüstungsindustrie, die sich vor Aufträgen kaum retten kann, und die amerikanischen Schiefergasproduzenten, die bisher unter dem Strich nur mit Verlusten gearbeitet und Kapital vernichtet haben“, so der Kopp-Autor Bruno Bandulet, einst engagiert im Bund freier Bürger, einem Vorvorläufer der AfD, in der Mai-Ausgabe der neurechten Zeitschrift eigentümlich frei: „Sie werden ihr bei Umweltschützern verhasstes Gas und Öl künftig teuer verkaufen können. Gewinner sind die geopolitischen Strategen in Washington, weil die 2001 von Putin im Bundestag vorgeschlagene deutsch-russische Partnerschaft nun beerdigt ist. [...] Auf der Verliererseite stehen die Russen, die Deutschen, die Europäer und vor allen anderen – auf tragische Weise – die West- und Ostukrainer. Sie verdienen Respekt und Sympathie. Sie wurden vorgeschickt und instrumentalisiert, wo sie doch mit dem Status einer neutralen Schweiz mit ihren weitgefassten Kantonsrechten, vielleicht sogar als Brücke zwischen Ost und West, eine bessere, ge-
deihliche Zukunft gehabt hätten. Das ist die Wahrheit hinter dem Nebel der Propaganda.“

ef-magazin / eingesehen am 16. April 2022

Antisemitismus pur verbreitet der 2012 aus der traditionalistischen Priesterbruderschaft St. Pius X. ausgeschlossene Vagantenbischof Richard Williamson. Der Brite hat im deutschsprachigen Raum eine treue Fangemeinde. Am 19. März äußert er sich zum Krieg: „Während diese ‚Kommentare‘ geschrieben werden, beschränken sich die Kämpfe auf die Ukraine, aber seit Jahrhunderten, besonders jedoch seit dem Jahr 1809, hat sich der Westen unter das Joch einer Rasse gebeugt, die den Dritten Weltkrieg um jeden Preis will, weil sie darauf zählt, dass er ihr jene Weltherrschaft bescheren wird, die ihr ihrer Überzeugung nach absolut gebührt, da sie sich dem Rest der Menschheit – der in ihren Augen nichts weiter als Vieh ist – für turmhoch überlegen hält.“ Der Holocaust-Leugner und Zuerst!-Interviewpartner, schreibt abschließend, die Bezeichnung Jude tunlichst vermeidend: „Diese Menschen werden ihre ganze, erhebliche Macht in die Waagschale werfen, um sicherzustellen, dass die Kämpfe in der Ukraine in den Dritten Weltkrieg ausmünden. Ob das ihnen diesmal gelingen wird oder nicht, hängt voll und ganz von den Plänen des Herrgotts zur Reinigung Seiner Kirche ab.“

Homepage The St. Marcel Initiative / eingesehen am 11. April 2022

Identitäre Bewegung

Die AfD-nahe Identitäre Bewegung (IB) will in einer Stellungnahme am 5. März für „keine Seite Partei ergreifen.“ Denn: „Zu verworren und vielschichtig sind die Motive und Interessenlagen in diesem Konflikt. Die unterkomplexe westliche Dualität von einem Russland als imperialen Aggressor und den Ukrainern als Kämpfer für den ‚freien Westen‘ ist uns zuwider. Es ist eine Hilfskrücke mit der das westliche Establishment den moralischen Bekenntniszwang noch intensiver und repressiver praktizieren kann.“ Ein Fazit der IB lautet: „Wir sind weder US-Marionette noch Kreml Sprachrohr. [...] Die Interessen in Kiew und im Donbass sind nicht unsere Interessen.“ Stattdessen gelte es, „sich einen multidimensionalen Blick zu bewahren.“ Auch angesichts des täglichen Leidens der Bevölkerung im Kriegsgebiet konzentrieren sich die identitären Aktivisten auf ihr Kerngeschäft, die Fremdenfeindlichkeit: „Die größte Bedrohung für die Stabilität und Existenz der europäischen Völker ist vom Mittelmeer aus kommend und heißt ‚Die Migrationswaffe‘! Der Westen zieht seine Bürger jedoch ohne ausreichendes demokratisches Mandat in diese hinein.“

Der Österreicher Martin Sellner, Chefideologe der deutschsprachigen Identitären und Compact-Stammautor, hält sich in seinen Social-Media-Kanälen mit einer klaren Positionierung zurück. Er schreibt von einem „Bruderkrieg“, und versucht, den Krieg mit Fremdenfeindlichkeit zu verknüpfen, indem er vor neuen Flüchtlingsströmen warnt. Auch warnt er vor einer Spaltung der „deutschen Rechten“, da nicht alle Medien und Aktivisten auf der Seite Putins stehen.

Der identitäre Burschenschafter Philip Stein ist Inhaber des Jungeuropa Verlags in Dresden. Bei Jungeuropa erschien 2020 das Buch „Natiokratie“ des 1941 ermordeten Mykola Sziborskyj, ein Manifest des ukrainischen Nationalismus. Sziborskyj war eine Führungsfigur der nationalistischen Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN), die für die Unabhängigkeit der Ukraine einstand. Die Fraktion der OUN, zu der Sziborskyj sich zählte, kämpfte im Zweiten Weltkrieg auf Seiten der Waffen-SS. Das Vorwort zu dem Buch lieferte Mykola Krawtschenko, Mitglied des Asow-Regiments. Am 16. März gab der Verlag bekannt, dass Krawtschenko bei Butscha, nordwestlich von Kiew, im Kampf durch eine russische Rakete getötet wurde. „Wir werden sein Andenken bewahren. Ewig lebt der Tote Tatenruhm“, so der III. Weg im Artikel „Märtyrer des ukrainischen Freiheitskampfes“.

Homepage Identitäre Bewegung Deutschland e.V. / eingesehen am 6. März 2022

Podcast Jungeuropa / eingesehen am 17. März 2022

Homepage Der III. Weg / eingesehen am 8. April 2022

Asow, Stepan Bandera

Die Begeisterung der extremen Rechten für die Ukraine ist seit den Maidan-Protesten 2013/2014 abgeflaut. Hatten sie bis zum Sturz von Präsident Wiktor Janukowytsch Sympathien für den ukrainischen Nationalismus und Gruppen wie den Rechten Sektor und die Partei Swoboda, schlug die Stimmung um, als sich die neue Regierung am Westen orientierte. Die erhoffte Waffenbrüderschaft in der Tradition ukrainischer Kollaborateure während des Zweiten Weltkriegs erfüllte sich nicht. Der teils ausgeprägte ukrainische Nationalismus und das Regiment Asow, in dem auch in- und ausländische Neonazis kämpfen, vermag nur kleinere Teile der in sich zersplitterten extremen Rechten Deutschlands anziehen. An vorderster Front ist hier die neonazistische Kleinstpartei Der III. Weg zu nennen. Diese Neonazis pflegen schon länger enge Kontakte zu Rechtsextremen in der Ukraine. Auf der Homepage des III. Weges ist ein laufender Newsticker „Aktuelles zum Ukraine-Krieg“ eingerichtet.

Gegründet wurde das einstige paramilitärische Freiwilligenbataillon Asow im Frühjahr 2014, um die ukrainische Armee im Kampf gegen prorussische Separatisten in der Ostukraine militärisch zu unterstützen. Die ersten Kämpfer wurden vorwiegend aus dem Umfeld von Fußball-Hooligans und rechtsextremen Gruppierungen rekrutiert. Die paramilitärische Vereinigung einiger hundert Rechtsextremer aus dem Jahr 2014 hat jedoch heute nur noch wenig mit dem Regiment zu tun, das nun Teil der ukrainischen Nationalgarde ist. Über die Grenzen der Ukraine hinaus wurde Asow bereits im Gründungsjahr bekannt. In der Hafenstadt Mariupol unterstützte Asow im Juni 2014 eine Offensive der Nationalgarde, in deren Folge Separatisten aus der Stadt vertrieben wurden und die Ukraine die Kontrolle über die Region wiedererlangte.

Im Oktober 2014 wurde aus dem Bataillon ein Regiment, gleichzeitig gab der damalige Innenminister Arsen Avakov die Eingliederung in die Nationalgarde bekannt. Diese untersteht als Reservistenverband dem ukrainischen Innenministerium. Einer der Gründer und Anführer von Asow, benannt nach der Herkunftsregion am Asowschen Meer, war Andrij Bilezkyj. Jahrelang war er in der rechtsextremen Szene aktiv.

Neben dem Asow-Regiment als militärischem Ableger verfügt die Asow-Bewegung auch über einen politischen Arm, das von Bilezkyj mit gegründete Nationalkorps. Während beim Regiment

die rechtsextreme Ideologie zwischenzeitlich kam noch eine Rolle spielt, ist das Nationalkorps ideologischer. Bei der Parlamentswahl 2019 erzielte das rechtsextreme Nationalkorps ca. zwei Prozent der Stimmen. Zum Nationalkorps gehören in Charkiw, der zweitgrößten Stadt der Ukraine, unter anderem Konstantin Nemitschew, früher Hooligan des Fußballvereins von Metalist Charkiw und später Nationalkorps-Bürgermeister.

Kommandant des Asow-Regiments in Charkiv ist Sergej Olegowitsch, ebenfalls ein einstiger Hooligan von Metalist Charkiw. Asow spielt im russischen Informationskrieg gegen die Ukraine eine wichtige Rolle. Moskaus Propagandisten nehmen die Truppe weiterhin als vermeintlichen „Beweis“ für eine angeblich weit verbreitete nationalsozialistische Gesinnung in dem Land.

Zutreffend ist, dass in der Ukraine in weiten Teilen der Bevölkerung der einstige Partisanenführer und NS-Kollaborateur Stepan Bandera verehrt wird. Nach dem Antisemiten Bandera sind in der Ukraine nach wie vor Straßen und Plätze benannt. In der Ostukraine, aber auch in Polen, Russland und Israel gilt Bandera als Verbrecher und Kollaborateur. Der 1909 geborene Bandera war Gründer der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN), die mit Gewalt einen ukrainischen Staat erreichen wollte und schon vor 1939 von Polen aus für einen ukrainischen Staat gekämpft hat. Nach dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion kämpften zwei Bataillone der OUN unter den Decknamen Nachtigall und Roland auf deutscher Seite mit. In Lemberg töteten sie bei Pogromen Juden und halfen den Deutschen auch später beim Massenmord. Bandera selbst war an den Morden in Lemberg nicht beteiligt, hat sich aber auch später nie davon distanziert. Als die Ukrainer Nationalisten im Sommer 1941 in Lemberg einen eigenen faschistischen Staat ausriefen, waren die Besatzer nicht erfreut. Hitler hatte Mitte Juli 1941 entschieden, dass es keinen ukrainischen Staat geben werde. Bandera wurde als politischer Sonderhäftling ins KZ Sachsenhausen verschleppt. Während Bandera weiterhin OUN-Führer blieb, ermordeten seine Anhänger Tausende Polen in der Westukraine. Am 15. Oktober 1959 wurde Bandera in seinem Exil in München von einem KGB-Agenten ermordet.

Auch der ukrainische Botschafter in Deutschland, Andrij Melnyk, hält Bandera in Ehren. Melnyk twitterte am 3. April: „Weder die Russen, noch die Deutschen haben das Recht zu bestimmen, wen die Ukrainer als Helden verehren. Stepan Bandera & Hunderttausende meine Landsleute kämpften sowohl gegen Hitler, als auch gegen Stalin für den ukrainischen Staat. Lasst uns in Ruhe mit euren Belehrungen.“

Einen Hinweis aus „ganz persönlicher Sicht“ veröffentlichte daraufhin Sigmound Königsberg, Beauftragter der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, in der Wochenzeitung Jüdische Allgemeine (15/2022): „Milizionäre der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) übernahmen nach dem Einmarsch Nazi-Deutschlands in Lwiw/Lwow/Lemberg am 30. Juni 1941 zum Teil die Kontrolle über die Stadt. Statt aber Menschen vor Übergriffen zu schützen, heizten sie den Antisemitismus an und waren maßgeblich an Pogromen beteiligt: Die Juden Lembergs wurden misshandelt und einem für viele tödlich ausgehenden Spießrutenlauf ausgesetzt. Allein an diesem Tag wurden über 100 Menschen erschlagen und unzählige verletzt. Meine eigene Familie, mein Vater und meine Großeltern waren all dem ausgesetzt. In den darauffolgenden Tagen trieben Banderas Leute Tausende Juden in die Hände der Einsatzgruppe C der deutschen Sicherheitspolizei, die sie dann ermordeten. Ich kann nicht schweigen, wenn Mörder, Verbrecher und Antisemiten zu Helden hochstilisiert werden.“

Seine Sympathie für Bandera hatte Melnyk auch am 27. April 2015 bekundet. Damals legte er Blumen auf das Grab von Bandera in München. Er bezeichnete Bandera als „unseren Helden“. Der Grab-Besuch war auch Thema im Bundestag, weshalb SPD-Außenstaatssekretär Michael Roth gemäß Sitzungsprotokoll die Aktion wie folgt einordnete: „Der Bundesregierung ist ein Tweet des ukrainischen Botschafters bekannt, in dem er über seinen Besuch am Grab Banderas berichtet. Dem ukrainischen Botschafter ist unsere Position hierzu hinlänglich bekannt. Die Bundesregierung verurteilt die von der Organisation Ukrainischer Nationalisten, OUN, teilweise unter Leitung Banderas begangenen Verbrechen an polnischen, jüdischen und ukrainischen Zivilisten und Amtsträgern. Dabei ist sie sich bewusst, dass ein erheblicher Anteil an diesen Verbrechen in Kollaboration mit deutschen Besatzungstruppen begangen wurde.“

Bekanntestes Gesicht der Asow-Bewegung in hiesigen rechtsextremen Kreisen ist Olena Semenyaka, Koordinatorin der Intermarium Support Group (ISG), einer nichtstaatlichen Initiative, gegründet vom rechtsextremen Nationalkorps, dessen Sprecherin wiederum Semenyaka ist. Auf Anfrage teilte sie im März Götz Kubitschek, dem Kopf des neurechten AfD-nahen Instituts für Staatspolitik (IFS), mit, dass die Ukraine nicht aufhören zu kämpfen werde „bis zur völligen Wiederherstellung ihrer territorialen Integrität, die Krim eingeschlossen“. Die Assistentin eines Abgeordneten des ukrainischen Parlaments, der der Regierungspartei von Präsident Selenskyj angehört, organisiert für Asow die Anwerbung ausländischer Freiwilliger. Es gibt Fotos, auf denen sie den Hitlergruß zeigt, auf anderen posiert sie mit Hakenkreuz oder der Schwarzen Sonne. Ihre Mission sei es, aus der Asow-Bewegung eine Koalition rechtsextremer Gruppen in der westlichen Welt zu formen, um die Herrschaft in

Europa zu übernehmen, sagte Semenjaka 2019 dem Time-Magazin. Seit Jahren reist sie zu europäischen Rechtsextremisten: auf Einladung der Partei Die Rechte und des NPD-Nachwuchses Junge Nationalisten, bei Kontrakultur (einem Ableger der Identitären Bewegung) oder als Rednerin auf einem Festival der Neonazis vom III. Weg. Bereits 2014 stand die 1987 geborene Rechtsextremistin als Interviewpartnerin der Deutschen Stimme zur Verfügung. Im sächsischen Pirna (Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge) residiert das Haus Montag, ein NPD-Versammlungszentrum der Region. Dort referierte am 16. Februar 2019 Semenjaka über „Die ASOW-Bewegung im ukrainischen Wahljahr“. In der Immobilie ist auch der neonazistische Kryptonit-Versand ansässig. Der Versand bietet seit Jahren T-Shirts und Aufkleber mit dem Aufdruck „AZOV. Slava Ukraini“ (Es lebe die Ukraine) an. Ansprechpartner des Versands war zum Zeitpunkt des Referatsauftritts von Semenjaka der Rechtsextremist Thomas Rackow. Rackow gehörte einst der 2001 vom sächsischen Innenministerium verbotenen Gruppierung Skinheads Sächsische Schweiz (SSS) an. Später war Rackow Mitarbeiter eines Mitglieds der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag.

Kontaktadressen für Koordinierungszentren für Freiwilligeneinheitendes National Korps und des Asow-Regiments veröffentlichte auch das frühere NPD-Bundesvorstandsmitglied Baldur Landogart (Realname: Tobias Schulz) auf Telegram. Landogart war der erste Rechtsextremist, der direkt aus dem Kriegsgeschehen in der Ukraine berichtete und den braunen Putin-Verstehern Szene erklärte: „Ihr seid nicht mehr meine Kameraden und Ihr gehört auch nicht mehr meinem Volk an.“

Kai Struve: Altes Feindbild, neuer Krieg. Warum Wladimir Putin die Ukraine „entnazifizieren“ will und damit zeigt, dass er von der Geschichte des Nachbarlandes nichts versteht in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. März 2022, S. 6

Philip Malzahn: Die Verteidiger von Charkiw, in: Focus, 11/2022, S. 44 – 48

Hauke Friedrichs: Die vielen Leben des Bogdan Staschinski. Wie ein KGB-Agent im Deutschland der 1950er-Jahre zum Mörder von zwei prominenten Exil-Ukrainern wird – und warum er dann in den Westen überläuft, in: Die Zeit, 14/2022, S. 18

<https://twitter.com/MelnykAndrij/status/1510726492233347072> / eingesehen am 4. April 2022

<https://www.belltower.news/rechtsextreme-reaktionen-zur-ukraine-zwischen-zurueckhaltung-kampfbereitschaft-und-spaltung-128405> / eingesehen am 24. Februar 2022

Die Neue Stärke

Die im November 2021 von Erfurter Neonazis gegründete Neue Stärke Partei (NSP), die sich zuvor 2020 als Verein konstituierte, hat sich eindeutig auf Seiten der Ukraine positioniert: „Wir stehen nicht hinter Kommunisten und genauso wenig zur kapitalistisch geprägten NATO. Wir, die Neue Stärke Partei, drücken unsere Solidarität mit dem ukrainischen Volk selbst aus. Es geht um unsere weiße Rasse, um unseren Kontinent und den Ukrainern wird der Krieg um ihr Volk und ihre Souveränität soeben aufgezwungen! Damals wie heute – Kommunisten Töten. Putin führt das Verbrechen von Stalin und die damit verbundene kommunistische Schreckensherrschaft weiter. Die europäischen Völker müssen jetzt zusammenstehen. Die Blindheit im nationalen Lager, gewisse Situationen nicht objektiv zu hinterfragen, ist es, welche pro kommunistische Positionen noch befeuert und unterstützt. Nur weil ein Kommunist gegen die NATO steht, ist er nicht ein Freund der Freiheit! Unsere weißen Brüder in der Ukraine führen die antikommunistische Front und stehen in diesem Kampf nicht alleine.“ Das Logo der Neue Stärke Partei, die dunkelgrünen Parteifarben und das Auftreten bei Demonstrationen ähneln der Neonazi-Kleinstpartei Der III. Weg, in der einige der aktuellen Hauptprotagonisten früher organisiert waren.

Homepage Neue Stärke Partei / eingesehen am 24. Februar 2022

Der III. Weg

Die Neonazi-Kleinstpartei Der III. Weg, im September 2013 in Heidelberg von enttäuschten NPD-Mitgliedern und Neonazis des verbotenen Freien Netzes Süd gegründet, berichtet seit dem russischen Überfall auf die Ukraine fast schon im Minutentakt von den aktuellen Geschehnissen direkt vor Ort durch Augenzeugenberichte, Bilder und Filmaufnahmen. Putin gilt in diesen Neonazi-Kreisen als „Kriegstreiber im Kreml“, Russland wird als „imperialistisch“ definiert. Der III. Weg „lehnt den russischen Imperialismus mit dem Ziel der Wiederherstellung einer Sowjetunion genauso wie den US-amerikanischen Globalismus (westliche Wertegemeinschaft) mit seiner NATO-Osterweiterung und seinen weltweiten Kriegen unter dem Deckmantel der Menschenrechte ab.“ Die Partei steht „für ein unabhängiges und freies Europa, welches sich vom Einfluß russischer und amerikanischer Machtinteressen zu befreien hat. Wir stehen für die Freiheit der Völker!“

Der III. Weg hält seit Jahren Kontakt zur Asow-Bewegung. Mehrfach besuchten Parteimitglieder Gleichgesinnte in Kiew – etwa zu den „Paneuropa“-Konferenzen von Asow 2018 und 2019. Olena Semenjaka, frühere internationale Sekretärin der Asow-Partei, war im Juli 2018 Rednerin beim III. Weg-Festival „Jugend im Sturm“ im thüringischen Kirchheim. Ein Foto zeigt Semenjaka dort mit dem Neonazi-Musiker und verurteilten Mörder Hendrik Möbus. Ein Austausch ermöglicht den deutschen Neonazis auch Kampftraining und Kriegserfahrung. Die Bewunderung der Parteimitglieder für die Asow-Bewegung, die von der ukrainischen Bevölkerung über die rechtsextreme Szene hinaus für ihren wiederholten Kampfgeist in Mariupol, dem bedeutenden Industriezentrum und internationalen Seehafen am Asowschen Meer, gefeiert wird, dürfte maßgeblich zur Solidarität mit der Ukraine beitragen.

Die Sympathie für die demokratisch gewählte Regierung des jüdischen Präsidenten dürfte sich bei den Kameraden des III. Weges sehr in Grenzen halten. Russland verortet Der III. Weg nicht in Europa, sondern in Asien. Vergessen ist auch nicht der Sieg Russlands über Hitler-Deutschland: „Offenbar ist die Erinnerung an die bolschewistische Invasion in Europa und ihrer Gräueltaten in den letzten Kriegsmonaten vor dem 8. Mai 1945 in den Köpfen vieler deutscher Patrioten und Nationalisten, die jetzt noch immer zu Moskau halten, verblasst. In der Ukraine findet kein Bruderkrieg statt, sondern der Überlebenskampf eines freien und stolzen europäischen Volkes gegen den erneuten Würgegriff einer asiatischen Tyrannei!“

Der III. Weg geht der Frage nach, was das heutige Russland noch mit einem „europäischen Ethnostaat“ zu tun habe. Antwort: „Nicht nur, dass der europäische Teil Russlands gerade einmal 23% des gesamten russischen Territoriums ausmacht, so finden wir nicht weniger als 160 verschiedene Völker in Putins Riesenreich, die gut 20 % der Gesamtbevölkerung stellen und von denen die Mehrheit nichteuropäischer Herkunft ist.“

Am 2. März 2022 führten Parteimitglieder eine Solidaritätsaktion für die ukrainischen Kameraden vor dem Honorarkonsulat der Russischen Föderation in Stuttgart durch. Aktivisten legten ein Schild und Blumen in den Landesfarben der Ukraine vor dem Gebäude ab. Auch eine Kerze wurde entzündet, um den gefallenen Kameraden in der Ukraine zu gedenken. Am gleichen Tag startete Der III. Weg einen Aufruf zur Meldung, wer Unterkunftsmöglichkeiten und andere notwendige Unterstützung zur Verfügung stellen kann. Gesucht werden „kostenfreie Unterbringungsmöglichkeiten in Gesamtdeutschland, Österreich und der Schweiz zur Unterbringung von ukrainischen Familien aus nationalistischen Zusammenhängen.“ Die Neonazis wollen einen „sicheren Hafen für die Angehörigen der Kämpfer“ anbieten: „Fernab von Asylkaschemmen können so die Frauen und Kinder von Kämpfern bei Nationalisten in Deutschland unterkommen.“

Mindestens zweimal (am 22. März und am 1. April) will Der III. Weg in Kiew Sachspenden an kämpfende Einheiten von Asow und weiterer nationaler Kampfgruppen übergeben haben; darunter laut Eigenangaben: schusssichere Platten (Schutzklasse 4), Kampfstiefel und Kampfwesten mit Magazintaschen passend für AK, ca. 200 Kampfwesten der britischen Armee, ca. 800 Bundeswehr Kälteschutzanzüge (Jacke und Hose), vier Splitterschutzwesten, 24 Funkgeräte mit Ersatz-Akkus und passendem Zubehör und drei hochwertige Wärmebildkameras.

Homepage Der III. Weg / eingesehen am 10. April 2022

Links zum Themenschwerpunkt

<https://www.tagesspiegel.de/politik/deutsche-rechtsextremisten-halten-zu-putin-hass-auf-die-nato-dafuer-verstaendnis-fuer-russland/28100562.html> / eingesehen am 25. Februar 2022

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article237266471/Nach-russischer-Invasion-Deutsche-Rechtsextremisten-in-die-Ukraine-ausgereist.html> / eingesehen am 3. März 2022

<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-03/rechtsextremismus-neonazis-rekrutierung-russland-ukraine-krieg/komplettansicht> / eingesehen am 4. März 2022

<https://www.br.de/nachrichten/bayern/afd-bayern-zum-teil-auf-moskaus-linie,TOGItp4> / eingesehen am 17. März 2022

<https://web.de/magazine/politik/russland-krieg-ukraine/gefaehrlich-rechtsextreme-kampf-ukraine-3669> / eingesehen am 18. März 2022

<https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/verfassungsschutz-falschmeldung-ukraine-afd-100.html> / eingesehen am 17. März 2022

<https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/asow-regiment-101.html> / eingesehen am 18. März 2022

<https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/russland-afd-oligarch-101.html> / eingesehen am 24. März 2022

<https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/asow-regiment-ukrainische-helden-oder-extremisten,T2nKOyA> / eingesehen am 13. April 2022

<https://www.endstation-rechts.de/news/putins-weg-als-vorbild-fuer-die-freien-sachsen/> / eingesehen am 27. Februar 2022

<https://www.nzz.ch/meinung/wladimir-putin-ist-ein-faschist-wie-er-im-lehrbuch-steht-ld.1673256> / eingesehen am 20. April 2022

<https://dip.bundestag.de/vorgang/.../66783> / eingesehen am 7. März 2022

<https://www.belltower.news/iii-weg-und-ukraine-von-scheinsolidaritaet-zur-angst-vor-dem-volksaustausch-129881> / eingesehen am 4. April 2022

<https://taz.de/Die-AfD-und-der-Krieg-in-der-Ukraine/15844230> / eingesehen am 29. März 2022

<https://www.belltower.news/von-maulheldentum-bis-kriegstourismus-deutsche-rechtsextreme-in-der-ukraine-129399> / eingesehen am 22. März 2022

<https://cms.falter.at/blogs/rmisik/2022/04/11/putins-brauner-philosoph/?ref=homepage> / eingesehen am 12. April 2022

<https://www.n-tv.de/politik/Welche-Rolle-das-Asow-Regiment-spielt-article23203218.html> / eingesehen am 20. März 2022

<https://www.nau.ch/news/europa/im-ukraine-krieg-wurden-3000-von-putins-8000-neonazi-soldnern-getotet-66159872> / eingesehen am 22. April 2022

Januar

Bundesweit:

AfD vs. Beauftragten für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt

Mit dem Grünen-Politiker Sven Lehmann hat die Bundesregierung erstmals einen Beauftragten für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt ernannt. Am 5. Januar 2022 wurde er vom Bundeskabinett als Queer-Beauftragter eingesetzt. In der vergangenen Legislaturperiode war Lehmann queer-politischer Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion. Jetzt ist er Staatssekretär im Bundesfamilienministerium.

Grundsätzliche Ablehnung für Lehmann kam aus der AfD. Beatrix von Storch, stellvertretende AfD-Bundessprecherin, giftete anlässlich der Ernennung des Queer-Beauftragten: „Die Absurdität grünen Gender-Wahns erreicht mit der Ernennung eines sogenannten Queer-Beauftragten einen neuen traurigen Höhepunkt. Während die Bürger zu Zigtausenden auf die Straße gehen, um ihre Freiheit zu verteidigen, droht der neue super-queere Beauftragte Lehmann ganz unverhohlen mit einer neuen, ‚progressiven‘ Familienpolitik. Es reicht der Ampel nicht nur, ihre Klientel von Minderheiten zu bedienen, sie greifen gleichzeitig mit der Familie auch die Grundlage unseres Gemeinwesens an.“ Storch endet kämpferisch: „Den angedrohten Aktionsplan des/der/*q_-Queer-Beauftragten Lehmann wird die AfD mit aller Entschiedenheit bekämpfen.“

https://afdkompakt.de/2022/01/06/afd-lehnt-aktionsplan-des-der-q_-queer-beauftragten-ab/
eingesehen am 6. Januar 2022

Sachsen-Anhalt:

AfD-Mitarbeiter mit Neonazi-Vita

Die AfD im Landtag von Sachsen-Anhalt beschäftigt mehrere frühere Mitglieder der neonazistischen Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ). Spätestens seit Januar findet mit Eric Kaden ein weiterer ehemaliger Neonazi aus diesen Reihen sein Auskommen als Mitarbeiter bei der AfD-Landtagsfraktion. Sein heutiger Zuständigkeitsbereich: „Bildung, Kultur und Wissenschaft“. Kaden gehörte einstmals der Neonazi-Truppe Wiking-Jugend (WJ) an, die wie die HDJ vom Bundesminister des Innern wegen Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus verboten wurde. Zeitweilig amtierte Kaden als Kassenwart des „Blut-und-Boden“-treuen Freundeskreises Ulrich von Hutten.

2008 legte Kaden, damals Mitarbeiter der Fraktion der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) im Schweriner Landtag, eine Biographie des SS-Angehörigen und Schriftstellers Kurt Eggers vor. Die Werke Eggers sind durch eine rassistische und auf den Kampf ausgerichtete Weltansicht geprägt. Der Verfassungsschutz Mecklenburg-Vorpommern konstatierte 2009 nach der Sichtung der Eggers-Bücher: „Der NPD-Mitarbeiter Kaden lässt in seiner Eggers-Biographie jede kritische Distanz zum Dritten Reich vermissen. Im Gegenteil: Der Rassenkampf und nationalrevolutionäres Gedankengut werden als vorbildhaft beschrieben. Kriegerische Handlungen werden verherrlicht.“ Kadens Buch über Eggers wurde von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien indiziert, da es in seiner Gesamtheit dem Nationalsozialismus huldigt, einen gewaltbejahenden Antisemitismus aufweist und das Kriegsgeschehen des Zweiten Weltkrieges verherrlicht.

2017 promovierte Kaden mit einer Biographie des NS-Politikers und Reichsbauernführers Walther Darré. Veröffentlicht wurde die Arbeit bei der einschlägigen Deutschen Verlagsgesellschaft (DVG).

<https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/landespolitik/afd-fraktion-landtag-hdj-mitarbeiter-100.html> / eingesehen am 28. Februar 2022

https://www.reddit.com/r/afdwatch/comments/t3koev/afdfraktion_sachsenanhalt_stellt_erneut/
eingesehen am 6. Mai 2022

Bundesweit:

AfD-MdB Christina Baum im vertrauten Plausch mit Schweizer Rechtsextremisten

Die baden-württembergische AfD-Bundestagsabgeordnete Christina Baum stand am 6. Januar dem in Ungarn lebenden Schweizer Corona-Schwurpler, Video-Blogger und Rechtsextremisten Ignaz Bearth auf dessen Telegramkanal Rede und Antwort. Angeredet wurde die Parlamentarierin von Bearth als „liebe Christina“, die wiederum auch im vertrauten Du mit Bearth plauderte.

Baum, die Eigenbekunden im Interview zufolge zu den ersten Mitgliedern der AfD gehört, schwadroniert in dem über eine Stunde dauernden Gespräch unter anderem über eine angebliche „Zwangsimpfung“ („Genexperiment“): sie lasse sich nicht impfen und unterliege damit dem Berufsverbot, so Baum. Im Interview bezeichnet Bearth – unkommentiert von Baum – den Bundestag als „Schaltzentrale der Freiluftpsychiatrie“. Baum, Mitglied im Gesundheitsausschuss des Bundestages, wiederum plaudert über eine nicht öffentliche Sitzung mit dem Bundesgesundheitsminister Lauterbach. Mit Stand vom 7. Februar wurde das Interview 1.155 Mal abgerufen.

Bearth hält seit Jahren Kontakte zu Gleichgesinnten in Deutschland. Am 5. Mai 2007 führte der bayerische Landesverband der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (heute: Junge Nationalisten) in Kooperation mit sogenannten Freien Kräften erstmals einen „Europatag“ durch. Reden hielten neben bekannten Neonazis aus der „Ostmark“ (so der Szene-Jargon für Österreich), Dänemark und Ungarn auch Bearth für die Schweiz. Am 3. April 2021 fand in Stuttgart auf dem Cannstatter Wasen eine Demonstration gegen die Corona-Maßnahmen mit bis zu 15.000 Personen statt. Vor Ort war auch Bearth.

<https://www.adiz.info/2021/06/03/chronik-rechter-aktivitaeten-in-baden-wuerttemberg-april-2021/> / eingesehen am 5. April 2022

Telegram-Kanal Ignaz Bearth / eingesehen am 10. Januar 2022

Bundesweit:
Ein Professor und die „Holocaust-Kultur“

In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 10. Januar fordert Wolfgang Reinhard, emeritierter Ordinarius für Neuere Geschichte in Freiburg, ein Ende der „deutschen Holocaust-Orthodoxie“. Den Holocaust bezeichnet Reinhard als „Chiffre“ und „Mythos“.

In seinem Artikel „Vergessen, verdrängen oder vergegenwärtigen?“, basierend auf einem Vortrag bei der Konrad-Adenauer-Stiftung Sachsen, sehnt Reinhard eine „Normalisierung“ des Gedächtnisses an den Holocaust herbei. „Normalisierung“ heißt nach Ansicht des 1937 geborenen Gelehrten im Kern: Vergessen. „Unser Bewusstsein ist seit einigen Jahrzehnten durch und durch von Erinnerungskultur geprägt. Inzwischen ist es allerdings angebracht, nach der Pflicht zum Erinnern auch an das Recht auf Vergessen zu erinnern, weil es zum Schaden unserer politischen Kultur vergessen wurde.“

Zustimmend zitiert der vielfach mit Preisen ausgezeichnete Reinhard den AfD-Rechtsextremisten Höcke: „Die anstoßerregende Feststellung von 2017 ‚Wir Deutschen ... sind das einzige Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat‘ stammt zwar von rechtsaußen, ist aber in der Sache zutreffend.“ Reinhard ist der Auffassung, dass der „Holocaust zu einer erinnerungspolitischen Identifikationsfigur von geradezu sakralem Charakter geworden“ ist.

Im Fahrwasser geschichtsrevisionsistischer Narrative fährt Reinhard weiter fort: „Die Holocaust-Kultur ist allerdings machtbesetzt und tabugeschützt, Wandlungsprozesse tun sich schwer. [...] Die Befreiung von Auschwitz am 27. Januar wurde wegen der ewigen Bedeutung des Holocaust zum weltweiten Gedenktag bestimmt. Holocaust Education wurde zur neuen Pflichtübung für Geschichtslehrer. [...] Mit dem Aussterben der Opfer könnte der Holocaust eigentlich Geschichte werden, wäre er nicht zum rituellen Mantra gemacht worden.“ Von „Inhabern der deutschen Deutungshoheit“ werde „eine ewige Schuld Deutschlands behauptet und juristisch, medial, sozial sowie vor allem moralisch festgeschrieben – nicht zuletzt auch eine Machtfrage!“ formuliert der Gelehrte. In der Jüdischen Allgemeinen bezog der Historiker Michael Wolffsohn Stellung zu Reinhard: „Kritik am phrasengeprägten deutschen Erinnerungsritual? Unbedingt! Aber ohne antisemitische Klischees und Sprache.“ Wolffsohn bringt Reinhard's Ausführungen auf den Punkt: „Uralte Judenklischees neu verpackt“.

<https://zeitung.faz.net/faz/politik/2022-01-10/vergessen-verdraengen-oder-vergegenwaertigen/710853.html> / kostenpflichtig / eingesehen am 10. Januar 2022

<https://www.welt.de/kultur/plus236213302/Erinnerungskultur-Der-Professor-der-AfD-Mann-und-das-Raunen-von-der-Medienmacht.html> / kostenpflichtig / eingesehen am 13. Januar 2022

<https://www.juedische-allgemeine.de/politik/uralte-klischees/> / eingesehen am 20. Januar 2022

Berlin / Bundesweit:
**AfD-MdB Karsten Hilse:
„Ich verachte Sie, bis auf wenige Ausnahmen, zutiefst!“**

Der sächsische AfD-Bundestagsabgeordnete Karsten Hilse, Vorstandsvorsitzender des AfD-Kreisverbandes Bautzen, hielt am 13. Januar im Bundestag eine Rede. Die Angeordneten der demokratischen Fraktionen attackierte der Politiker mit den Worten: „Wir lieben unser Vaterland und werden uns jedem Angriff, auf unsere Art zu leben, entschlossen entgegenstellen. Auch darin unterscheiden wir uns von den grünen Kommunisten und all jenen, die da mitmarschieren. Aber irgendwann werden Sie alle sich verantworten müssen, für die Verarmung und Verelendung großer Teile des deutschen Volkes, für die zehntausenden Toten bei einem Blackout und durch Gentherapieschäden, für die Ebnung des Weges in den Totalitarismus und vor allem für die geschundenen Kinderseelen aufgrund Ihrer menschenverachtenden Coronapolitik. Und wenn nicht vor einem weltlichen Gericht, dann spätestens, wenn Sie vor Ihrem Schöpfer stehen. Ich verachte Sie, bis auf wenige Ausnahmen, zutiefst!“

PI-NEWS / eingesehen am 14. Januar 2022

**Bundesweit:
Rechtspopulisten und der
Klimalockdown**

Forscher, Analysten und Rechercheure des Institute for Strategic Dialogue Deutschland (ISD) ziehen in der Studie „Deutschland und der angebliche Klimalockdown – Wie Rechtspopulisten und Verschwörungsgruppen die Pandemie zur Mobilisierung gegen den Klimaschutz nutzen“ das Fazit, dass mit einem Abflauen von Corona keinesfalls alsbald auch die entsprechenden Protestgruppen im Nirwana der Bedeutungslosigkeit verschwinden werden. Stattdessen würden diese ihre Umtriebe verlagern und neuerdings vor allem gegen den Klimaschutz agitieren. Es gehe, ähnlich wie bei Corona, „um das Schüren von Ängsten vor Autoritarismus“. Dies sei „bereits aus früheren Wahlkämpfen bekannt“, so ISD. Für ihre Studie untersuchten die Forscherinnen und Forscher fast 30.000 Tweets, mehr als 1.000 Facebook-Einträge und 277 Telegram-Kanäle.

<https://www.isdglobal.org/isd-publications/deutschland-und-der-angebliche-klimalockdown-wie-rechtspopulisten-und-verschworungsgruppen-die-pandemie-zur-mobilisierung-gegen-den-klimaschutz-nutzen/> / eingesehen am 15. Januar 2022

**Baden-Württemberg:
Corona und der Bund gegen
Anpassung**

Die im badischen Freiburg ansässige rechtslastige Politsekte Bund gegen Anpassung hat im Januar Position zur Corona-Impfung bezogen. In einem Flugblatt (15. Januar 2022) mit dem Titel „Weg mit der Corona-Diktatur! Grundgesetz statt Willkürstaat! Kein Krieg gegen Rußland!“ schreibt die Gruppierung: „Der Gesinnungsterror, der uns das Auftreten eines grippeähnlichen Virus als ‚Pandemie‘ einbleuen will, die Gesetzlosigkeit und wilde Verordnungswut der Politniks haben die düstersten Zeiten der neueren deutschen Vergangenheit zurückgebracht. In mancher Hinsicht ist die Corona-Diktatur sogar noch übler als ihre historischen Vorgänger, denn einerseits ist sie weltweit, zum anderen verfügt sie über einen technisierten Propagandaapparat, von dem Goebbels nur hätte träumen können.“ „Impfskeptiker“, so der Bund gegen Anpassung, werden so „schweinisch und schikanös behandelt, daß es verdammt an die Juden im 3. Reich erinnert“. Der Bund gegen Anpassung fußt auf der 1974 gegründeten Marxistisch-Reichistischen Initiative (MRI) und der später gebildeten lokalen Bunten Liste. Der Bund gegen Anpassung um den „Guru“ Fritz Erik Hoevels verfügt mit dem Ahriman-Verlag und der zugehörigen Thanilo Verlags- und Vertriebs-GmbH über eine eigene verlegerische Struktur. Anzeigen schaltet der Ahriman-Verlag mit Vorliebe in der rechtsextremen Zeitschrift Compact und der neurechten Wochenzeitung Junge Freiheit.

Flugblatt „Weg mit der Corona-Diktatur! Grundgesetz statt Willkürstaat! Kein Krieg gegen Rußland!“ (15. Januar 2022) / Archiv der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Homepage Bund gegen Anpassung / eingesehen am 6. April 2022

**Baden-Württemberg:
Corona-Protest in Freiburg**

Am 15. Januar gingen 6.000 Gegner der Corona-Maßnahmen in der Universitätsstadt Freiburg auf die Straße. Anmelder der Demonstration war Malte Wendt, Bundestagskandidat 2021 der Partei dieBasis. Als die Badische Zeitung Wendt nach seinem Resümee der Demonstration fragen wollte, wurde er ausfällig, bezeichnete die Zeitung als „Lügenblatt“ und „Hetzblatt“ und drohte: „Wir werden die Leute noch über Ihre Machenschaften informieren“. Dann lief der Corona-Protestler entzürnt von dannen.

<https://www.badische-zeitung.de/corona-protest-und-gegen-demo-mehrere-tausend-menschen-demonstrieren-in-freiburg--208026647.html> / kostenpflichtig / eingesehen am 16. Januar 2022

**Sachsen:
Tipps im Umgang mit der Polizei**

Im Rahmen der sogenannten „Sonntagsgespräche“ der Neonazi-Kleinstpartei Freie Sachsen fand am 16. Januar ein Gespräch der beiden Szene-Rechtsanwälte Jens Lorek (Dresden) und Martin Kohlmann (Chemnitz) statt. In dem 46-minütigen Podcast sprechen die Anwälte laut Ankündigung der Freien Sachsen „anhand von konkreten Beispielen über Gewalt von Polizisten gegen friedliche Bürger und Spaziergänger und nehmen eine juristische Bewertung dieser Taten vor. Außerdem geben sie Tipps im Umgang mit derartigen Situationen und wie man sich als Bürger juristisch korrekt verhält, sowie wann und wie man sich gegen derartige Angriffe im Rahmen der Notwehr wehren kann.“

Konstatiert wird im Podcast zunächst eine „personifizierte Friedfertigkeit“ und „völlig beispielhafte Gewaltlosigkeit der Spaziergänge“. Doch, „wer einfach mal nachvollziehbar wütend“ sei, könne „schon auch mal über die Stränge schlagen“. Freilich gebe es „für eine körperliche Auseinandersetzung mit einem Polizisten [...] nur eine Rechtfertigung: Man muss gewinnen. Den Betroffenen niederwerfen und dann sehen, dass man fortkommt.“ Rechtsanwalt Lorek rät allerdings ab: „Es gibt wenige Leute, denen ich zutrauen würde, den normalen Polizisten zu Boden zu bringen.“

Der Normalbürger möge es bitte nicht versuchen.“ Stattdessen lautet die Empfehlung: „Bleiben sie friedlich, selbst wenn sie provoziert und angegriffen werden.“

Es käme darauf an, das Geschehen mithilfe von Gedächtnisprotokollen, Zeugenaussagen und Videos zu dokumentieren. „Es kommt eine Zeit nach Corona. Und da werden die Sachen, die da möglicherweise heute Heldentaten darstellen, Dinge sein, für die die Täter sich werden rechtfertigen müssen.“ Mehr noch, es gebe „vielleicht auch eine Zeit nach diesem Staat, wie 88/89.“ „Vielleicht hört ja der eine oder andere von den Uniformierten mit: Ihr werdet diejenigen sein, die nachher die Bauernopfer darstellen, wenn die Regierung merkt, dass sie den Bogen überspannt hat.“

Abschließende Empfehlung der Juristen: „Geht spazieren, geht spazieren, geht spazieren! Diese Sprache wird offensichtlich gut verstanden vom Regime ...“

Homepage Freie Sachsen / eingesehen am 17. Januar 2022

Bundesweit:

**CDU-Nachwuchs fordert
Parteiausschluss von
Hans-Georg Maaßen**

Den Parteiausschluss von Hans-Georg Maaßen, vormals Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, fordert Tilman Kuban, der Chef der Jungen Union. Maaßen hatte ein Video mit Verschwörungstheorien des Mikrobiologen Bhakdi verbreitet, in dem dieser einen Stopp der Corona-Impfungen fordert. Das Video bezeichnete Maaßen als bewegenden Appell. Die Generalstaatsanwaltschaft in Schleswig-Holstein ermittelt gegen Bhakdi wegen des Vorwurfs der Volksverhetzung. Der Biologe halte die Situation in Israel während der Corona-Pandemie für schlimmer als das, „was Deutschland in der NS-Zeit mit Juden gemacht hat“, kritisierte Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland. „Wer solche Theorien noch weiter verbreitet oder sich solchen Theorien anschließt, der ist in meinen Augen nichts anderes als selber ein Antisemit.“

*<https://www.sueddeutsche.de/politik/cdu-maassen-austritt-junge-union-1.5510453/>
eingesehen am 19. Januar 2022*

*<https://www.juedische-allgemeine.de/politik/zentralrat-der-juden-haelt-maassen-antisemitismus-vor/>
eingesehen am 10. Januar 2022*

Baden-Württemberg:

**Szene-Rechtsanwalt Mandic
veröffentlicht „Demonstrations-
Leitfaden“**

Der Freiburger Szene-Rechtsanwalt Dubravko Mandic hat einen „Leitfaden für Spaziergänger und Versammlungsteilnehmer“ auf der einschlägigen Neonazi-Homepage Sicherheitshinweise für Nationalisten („Es gibt kein Impressum !! Wir haben uns dazu entschlossen in den Zeiten in denen jeder nationale Sozialist als Verbrecher oder gar Terrorist verunglimpft wird aus Gründen der Repression gegen einzelne kein Impressum bereit zu stellen.“) veröffentlicht.

Der „Demonstrations-Leitfaden“ richtet sich an „Querdenker“, die das Versammlungsrecht mit ihren „Spaziergängen“ umgehen wollen. Angepriesen wird der Leitfaden mit den Worten: „Zwar ist das Versammlungsrecht nach Art. 8 GG garantiert, doch sind gerade im Zusammenhang mit der Corona-Politik die rechtsstaatlichen Maßstäbe nicht immer selbstverständlich. Häufig kommt es unter offenem Beifall von Meinungskartellen und ‚Zivilgesellschaft‘ zu ungerechtfertigter staatlicher Repression. Folgende Broschüre, Herausgegeben von RA Dubravko Mandic, soll einen inhaltlichen wie praktischen Leitfaden für den Umgang mit den staatlichen Institutionen einerseits und den ‚zivilen‘ Akteuren (Antifa) andererseits bilden.“

Am Ende der sechsstufigen Zusammenstellung sind die Kontaktdaten von Mandic angegeben. Mandic, der für die AfD in den Freiburger Gemeinderat gewählt wurde, ist im April von seinem Mandat zurückgetreten. Der Burschenschafter Mandic, Sympathisant der Identitären Bewegung, gehört der Freiburger Studentenverbindung Saxo Silesia an, die wegen feuchtfröhlicher Nazifeiern bundesweite Schlagzeilen lieferte.

<https://www.badische-zeitung.de/dubravko-mandic-hat-den-freiburger-gemeinderat-verlassen--211531992.html/> / kostenpflichtig / eingesehen am 10. April 2022

Homepage Sicherheitshinweise für Nationalisten / eingesehen am 20. Januar 2022

**Bundesweit:
AfD-MdB Witt wechselt
zur Zentrumspartei**

Die Deutsche Zentrumspartei hat erstmals seit 1959 ein Bundestagsmandat inne. Der im Dezember 2021 aus der AfD-Bundestagsfraktion und Partei ausgetretene Abgeordnete Uwe Witt ist Mitte Januar in die christliche Kleinstpartei eingetreten. Das gab er bei einer Pressekonferenz am 18. Januar im Beisein von Zentrumspolitikern bekannt. Witt begründete seinen Austritt aus der AfD mit der fortschreitenden Radikalisierung sowie Problemen mit der Zusammensetzung der neuen Bundestagsfraktion. Der aus dem nordrhein-westfälischen Witten stammende Witt zählte sich zu den „Gemäßigten“ in der AfD. 2013 war er in die AfD eingetreten.

Die 1870 gegründete Partei hatte im Kaiserreich und der Weimarer Republik als katholische Stimme eine wichtige Rolle inne. Mit der Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz im Jahre 1933 hatten die Zentrums-Politiker zur Machtübertragung an die Nationalsozialisten beigetragen. Nach 1945 wurde die Zentrumspartei bei Wahlen durch die Union verdrängt. Die Zentrums- Behauptung, Deutschlands älteste Partei zu sein, ist jedoch historisch falsch. Der 23. Mai 1863 gilt als Geburtsstunde der deutschen Sozialdemokratie, der ersten deutschen Arbeiterpartei. An diesem Tag gründete sich in Leipzig der Allgemeine Deutschen Arbeiterverein (ADAV) unter dem Vorsitz von Ferdinand Lassalle.

<https://www.tagesspiegel.de/politik/abgeordneter-uwe-witt-zum-afd-austritt-ich-finde-es-schwierig-permanent-krieg-zu-fuehren/27985090.html> / eingesehen am 19. Januar 2022

**Berlin / Bundesweit:
Vor 80 Jahren:
die Wannsee-Konferenz und
die „Endlösung der Judenfrage“**

Am Dienstag, dem 20. Januar 1942, hatte SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich, Chef des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) und stellvertretender Reichsprotektor von Böhmen und Mähren, zu einer „Besprechung mit anschließendem Frühstück“ in Berlin, am Großen Wannsee 56-58, eingeladen. Heydrich war im Juli 1941 vom „Reichsmarschall“ Hermann Göring beauftragt worden, die organisatorischen Maßnahmen zur „Endlösung der Judenfrage“ vorzubereiten, sprich den administrativen Hintergrund des Holocaust zu organisieren.

Einen Monat später bilanzierte Hitler die Ergebnisse der Konferenz öffentlich, ohne die Wannseekonferenz selbst zu erwähnen. Der Diktator verkündete am 24. Februar 1942 in einer Erklärung zum 22. Jahrestag der Gründung der NSDAP: „Meine Prophezeiung wird ihre Erfüllung finden, daß durch diesen Krieg nicht die arische Menschheit vernichtet, sondern der Jude ausgerottet werden wird.“

Der Einladung von Heydrich war eine Reihe von NSDAP- sowie SS-Funktionsträgern und Ministerialbeamten der mittleren und höheren Leitungsebenen von Institutionen des NS-Regimes zu einer „gemeinsamen Aussprache“ gefolgt: 15 Personen, darunter acht promovierte Männer. Getagt wurde im Gästehaus der Stiftung Nordhav, einer Wohltätigkeitsorganisation des Sicherheitsdienstes (SD) der SS. Adolf Eichmann verfasste das 15-seitige Protokoll der 90-minütigen Sitzung. Eine Ausfertigung des Protokolls wurde von Ermittlern der US Army im Frühjahr 1947 in Akten des Auswärtigen Amt gefunden. Die illustre Runde der sogenannten Wannseekonferenz in einer vormaligen Industriellenresidenz widmete sich Organisations- und Zuständigkeitsfragen der „Endlösung der Judenfrage“.

Die Massenmorde an Juden hatten tatsächlich bereits zuvor nach dem Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 durch SS-Einsatzgruppen hinter der Front begonnen. Dort führten mobile Einsatztruppen (= Mordkommandos) der SS Massenerschießungen und – ab Dezember 1941 – Vergasungen von Juden durch. Der Eroberungs-, Ausbeutungs- und Vernichtungskrieg im Osten lief synchron mit dem Genozid.

„Die das Blut gefrieren lassende Wannsee-Konferenz sollte die verschiedenen Bereiche koordinieren, um das übergeordnete Ziel des NS-Regimes zu erreichen, nämlich jegliche Erinnerung an das jüdische Volk auszulöschen. Im Voraus geplante, auf unerklärlichem Hass fußende Vernichtung und Massenmorde wurden von einem Regime, das demokratisch und rechtmäßig zustande kam, systematisch durchgeführt“, führte Mickey Levy, Präsident der Knesset, des israelischen Parlaments, in seiner Rede in der Gedenkstunde des Deutschen Bundestages am 27. Januar 2022 aus. Die staatlich geplante und industriell betriebene Massenvernichtung an den europäischen Juden macht die Einmaligkeit des Holocaust aus. Seit 1992 ist das Haus der Wannseekonferenz eine Gedenk- und Bildungsstätte.

Zu den Teilnehmern der Wannsee-Konferenz gehörte auch Gerhard Klopfer (1905 – 1987), Staatssekretär der Parteikanzlei der NSDAP. Der promovierte Jurist konnte später in der Bundesrepublik problemlos als Rechtsanwalt in der baden-württembergischen Stadt Ulm agieren. Klopfer, früherer Staatssekretär Martin Bormanns, SS-Gruppenführer und Gestapo-Jurist, war der letzte noch lebende Teilnehmer der Wannsee-Konferenz. Nach seinem Tod wurde eine breite Öffentlichkeit auf Klopfers NS-Vergangenheit aufmerksam. Grund war die von seinen Angehörigen formulierte Todesanzeige in der Ulmer Südwest-Presse. Die Zeile darin, „nach einem erfüllten Leben zum Wohle aller, die in seinem Einfluss waren“, erregte Aufsehen.

Unter dem Titel „80 Jahre Lügen über die Wannseekonferenz“ schreibt der Neonazi und Holocaust-Leugner Nikolai Nerling, dass sich das Protokoll der Wannseekonferenz als „Fälschung herausgestellt“ habe. Stattdessen gebe es sei 100 Jahren einen „Völkermord an den Deutschen“, so Nerling in einer 33-minütigen Videoansprache. Ex-Lehrer Nerling ist in der rechtsextremen Szene unter dem Namen „Der Volkslehrer“ bekannt.

<https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/240926/wannseekonferenz> / eingesehen am 19. Januar 2022

<https://www.juedische-allgemeine.de/politik/ich-danke-ihnen-inge> / eingesehen am 4. Februar 2022

<https://www.juedische-allgemeine.de/politik/90-minuten-tarnsprache> / eingesehen am 21. Februar 2022

<http://www.vorwaerts.de/artikel/ns-taeter-und-buerger-der-bundesrepublik> / eingesehen am 4. Februar 2022

Homepage Der Volkslehrer / eingesehen am 7. April 2022

**Baden-Württemberg:
Alice Weidel und das
„Corona-Regime“**

Einen „starken Auftritt“ nannte das AfD-nahe Internetportal deutschlandkurier.de die Rede der AfD-Repräsentantin Alice Weidel am 23. Januar vor der Stadthalle im württembergischen Herrenberg: „Wenige Tage vor der ersten ‚Orientierungsdebatte‘ des Parlaments zur geplanten Corona-Impfpflicht ermutigte die Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion die Menschen in Deutschland, auf die Straße zu gehen, dem Corona-Regime seine Grenzen zu zeigen – bringen wir dieses Kartenhaus zum Einsturz!“

Deutschland-Kurier / eingesehen am 24. Januar 2022

**Baden-Württemberg:
Terrorat in Heidelberger
Universität**

Am 24. Januar gegen 12.30 Uhr drang während eines Chemie-Tutoriums ein 18-jähriger in einen Hörsaal der Universität Heidelberg ein. Der Täter schoss mit einer Langwaffe auf rund 30 Studierende. Mehrere von ihnen wurden verletzt. Eine 23-Jährige wurde so stark verletzt, dass sie starb. Der Täter, wie seine Opfer Student der Biowissenschaften, tötete sich anschließend im Freien. Die Polizei stellte drei Waffen und 150 Schuss Munition sicher. Der Täter hat die Waffen in Österreich erworben. Der 2003 geborene Student soll in der Vergangenheit Mitglied der Neonazi-Kleinstpartei Der III. Weg gewesen und im Oktober 2019, also noch als Minderjähriger, aus dieser ausgetreten sein. Belastende Anhaltspunkte für ein politisches, namentlich rechtsextrêmes Tatmotiv haben sich nicht ergeben, teilten Mitte März Staatsanwaltschaft und Polizei zum Abschluss des Todesermittlungsverfahren mit.

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/14915/5131322> / eingesehen am 27. Januar 2022

<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2022-01/heidelberg-angriff-taeter-neonazi-dritter-weg> / eingesehen am 27. Januar 2022

18-Jähriger fühlte sich gekränkt, in: Bruchsaler Rundschau, 17. März 2022, S. 11

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner, Nicole Gohlke Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Kontakte des Täters von Heidelberg in die rechte Szene, BT-Drs. 20/1241 vom 30. März 2022: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/012/2001241.pdf> / eingesehen am 5. April 2022

**Bundesweit:
Neonazis gedenken
Holocaust-Leugner**

Die Neonazi-Kleinstpartei Der III. Weg erinnert auf ihrer Homepage an den am 27. Januar 1918 in Kiel geborenen Thies Christophersen. Der 1997 verstorbene Holocaust-Leugner war SS-Sonderoffizier in Auschwitz. 1974 sorgte der international bestens in Alt- und Neonazi-Kreisen vernetzte Christophersen mit seiner Broschüre „Die Auschwitzlüge“ weltweit für Empörung. Seine antisemitische Zeitschrift „Die Bauernschaft“ war das Sprachrohr des Blut- und Boden-Flügels der NS-treuen Rechtsextremismus-Szene. Christophersen, so Der III. Weg, wurde bis zum „Lebensende von Antifaterroristen und den Handlangern der ‚demokratischen‘ Gesinnungsjustiz verfolgt“.

Homepage Der III. Weg / eingesehen am 27. Januar 2022

**Bundesweit – Baden-Württemberg:
AfD-Bundesvorsitzender Meuthen
verlässt die AfD**

Jörg Meuthen ist am 28. Januar aus der AfD ausgetreten, hat die Leitung der AfD-Delegation im Europäischen Parlament und auch seinen Parteivorsitz mit sofortiger Wirkung niedergelegt. Wenige Tage später verließ Meuthen auch die Fraktion Identität und Demokratie im Europäischen Parlament. Meuthen war 2013 in die AfD eingetreten und im Sommer 2015 nach dem Abgang des Parteimitgründers Bernd Lucke Bundessprecher geworden. Zunächst führte er die AfD an der Seite von Frauke Petry, dann mit Alexander Gauland und zuletzt mit Tino Chrupalla. Sein Mandat als Abgeordneter des Europaparlamentes will Meuthen behalten. Er sprach von einer Niederlage im Machtkampf mit dem formal aufgelösten rechtsextremen Flügel um die Ausrichtung der AfD. Meuthen verband seinen Austritt zudem mit harter Kritik am Zustand seiner Partei: „Das Herz der Partei schlägt heute sehr weit rechts und es schlägt eigentlich permanent hoch.“ Meuthen beklagte, dass in der AfD eine „weit verbreitete Disziplinlosigkeit, Dilettantismus, Karrierismus, Opportunismus und allgemein mangelnde politische Reife“ vorhanden seien.

Er sei als Parteichef mit seinem Einsatz für einen anderen Weg gescheitert, sagte Meuthen. Teile der Partei stünden seiner Meinung nach „nicht auf dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung“, sagte er. „Ich sehe da ganz klar totalitäre Anklänge“. Gerade in der Coronapolitik habe die AfD etwas Sektenartiges entwickelt. Allenfalls als ostdeutsche Regionalpartei sehe er noch eine Zukunft für die AfD.

Der frühere AfD-Bundestagsabgeordnete und Leiter der Verfassungsschutz-Arbeitsgruppe in der AfD, Dr. Roland Hartwig, kritisierte die Äußerungen Meuthens scharf: „Was für ein Unsinn! So treten nur schlechte Verlierer nach!“ Ähnlich reagierte die baden-württembergische AfD-Bundestagsabgeordnete Christina Baum auf Meuthens Rückzug: „Dieser Schritt ist konsequent und war längst überfällig. Schon seit langer Zeit hatte er sich von den Positionen unserer AfD entfernt. Im Nachhinein bezweifle ich sogar, ob er jemals mit dem Herzen hinter der patriotischen, an deutschen Interessen ausgerichteten Politik unserer Partei stand. Mein persönlicher innerer Abschied von Jörg Meuthen vollzog sich nach unserer Fraktionsspaltung in Baden-Württemberg, für die er hauptsächlich verantwortlich war.“ Der familienpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Martin Reichardt, geißelte die Art und Weise des Abgangs: „Immer das gleiche Spiel: Einfluss verlieren, Partei verlassen, ehrbare Mitglieder mit Dreck bewerfen, um sich beim Establishment anzudienen, über die AfD errungenes Mandat behalten, um finanzielle Vorteile zu genießen. Das nenne ich schäbig!“

In Reaktion auf den Austritt Jörg Meuthens aus der AfD und seine Begründung für diesen Schritt ist die ehemalige Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV) und seit 2018 Vorsitzende der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung, Erika Steinbach, demonstrativ in die AfD eingetreten. Was sie zu diesem Schritt bewog und warum sie Meuthens Verhalten „schäbig“ und „menschlich unanständig“ findet, sagte Steinbach in einem Interview für das rechtsextreme österreichische Magazin Zur Zeit. Geführt wurde das Interview von Bernd Kallina, Vizevorsitzender der extrem rechten Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft (SWG; Sitz: Hamburg). Weiter sagte Steinbach: „Und etwas anderes geht erst recht nicht, wie im Falle Meuthen/AfD, sich nämlich dann noch als ‚Feindzeuge‘ mit haltlosen Behauptungen beim parteipolitischen Gegner anzudienen, um erkennbar massiven Schaden verursachen zu wollen!“

Meuthen beabsichtigt, bei einem Ausscheiden aus dem EU-Parlament wieder an der Hochschule Kehl zu arbeiten. „Ich bin beurlaubter Hochschullehrer, insofern würde ich dann meine Tätigkeit an der Verwaltungshochschule Kehl wieder aufnehmen“, sagte der Wirtschaftswissenschaftler den Badischen Neuesten Nachrichten (BNN). Meuthen sitzt seit Ende 2017 für die AfD im EU-Parlament; im Frühjahr 2024 wird neu gewählt. Ein Sprecher von Landeswissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne) stellte auf Anfrage der BNN klar: Nach dem Europaabgeordnetengesetz sei die Hochschule Kehl verpflichtet, Meuthen wieder auf seiner früheren Professur einzusetzen. Hingegen sagte der Grünen-Landtagsabgeordnete Alexander Salomon der Zeitung, Meuthen habe einer Partei vorgestanden, in der rassistische und rechtsextreme Positionen fest dazugehörten. „Beamte haben eine Treuepflicht, sich zu unserer freiheitlichen und demokratischen Grundordnung zu bekennen. Diesen Grundsatz kann ich nicht mit der Aufgabe und den Aussagen von Herrn Meuthen vereinbaren.“ Es sei fraglich, ob Jörg Meuthen für die Tätigkeit als Professor und somit als Vertreter des Landes geeignet sei.

*<https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/afd-vorsitz-meuthen-101.html> /
eingesehen am 28. Januar 2022*

<https://www.facebook.com/Prof.Dr.Joerg.Meuthen> / eingesehen am 29. Januar 2022

*<https://www.zeit.de/news/2022-02/08/meuthen-will-bei-ausscheiden-aus-eu-parlament-an-hochschule> /
eingesehen am 22. April 2022*

PI-NEWS / eingesehen am 28. Januar 2022

Homepage Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e. V. / eingesehen am 10. Februar 2022

ZUR ZEIT / eingesehen am 11. Februar 2022

Bundesweit:

27. Januar - Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus

Am 27. Januar, dem Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, gedachten die Verfassungsorgane der Millionen Menschen, die durch die Nationalsozialisten entrechtet, verfolgt, gequält oder ermordet wurden. Der Präsident des israelischen Parlaments Levy, Bundespräsident Steinmeier und Bundeskanzler Scholz legten am Mahnmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin Kränze nieder. Im Bundestag sprachen Levy und die Holocaust-Überlebende Inge Auerbacher. Auerbacher, geboren 1934 in Kippenheim am Rande des Schwarzwalds, mahnte, Judenhass sei in vielen Ländern der Welt und auch in Deutschland wieder alltäglich. „Diese Krankheit muss so schnell wie möglich geheilt werden“, sagte Auerbacher und erklärte: „Wir sind alle als Brüder und Schwestern geboren. Sei Hüter deiner Schwestern und Brüder.“ Levy betonte: „Die ewig ernste Mahnung des Holocaust an den Juden Europas lautet: Nie wieder. Nie wieder“. Bundeskanzler Scholz hob die besondere Verantwortung Deutschlands hervor. „Wir müssen Antisemitismus, Diskriminierung, Rassismus und Extremismus bekämpfen - überall und in all ihren Formen“, so Scholz. Die Befreiung von Auschwitz jährte sich am 27. Januar zum 77. Mal. Die Nationalsozialisten hatten hier mehr als eine Million Jüdinnen und Juden ermordet. Im Jahr 1996 hatte der damalige Bundespräsident Roman Herzog den Tag der Befreiung des NS-Konzentrationslagers Auschwitz durch die Rote Armee als Gedenktag proklamiert. Seitdem erinnert das Parlament rund um diesen Tag mit einer eigenen Veranstaltung an die Opfer der Verfolgung und Ermordung durch die Nationalsozialisten.

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/holocaust-gedenken-im-bundestag-tag-der-scham-a-7651655e-576b-436a-abbf-1738dab75be5#ref=rss> / eingesehen am 27. Januar 2022

<https://www.tagesschau.de/inland/holocaust-gedenktag-121.html> / eingesehen am 28. Januar 2022

Baden-Württemberg:

5.000 Mitglieder im Landesverband der Partei dieBasis

Ende Januar 2022 hat die Partei dieBasis, Landesverband Baden-Württemberg, die Mitgliederzahl von 5.000 Mitgliedern überschritten. Mit Stand vom 3. Februar 2022 sind 5.034 Mitglieder in den Reihen der Kleinpartei, davon 2.593 Frauen und 2.441 Männer, so Eigenangaben der Partei. Die-Basis wurde 2020 im Umfeld der Proteste gegen Corona-Schutzmaßnahmen gegründet und gilt als der parteipolitische Arm der Querdenker-Bewegung.

<https://diebasis-bw.de/2022/02/%F0%9D%97%B1%F0%9D%97%B6%F0%9D%97%B2%F0%9D%97%95%F0%9D%97%AE%F0%9D%98%80%F0%9D%97%B6%F0%9D%98%80-%F0%9D%97%95%F0%9D%97%AA-%F0%9D%97%B5%F0%9D%97%AE%F0%9D%98%81-%F0%9D%97%BA%F0%9D%97%B2%F0%9D%97%B5/> / eingesehen am 15. Februar 2022

Februar

Baden-Württemberg: Das Land gegen Hasskriminalität

Zum 1. Februar 2022 tritt die gesetzliche Meldepflicht für soziale Netzwerke nach dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz in Kraft. Diensteanbieter sind danach verpflichtet, dem Bundeskriminalamt (BKA) Inhalte zu melden, die Straftatbestände wie Volksverhetzung oder Bedrohung erfüllen können. Das BKA gibt die Verfahren dann über die Landeskriminalämter an die Staatsanwaltschaften im Land ab.

Die Landesregierung geht ressortübergreifend gegen jede Art von Hasskriminalität und Hatespeech vor. Dazu hat sie unter anderem im September 2021 den Kabinettsausschuss „Entschlossen gegen Hass und Hetze“ eingerichtet. Mitglieder des Kabinettsausschusses, dessen Vorsitzender der stellvertretende Ministerpräsident und Innenminister Thomas Strobl ist, sind das Staatsministerium, das Innenministerium, das Kultusministerium, das Sozialministerium und das Justizministerium. Eine Geschäftsstelle im Innenministerium bündelt und koordiniert die dort anfallenden Aufgaben. Der Kabinettsausschuss ist dabei, weitere konkrete Handlungsempfehlungen für den Kampf gegen Hass und Hetze zu erarbeiten. Dazu erstellt er eine Bestandsaufnahme bestehender Programme und bereits umgesetzter Maßnahmen und identifiziert neue Bausteine im Kampf gegen Hass und Hetze.

https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemittteilung/pid/land-geht-weiter-entschieden-gegen-hasskriminalitaet-vor/?pk_medium=newsletter&pk_campaign=220121_newsletter_weekly&pk_source=newsletter_weekly&pk_keyword=gesellschaft / eingesehen am 18. Januar 2022

Bundesweit: Rechte Kampagne gegen Bundesinnenministerin

Am 2. Februar verbreitete die neurechte Wochenzeitung Junge Freiheit (JF) die Anti-Antifa-Meldung, dass die damalige hessische SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzende Nancy Faeser, heutige Bundesinnenministerin, im letzten Jahr einen Gastbeitrag in der Verbandszeitschrift antifa der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) veröffentlicht hatte. Der bayerische Verfassungsschutz bezeichnete in der Vergangenheit die VVN-BdA mehrfach als „bundesweit größte linksextremistisch beeinflusste Organisation im Bereich des Antifaschismus“. Diese Einschätzung ist allerdings umstritten. Die VVN wurde 1947 hauptsächlich von politisch Verfolgten des NS-Regimes gegründet. Ziel war die „Entnazifizierung, Entmilitarisierung, Entmonopolisierung, Demokratisierung, Sozialstaatlichkeit, Völkerverständigung und antifaschistische Einheit in ganz Deutschland“.

Fakt ist, dass Faeser nach dem Erhalt von zwei Drohbriefen mit der Unterschrift „NSU 2.0“ in einem Gastbeitrag für das Magazin der VVN-BdA geschrieben hatte, dass sie vor solchen Drohungen nicht zurückweichen werde. Zur Begründung führte sie in dem Beitrag vom 3. Juli 2021 an: „Der Kampf gegen Faschismus und Rechtsextremismus, gegen Rassismus und völkische Ideologien gehört zur politischen DNA meiner Partei, der SPD. Er gehört zu meiner politischen Arbeit als Mitglied des Hessischen Landtags. Und er muss zum Alltag jedes Demokraten und jeder Demokratin gehören, weil Freiheit und Demokratie jeden Tag aufs Neue gegen ihre Feinde verteidigt werden müssen.“

Dem JF-Artikel folgte ein extrem rechter Shitstorm: Auf der Onlineplattform Tichys Einblick war zu lesen: „Die neue Innenministerin will vor allem den Rechtsextremismus bekämpfen. Gegenüber der anderen Seite des politischen Extremismus zeigt sie ein anderes Gesicht: Für eine vom Verfassungsschutz beobachtete, linksextreme Zeitschrift schrieb sie sogar einen Beitrag.“

Vorgeworfen wurde Faeser, dass sie „eine fast obsessive Passion für die NSU-Morde empfindet“. Der stellvertretende Bundessprecher der AfD, Stefan Brandner, forderte die Entlassung der Bundesinnenministerin: Faeser sei „nicht tragbar. Es ist absolut offensichtlich, dass sie den Kampf gegen den Linksextremismus in Deutschland, der eine massive Bedrohung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung darstellt, nicht glaubwürdig führen kann. Bundeskanzler Scholz muss umgehend handeln und sie entlassen“, meinte Brandner wörtlich.

Wer eine solche Affinität zu Antifa-Gruppierungen aufweise, sei als oberste Dienstherrin von Bundeskriminalamt, Bundespolizei und Bundesamt für Verfassungsschutz denkbar ungeeignet und „definitiv untragbar“, monierte der AfD-Bundestagsabgeordnete Martin Hess, früherer Dozent an der Hochschule für Polizei in Baden-Württemberg, im Gespräch mit der JF.

JF-Chefredakteur Dieter Stein beklagte, dass sich „schon seit Jahren [...] Schritt für Schritt ein ‚antifaschistischer‘ gegen einen früheren die Bundesrepublik konstituierenden antitotalitären Konsens durch[setzt].“ Es erobere „ein Begriff die Lufthoheit über dem politischen Terrain, den Kommunisten geprägt haben, um ihre Gegner zu bekämpfen. [...] Metapolitisch ist es ein Geniestreich der radikalen Linken, den kommunistisch-antidemokratischen Begriff des ‚Antifaschismus‘ erfolgreich in der Mitte der Gesellschaft verankert zu haben, so daß sich dem inzwischen auch

Politiker der CDU/CSU und bürgerliche Journalisten – in einer Mischung aus Denkfaulheit und Opportunismus – unterworfen haben.“

Die Deutsche Stimme (DS), Sprachrohr der sich im Niedergang befindenden NPD, diffamierte Faeser als „Antifa-Trulla“ und rief auf: „Gegen so eine Regierung der Deutschland-Hasser wird Widerstand zur Pflicht.“

Beim rechtsextremen und islamfeindlichen Blog Politically Incorrect wurde orakelt: „Und klar ist nun, in welchem Geist innenpolitisch in Deutschland regiert wird – im Geist der ‚Antifa‘.“ Auch Bernd Gögel, AfD-Fraktionsvorsitzender im baden-württembergischen Landtag, sah sich zu einer Erklärung bemüßigt: „Eine solche Innenministerin, die mit diesem Vorgehen die Opfer links-extremer Gewalt mit Füßen tritt, brauchen wir jedoch ganz sicher nicht. Für die AfD-Landtagsfraktion ist daher klar: Frau Faeser ist längst rücktrittsreif.“

<https://www.heise.de/tp/features/Bild-AfD-und-Co-gegen-Nancy-Faeser-Antifaschismus-als-Suendenfall-6351022.html> / eingesehen am 6. Februar 2022

<https://antifa.vvn-bda.de/2021/07/03/nsu-2-0-aufgeklart/> / eingesehen am 6. Februar 2022

<https://www.afd.de/stephan-brandner-innenministerin-faeser-untragbar-scholz-muss-sie-sofort-entlassen/> / eingesehen am 6. Februar 2022

<https://bernd-goegel.de/artikel-in-linksextremen-medium-antifa-faeser-spd-darf-nicht-innenministerin-sein/> / eingesehen am 10. Februar 2022

Junge Freiheit / eingesehen am 10. Februar 2022

Tichys Einblick / eingesehen am 5. Februar 2022

Deutsche Stimme / eingesehen am 6. Februar 2022

**Bundesweit:
Justiz gegen Holocaust-
relativierende Symbole
und Äußerungen bei
Corona-Protesten**

Seit Beginn der Corona-Pandemie kommt es auf Demonstrationen und im Internet immer wieder zu Holocaust-Vergleichen durch sogenannte Ungeimpft-Sterne: Demonstrierende tragen Davidsterne mit der Aufschrift „Ungeimpft“, die aussehen wie die „Judensterne“ der NS-Zeit. Damit wird die Verfolgung und Entrechtung von Juden und Jüdinnen im Nationalsozialismus mit der heutigen Situation ungeimpfter Personen verglichen. Zwischenzeitlich geht die Justiz in mehreren Bundesländern verstärkt gegen Holocaust-relativierende Symbole und Äußerungen bei Corona-Protesten vor. Es zeigt sich eine klare Tendenz hin zur Kriminalisierung der „Ungeimpft“-Sterne. In fast allen Bundesländern wird mittlerweile mindestens von einem Anfangsverdacht der Holocaust-Verharmlosung nach § 130 Abs. 3 StGB ausgegangen. Das Delikt Volksverhetzung stellt nicht nur das Aufstacheln zum Hass gegen Bevölkerungsteile unter Strafe, sondern auch das Leugnen und Verharmlosen von NS-Verbrechen. „Sich den gelben Stern anzuheften und dieses menschenverachtende Symbol des millionenfachen Mordes an jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern mit dem eigenen Impfstatus in Verbindung zu bringen, ist nicht nur geschmacklos, sondern erfüllt in meinen Augen den Straftatbestand der Volksverhetzung“, sagte die Bremer Justizsenatorin Claudia Schilling (SPD). Auch das bayerische Justizministerium weist darauf hin, dass Äußerungen, die staatliche Corona-Maßnahmen mit dem Holocaust vergleichen, insbesondere den Straftatbestand der Volksverhetzung erfüllen können. Die Generalstaatsanwaltschaften in Hamburg und Sachsen halten das öffentliche Zeigen von „Judensternen“ mit „Ungeimpft“-Aufschrift und die Verbreitung Holocaust-relativierender Aussagen grundsätzlich für strafbar. Der Neonazi Sven Liebich aus Halle an der Saale, vormals Aktivist des die Waffen-SS glorifizierenden Neonazi-Netzwerks Blood & Honour, bietet in seinem Versand-Shop gelbe Sterne mit der Aufschrift „Ungeimpft“ feil und merkt dazu süffisant an: „Dieser Stern spielt mitnichten auf den Holocaust an. Sondern auf die Stigmatisierung von Menschengruppen, welche mit Zeichen versehen wurden, um sie auszugrenzen.“

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/justiz-geht-gegen-holocaust-relativierung-bei-corona-demos-vor-a-d1436750-c0a5-4eac-9b94-ef82ee0c60#ref=rss> / eingesehen am 3. Februar 2022

<https://www.juedische-allgemeine.de/politik/gelbe-sterne-im-online-shop/> / eingesehen am 21. März 2022

Bundesweit:
AfD-Nähe mit der Pflicht zur Verfassungstreue unvereinbar

AfD-Nähe ist mit der Pflicht zur Verfassungstreue unvereinbar, so ein Rechtsgutachten des Deutschen Instituts für Menschenrechte (DIMR). Das DIMR ist die unabhängige Nationale Menschenrechtsinstitution Deutschlands. Das Institut wird aus dem Haushalt des Bundestages finanziert. Wer als Beamter für die AfD eintritt, solle berufliche Konsequenzen spüren, bis hin zur Entlassung. Erforderlich mache dies die „fortgeschrittene Radikalisierung der AfD“, heißt es in dem Gutachten. Schließlich hätten Beamte die Pflicht, „für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten“, sagt der Autor der Studie, Hendrik Cremer. In einem Rechtsstaat sei es geboten, „Personen aus dem Staatsdienst zu entlassen, die sich gegen die unabdingbaren Grundlagen der Menschenrechte wenden: den Grundsatz der allen Menschen gleichermaßen zustehenden Menschenwürde und den damit einhergehenden Grundsatz der Rechtsgleichheit aller Menschen“.

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/afd-beamte-menschenrechtsinstitut-gutachten-100.html> / eingesehen am 3. Februar 2022

Bundesweit:
Zuerst!-Interviewpartnerin Alice Weidel

Alice Weidel, gemeinsam mit Tino Chrupalla Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, sowie Sprecherin des AfD-Landesverbandes Baden-Württemberg, stand der Februar-Ausgabe des rechts-extremen Monatsmagazins Zuerst! Rede und Antwort. Die AfD-Politikerin diffamiert das neue Regierungskabinett unter Führung von Olaf Scholz als „ein Kabinett der Unfähigkeit und des untersten Mittelmaßes. [...] Dabei unterbietet die rot-grün-gelbe Koalition noch das Niveau der letzten Merkel GroKo; mehrere Personalien sind regelrecht zum Fremdschämen. Mit dieser Regierung blamiert sich Deutschland in der Welt. [...] Wir sehen unsere Aufgabe darin, die Arroganz der Macht entgegenzutreten und denen eine Stimme zu geben, die von der etablierten Politik ausgegrenzt, mißachtet und von oben herab behandelt werden.“ In Zuerst! ist die Monatszeitschrift Nation & Europa (NE) aufgegangen, die Ende 2009 im 59. Jahrgang mit einer Doppelausgabe ihr Dasein beendete. NE war die älteste erscheinende Zeitschrift des deutschen Rechtsextremismus und bot Rechtsextremisten unterschiedlicher Strömungen eine Plattform. Gründer von NE waren der ehemalige SS-Sturmbannführer und Chef der sogenannten Bandenbekämpfung im Führerhauptquartier, Arthur Ehrhardt, sowie der ehemalige SA-Obersturmführer Herbert Böhme.

ZUERST! / eingesehen am 6. Februar 2022

Baden-Württemberg:
Antisemitischer „Druide“ wird verurteilt

Der 71-jährige Antisemit und selbst ernannte „Druide Burgos von Buchonia“ Karl Burghard B. aus der Szene der Reichsbürger wurde am 4. Februar vom Landgericht Mannheim zu einer Bewährungsstrafe von einem Jahr und neun Monaten verurteilt. Zudem muss der aus dem nordhessischen Grebenstein stammende Rechtsextremist wegen Volksverhetzung 130 Tagessätze à zehn Euro zahlen. B., der eine Vorliebe für „Kraftorte“ im Pfälzerwald hat, lebte zeitweise im Rhein-Neckar-Kreis. Er hatte laut Staatsanwaltschaft in einem sozialen Netzwerk den Holocaust geleugnet, zum Mord an Juden aufgerufen und gegen Flüchtlinge gehetzt sowie ein riesiges Waffenarsenal angelegt. Seine zwischen Ende 2015 und April 2016 veröffentlichten Beiträge seien geeignet gewesen, so die Anklagebehörde, das Vertrauen der Menschen in die Rechtssicherheit zu erschüttern und das gesellschaftliche Klima zu vergiften. Gemeinsam mit Gesinnungskameraden hat B. ein riesiges Waffenarsenal aus Wühlmausfallen, selbst hergestellten Schussapparaten, Schießkugelschreibern, einem Flammenwerfer, diversen Schusswaffen wie einer halb automatischen Selbstladepistole, einer großen Menge Patronen unterschiedlichen Kalibers und 1,4 Kilogramm Schwarzpulver angelegt. Drei Mitstreiter (Thiemo B., Klaus D., Frank E.) hatte das Gericht bereits im Januar zu Bewährungsstrafen verurteilt. Die Ermittler waren anfangs davon ausgegangen, dass sich um den „Druiden“ eine terroristische Vereinigung gebildet hatte. Der Verdacht wurde später fallengelassen.

https://www.rnz.de/nachrichten/metropolregion_artikel,-mannheim-druide-wird-verurteilt-und-hetzt-im-internet-weiter-_arid,808630.html / eingesehen am 5. Februar 2022

https://landgericht-mannheim.justiz-bw.de/pb/,Lde/Startseite/Aktuelles/01_+bis+05_+Kalendarwoche+2022/?LISTPAGE=1167835 / eingesehen am 7. Januar 2022

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/mannheim/druide-vor-gericht-in-mannheim-wegen-munition-waffen-volksverhetzung-100.html> / eingesehen am 6. Mai 2022

Baden-Württemberg:
**Urteil gegen Ex-AfD-MdL Räßle
 ist rechtskräftig**

Das Urteil des Mainzer Landgerichts gegen den ehemaligen baden-württembergischen Landtagsabgeordneten und früheren AfD-Politiker Stefan Räßle ist rechtskräftig. Das teilte eine Gerichtssprecherin am 4. Februar mit. Räßle war im Januar wegen des öffentlichen Aufrufs zu Straftaten und Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte zu zehn Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt worden. Er muss nach dem Beschluss des Landgerichts Mainz zudem 2.400 Euro an eine gemeinnützige Organisation zahlen. Die große Strafkammer sah es als erwiesen an, dass Räßle als Redner bei einer Corona-Demonstration in Mainz am 26. September 2020 zum gewaltsamen Sturz der Bundesregierung aufrief. Im Internet kursieren Videos, in denen die Rede von Räßle am Mainzer Rheinufer zu sehen ist. Darin sagt er unter anderem wörtlich: „Wir müssen die Regierung zuallererst stürzen und zwar mit Gewalt. [...] Wir müssen uns gewaltsam Zutritt zum Kanzleramt verschaffen, wir müssen die Regierungsstuben räumen.“ Am 29. August 2020 hatte sich Räßle zudem an Corona-Demonstrationen in Berlin beteiligt. Dabei soll er mit einigen hundert Menschen die vor dem Reichstagsgebäude aufgestellten Absperrgitter überstiegen und mit Gewalt Widerstand gegen Polizisten geleistet haben, die die Treppe zum Reichstag räumen wollten.

<https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.stefan-raepple-bewaehrungsstrafe-gegen-frueheren-afd-politiker-rechtskraeftig.b6a6b9cb-4a3b-4a91-a524-c85158cd92d7.html> / eingesehen am 5. Februar 2022

Sachsen / Thüringen / Baden-
 Württemberg / Bundesweit:
**Neonazi-Kleinpartei
 Freie Sachsen auf die AfD-
 Unvereinbarkeitsliste gesetzt**

Der AfD-Bundesvorstand hat am 7. Februar die Neonazi-Kleinpartei Freie Sachsen auf die Unvereinbarkeitsliste der Partei gesetzt. Der Beschluss fiel einstimmig. Damit dürfen aktive oder ehemalige Mitglieder der Freien Sachsen nicht in die AfD aufgenommen werden. Der sächsische Verfassungsschutz hat die Freien Sachsen im Juni 2021 als rechtsextrem eingestuft, bundesweit wird die Gruppierung als Verdachtsfall beobachtet. In einem Interview mit Compact TV, dem TV-Kanal des rechtsextremen Monatsmagazins Compact, führte die baden-württembergische AfD-Bundestagsabgeordnete Christina Baum zum Unvereinbarkeitsbeschluss am 11. Februar aus: „Ich finde den Beschluss unsäglich.“ Baum ist im Gegensatz zum AfD-Bundesvorstand der Meinung, dass die Neonazi-Partei „eine gute Arbeit“ macht. Im gleichem Atemzug bezeichnet die Parlamentarierin die AfD als den „parlamentarische[n] Arm dieser Protestbewegung“.

Auf der 13 Seiten umfassenden Unvereinbarkeitsliste der AfD findet sich auch die in Baden-Württemberg gegründete Pseudo-Gewerkschaft Zentrum Automobil. Aus der Sicht von Baum ist auch dies ein „Fehler“, eine „Fehlentscheidung“ der Parteispitze. Die Bundestagsabgeordnete fordert deshalb: „Diese Unvereinbarkeitsliste gehört weg.“ Am Ende des Interviews mit Baum stellt sich Compact TV vor. Man sende „die Nachrichten“, die „das Regime verbieten will.“ Compact rüttele „das Volk auf. Stehen wir für unsere Freiheit ein.“ Weiter wird geraunt: „Hier wächst das Geheime Deutschland. Wir sind frei.“ Das „Aussprechen der Wahrheit“ sei eine „revolutionäre Tat“.

Die „Unvereinbarkeitsliste auf den Prüfstand!“ setzen, will der AfD-Landesverband Thüringen. In einem von den thüringischen AfD-Sprechern Stefan Möller und Björn Höcke unterzeichneten Statement wird bilanziert: „Eine Unvereinbarkeitsliste sollte nach unserer Überzeugung interne Prozesse der AfD erleichtern und vereinheitlichen. Sie sollte aber nicht - insoweit vergleichbar mit dem ‚Verfassungsschutz‘-Bericht - der Gegnermarkierung und politischen Positionierung dienen. Wenn eine Partei hierfür eine Unvereinbarkeitsliste benötigt, macht sie etwas falsch. Wir schlagen daher vor, dass auf dem nächsten Bundesparteitag eine innerparteiliche Arbeitsgruppe mit der Prüfung der Unvereinbarkeitsliste betraut wird und dabei auch Vorschläge zum sinnvollen Einsatz selbiger gemacht werden.“

<https://www.facebook.com/AfD.Thueringen> / eingesehen am 8. Februar 2022

COMPACT-Online / eingesehen am 12. Februar 2022

Bundesweit:
**Studien zur Vereinnahmung
 von Theologie durch die extreme
 Rechte erschienen**

In der Schriftenreihe „Einsprüche“ ist eine Studie zur Vereinnahmung von Theologie durch die extreme Rechte erschienen. In der Schriftenreihe setzt sich die Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche & Rechtsextremismus (BAG K+R) seit 2020 mit der Vereinnahmung von Theologie durch die extreme Rechte auseinander und blickt dabei auf Ideologien, Akteure und Strategien. In der nun vorliegenden zweiten Ausgabe wird auf Internetangebote geschaut, die am rechten Rand der Kirchen Brücken schlagen zwischen politisch neurechten und christlich-konservativen Milieus. Dabei wird analysiert, welche Themen im Vordergrund der Berichterstattung stehen und welche inhaltlichen Gemeinsamkeiten zwischen den Milieus bestehen. Zudem wird die Frage gestellt, wie gezielt menschenfreundliche religiöse Stile dazu beitragen können, politisch neurechten Einstellungen entgegenzutreten. In einem weiteren Beitrag werden zwei Sammelbände aus dem selbsternannten „rechten Christentum“ untersucht. Kritisiert wird, dass die Autoren biblische Texte und das christliche Menschenbild für die Legitimation von rechter Politik und Menschenverachtung missbrauchen. Beiden Beiträgen voran geht ein Grußwort von Georg Bätzing, Bischof von Limburg und Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz. Darin befürwortet er eine explizit kritische, wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Versuchen einer theologischen Begründung rechten Gedankenguts. Die Broschüre steht zum kostenlosen Download bereit und kann als Printausgabe bestellt werden.

<https://kompetenznetzwerk-rechtsextremismuspraevention.de/einsprueche-2-studien-zur-vereinnahmung-von-theologie-durch-die-extreme-rechte-1765/> / eingesehen am 10. Februar 2022

Bundesweit:
**Anknüpfungspunkte der Incel-
 Subkultur zum Rechtsextremismus**

Um eine Bewertung des Gefährdungspotentials der sogenannten Incel-Szene geht es in der Antwort der Bundesregierung (Drucksache 20/624 vom 8. Februar 2022) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. Wie die Fraktion darin schrieb, ist der Begriff Incel (involuntary celibates - „unfreiwillig Zölibatäre“) eine vorrangig im Internet vorgenommene Bezeichnung für Männer, die sich darüber definieren, keine oder keine längerfristigen Beziehungen sexueller oder romantischer Natur pflegen zu können. Was die Szene eine, sei ein „patriarchales Anspruchsdenken, das sich im Glauben an ein Recht auf Sex und daraus folgender Degradierung von Frauen zu Objekten der eigenen Begierde manifestiert“. Laut Bundesregierung weist die Incel-Subkultur neben einer abneigenden Einstellung gegenüber Feminismus und Emanzipation ideologische Anknüpfungspunkte zum Rechtsextremismus auf. Der Einfluss der Szene, die überwiegend online aktiv sei, scheine „im deutschen/deutschsprachigen Raum begrenzt“, führt die Bundesregierung aus. Bisher seien in Deutschland lediglich wenige polizeiliche Sachverhalte mit möglichem Incel-Hintergrund bekannt geworden. „Diese Sachverhalte entfaltet keine Gefährdungsrelevanz, die sich primär auf die ‚Incel‘-Ideologie zurückführen lässt“, heißt es in der Antwort weiter. Konkrete Kenntnisse, dass sich von der Incel-Ideologie beziehungsweise ihrer Anhängerschaft in Deutschland aktuell eine Gefährdungsrelevanz ableiten lässt, liegen der Bundesregierung danach nicht vor. Die Incel-Subkultur ist der Antwort zufolge kein Beobachtungsobjekt des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV).

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Heidi Reichinnek, Susanne Ferschl, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Bewertung und Gefahrenpotential der sogenannten Incel-Szene, BT-Drs. 20/624 vom 8. Februar 2022: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/006/2000624.pdf> / eingesehen am 20. Februar 2022

Baden-Württemberg:
Ermittlungen gegen Reichsbürger

Im Fall des mutmaßlichen Reichsbürgers Manfred J. (Wintersweiler), der in der Nacht zum 8. Februar einen Polizisten in Efringen-Kirchen (Kreis Lörrach) absichtlich angefahren haben soll, hat die Staatsanwaltschaft Karlsruhe die Ermittlungen übernommen. Dem 1960 geborenen Beschuldigten wird versuchter Mord vorgeworfen. Der 39-jährige Polizist vom Polizeirevier Weil am Rhein wurde nach der Tat mit dem Rettungshubschrauber in eine Klinik gebracht. „Schlagt ihre Buden mit der Abrissbirne ein“ und „Zermalmt ihre Fahrzeuge“ wird in einem „Reichsbürger“-Flyer, der im Wagen des Täters gefunden wurde, aufgefördert. Im russischen Netzwerk VK hat der Täter unter seinem Eigennamen ein Konto und setzte im Januar dort als Profilbild eine Texttafel einer Vereinigung namens „Ewiger Bund“ ein: „Wer seine Rechte nicht kennt, hat keine“, heißt es da. Und: „Wusstest du, dass wir Badener bis zum heutigen Tage eine rechtsgültige Verfassung und einen rechtmäßigen Großherzog haben?“ Der Mann ist der Polizei bereits einschlägig wegen Taten mit politischem Hintergrund bekannt. Von Anfang bis Mitte des Jahres 2021 fiel er durch Beleidigungen politischen Inhalts auf im Zusammenhang mit Polizeikontrollen zur Einhaltung von Corona-Maßnahmen; er wurde angeklagt und in einem Fall zu einer Geldstrafe verurteilt worden.

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/suedbaden/umgefahrterer-polizist-in-efringen-kirchen-versucher-mord-100.html> / eingesehen am 9. Februar 2022

<https://www.bild.de/regional/stuttgart/stuttgart-aktuell/staatschutz-ermittlungen-gegen-reichsbuerger-in-baden-wuerttemberg-79167674.bild.html> / eingesehen am 16. Februar 2022

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/suedbaden/reichsbuerger-radikalisierung-endet-mit-frontal-angriff-auf-polizisten-100.html> / eingesehen am 11. Februar 2022

Bundesweit / Sachsen:
**Auschwitz-Komitee kritisiert
Neonazi-Demonstrationen
in Dresden**

Das Internationale Auschwitz Komitee hat die Neonazi-Demonstrationen in Dresden am 13. Februar 2022 anlässlich des 77. Jahrestags der Bombardierung Dresdens kritisiert. Die Demonstrationen und insbesondere die Propagierung des Begriffs „Bombenholocaust“ auf einem Transparent der Neonazi-Kleinstpartei Die Rechte markierten „den schäbigen und hetzerischen Versuch nazistischer Gruppen, den Holocaust zu relativieren und Überlebende der Vernichtungslager in aller Welt zu verhöhnern“, sagte der Exekutiv-Vizepräsident des Komitees, Christoph Heubner, in Berlin. Es sei empörend und unverständlich für die Überlebenden, dass es noch immer keine einheitliche Strategie von Polizei und Staatsanwaltschaften gebe, dieser „provokativen Verdrehung historischer Tatsachen“ gezielt entgegenzutreten. Angesichts europaweiter Aktivitäten rechtsextremer Gruppen und ihrer ideologischen Vernetzung im nazistischen, antisemitischen und rassistischen Denken, sei dies nicht nur für die Überlebenden des Holocaust ein fatales Signal, auf das die zuständigen Behörden umgehend reagieren sollten, forderte Heubner. Bei den Luftangriffen alliierter Bomber auf Dresden am 13. und 14. Februar 1945 wurden etwa 25.000 Menschen getötet. Im Januar 2005 löste die kurz zuvor in den sächsischen Landtag eingezogene NPD einen Eklat im Dresdner Parlament aus, als ihr Abgeordneter Jürgen Gansel vom „Bombenholocaust in Dresden“ sprach und den „politischen Kampf gegen die Schuldknechtschaft des deutschen Volkes“ beschwor. Der damalige NPD-Parteivorsitzende Udo Voigt sprang den sächsischen Parteifreunden tags darauf bei und erklärte, der Begriff Holocaust treffe „auf die Vernichtung der Juden wie auch der Deutschen“ zu.

<https://www.juedische-allgemeine.de/politik/auschwitz-komitee-kritisiert-neonazi-demonstrationen/> / eingesehen am 15. Februar 2022

Berlin / Hessen / Schleswig-Holstein:
Jahrestage rechten Hasses

Vor 25 Jahren, am 19. Februar 1997, schoss der 24-jährige Neonazi Kay D. den Berliner Buchhändler und Linksaktivisten Klaus Baltruschat im Ortsteil Alt-Marzahn mit einer Pumpgun nieder. Der 62-jährige überlebte schwer verletzt. In dem Haus befand sich neben dem Buchladen die Bezirks-geschäftsstelle der PDS und das Abgeordnetenbüro von Gregor Gysi. Der Attentäter konnte vier Tage später nach einem Schusswechsel mit der Polizei festgenommen werden. Bei einer Kontrolle auf dem Autobahn-Parkplatz Roseburg (Schleswig-Holstein) hatte er den Polizisten Stefan Grage erschossen und dessen Kollegen Stefan K. verwundet. Der Polizistenmörder D. ist seit Juni 2016 wieder auf freiem Fuß.

Am 19. Februar jährte sich auch der zweite Jahrestag des Anschlags von Hanau, dem Gökhan Gültekin, Sedat Gürbüz, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Hamza Kurtović, Vili Viorel Păun, Fatih Saraçoğlu, Ferhat Unvar und Kaloyan Velkov zum Opfer fielen. Der rassistische Terroranschlag „kam nicht aus dem Nichts, und er geschah auch alles andere als zufällig“, so Bundesinnenministerin Nancy Faeser. Weiter führte Faeser in der Aktuellen Stunde zu den rechtsterroristischen Morden von Hanau vor dem Deutschen Bundestag am 16. Februar 2022 in Berlin aus: „Die Spur des rechten Terrors zieht sich auch durch unsere jüngere Geschichte: Solingen, Mölln, Hoyerswerda, der Terror des NSU, der Anschlag am Münchner Olympia-Einkaufszentrum, der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten, meinem ehemaligen Kollegen Dr. Walter Lübcke, der Terror von Halle und Hanau. Wer es vorher noch nicht verstanden oder verharmlost hat, dem muss nach Hanau endlich klar sein: Der Rechtsextremismus ist die schlimmste Bedrohung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Und deshalb hat die Bekämpfung des Rechtsextremismus unsere höchste Priorität.“

Rede der Bundesministerin des Innern und für Heimat, Nancy Faeser, in der Aktuellen Stunde zu den rechtsterroristischen Morden von Hanau vor dem Deutschen Bundestag am 16. Februar 2022 in Berlin, Bulletin der Bundesregierung Nr. 17-2 vom 16. Februar 2022:

<https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975954/2006040/c8a7e10ceb4acec9c793db0b-0c9a56e3/17-2-bmi-akt-stunde-data.pdf?download=1> / eingesehen am 26. April 2022

Baden-Württemberg:
**Mannheimer Gemeinderat stimmt
für Straßenumbenennung**

Straßen im Mannheimer Stadtteil Rheinau-Süd, die nach Vertretern der deutschen Kolonialherrschaft in Afrika benannt sind, sowie ein nach dem Hitler-Bewunderer und Antisemiten, dem schwedischen Asienforscher Sven Hedin benannter Weg, werden ihre bisherigen Namen innerhalb der kommenden zwei Jahre verlieren. Dies hat der Gemeinderat Anfang Februar bei drei Enthaltungen und zwei Gegenstimmen aus den Reihen der AfD beschlossen. Als Sofortmaßnahme werden die bestehenden Schilder für die Straßen „ad hoc“ mit Zusatzschildern versehen; sie tragen den Text: „Diese Benennung entspricht nicht mehr den heutigen Wertevorstellungen, eine Umbenennung ist vorgesehen.“

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/mannheim/stadt-will-belastete-strassennamen-aendern-100.html> / eingesehen am 6. Mai 2022

Mecklenburg-Vorpommern /
Brandenburg / Sachsen-Anhalt /
Sachsen / Thüringen:
AfD-Fraktionsvorsitzendenkonferenz „Ost“ verabschiedet sog. Erfurter Freiheitsappell

Am 17. Februar tagte zum 5. Mal die Fraktionsvorsitzendenkonferenz „Ost“ der Alternative für Deutschland. Etwa halbjährlich kommen die Fraktionsvorsitzenden der ostdeutschen Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen zusammen, um sich über die politische Lage auszutauschen. Der Fokus der Sitzung lag auf den „Freiheitsspaziergängen“ (AfD) und im Ergebnis wurde eine gemeinsame Erklärung, der sogenannte „Erfurter Freiheitsappell“, verabschiedet. Einleitend wird darin festgestellt: „Woche für Woche gehen hunderttausende Bürger in Dörfern und Städten, in Ost und West auf die Straße, um gegen die Corona-Maßnahmen und die drohende Impfpflicht zu demonstrieren.“ Die „Protestbewegungen, egal wo sie in Erscheinung treten“, werden von den AfD-Politikern begrüßt: „Ihr Anliegen ist dringlich, ihr Protest ist notwendig, ihr gewaltfreier, ziviler Ungehorsam ist ihr gutes Recht. Unsere Partei unterstützt diesen legitimen Bürgerprotest.“ Weiter heißt es: „Die Freiheitsproteste sind parteiübergreifend, aber der Blick in die Parlamente zeigt: Die Alternative für Deutschland ist die einzige Opposition, die gegen den Block der Altparteien argumentiert und die existentiellen Sorgen der protestierenden Bürger in den Parlamenten zu Gehör bringt.“ Die Vorsitzenden der AfD-Landtagsfraktionen der AfD in Mecklenburg-Vorpommern, Nikolaus Kramer, Brandenburg, Hans-Christoph Berndt, Sachsen-Anhalt, Oliver Kirchner, Sachsen, Jörg Urban und Thüringen, Björn Höcke, fordern in ihrem Appell unter anderem „eine sofortige Abschaffung aller Corona-Maßnahmen“ sowie „ein Ende der Kriminalisierung der Bürgerproteste durch die Regierung und ihren Geheimdienst. [...] Die Freiheit der Bürger ist unsere rote Linie.“

<https://afd-thl.de/2022/02/16/erfurter-freiheitsappell> / eingesehen am 18. Februar 2022

Bundesweit:
**Radikale Impfgegner bedrohen
Politiker, Amts- und Mandats-
träger**

Radikale Impfgegner haben in den letzten Monaten immer wieder Politiker sowie Amts- und Mandats-träger bedroht. Mehrfach marschierten Coronaprotestler vor Wohnhäusern von Politikern auf oder drohten ihnen in sozialen Netzwerken wie Telegram – bis hin zum Mordaufruf. Sachsens Gesundheitsministerin Petra Köpping (SPD) wurde Anfang Dezember 2021 zum Ziel einer Corona-Demo. Dabei standen rund 30 Menschen mit Fackeln und Plakaten vor ihrem Wohnhaus in Grimma. In Mecklenburg-Vorpommern konnte die Polizei einen solchen Aufmarsch noch rechtzeitig stoppen. Die Demonstranten versuchten im Dezember das Haus der Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) in der Schweriner Innenstadt zu erreichen. Die Polizisten konnten den Demo-Zug vorher umlenken. Im Januar sind Hunderte Demonstranten in Thüringen gezielt an der privaten Wohnadresse von Geras Oberbürgermeister Julian Vonarb (parteilos) vorbeigegangen. Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) hatte sogar mit Morddrohungen zu tun gehabt. Diese wurden in der Chatgruppe Dresden Offlinevernetzung auf Telegram veröffentlicht. Und auch Kretschmer bekam in seinem Haus in Ostsachsen bereits „Besuch“ von Corona-Demonstranten. Am Privathaus des CDU-Bundestagsabgeordneten Henning Otte im niedersächsischen Celle wurden Flugblätter verstreut: Darin heißt es: „Du kannst dich nicht verstecken, wir wissen, wo du wohnst.“ Noch bevor Karl Lauterbach das Amt des Bundesgesundheitsministers innehatte, zogen bereits einige Protestierende vor seinen privaten Wohnsitz in Köln. In Halberstadt marschierte kürzlich eine Menschenmenge mit Fackeln zum Grundstück des Oberbürgermeisters Daniel Szarata (CDU), Hunderte demonstrierten vor dem Haus des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann (Grüne) in Sigmaringen. Drohungen erreichten auch die SPD-Innenpolitikerin Carmen Wegge, die sich in einer Rede im Bundestag für eine allgemeine Impfpflicht ab 18 Jahren ausgesprochen hatte. Der Verfasser einer E-Mail habe ihr gewünscht, sie solle an der Impfung sterben, so Wegge.

Ähnliche Szenen gab es schon vor den Corona-Demos: Im Jahr 2015, mitten in der Flüchtlingskrise, mobilisierte die NPD in der Ortschaft Tröglitz im Burgenlandkreis zu einer Demo vor das Haus von

Bürgermeister Markus Nierth. Der Fall wurde bundesweit bekannt. Nierth trat wenig später als Bürgermeister zurück. Er habe seine Familie nicht den hasserfüllten Parolen von mehr als 100 Neonazis und bewaffneten Polizisten, die ihn schützen sollten, aussetzen wollen, teilte er damals in einer Stellungnahme mit.

In einem Statement haben 27 Unterzeichner aus dem Netzwerk Junge Bürgermeister*innen die deutliche Radikalisierung im Umfeld der Kritik an der Corona-Politik aufs Schärfste verurteilt. Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele stellt aus ihrer Sicht grundsätzlich einen Angriff auf unsere offene Gesellschaft dar. „Gerade kommunale Amtsträger können leicht zu Zielen werden: Für die Bürgermeister*innen ist es wichtig, vor Ort präsent zu sein und den unmittelbaren Kontakt zu ihren Mitbürgern zu pflegen. Gleichzeitig genießen sie nicht den gleichen Schutz wie staatliche Amtsträger auf Landes- oder Bundesebene“, heißt es in der Stellungnahme.

Morddrohungen und Fackelmärsche, in: Der Spiegel, 8/2022, S. 24

<https://www.mz.de/deutschland-und-welt/politik/corona-demos-vor-haeusern-von-politikern-halberstadt-ist-kein-einzelfall-3336788> / eingesehen am 15. Februar 2022

<https://www.junge-buergermeisterinnen.de/aktuelles> / eingesehen am 19. Februar 2022

Thüringen:
Höcke und die Diktaturen

In einem Interview führte der AfD-Rechtsaußen Björn Höcke, ein Dauer-Corona-Spaziergänger, aus: „Wir müssen gegen einen übergriffigen Obrigkeitsstaat jetzt auf die Straße gehen und friedlich demonstrieren. Ich versuche das zu unterstützen, indem ich jeden Montag irgendwo anders bin in Thüringen und mich zeige und meine Solidarität auch dadurch bekunde. Mir ist wichtig, dass die Menschen spüren, dass sie nicht von allen Parteipolitikern alleingelassen werden, sondern dass es eine Kraft gibt, die ohne Wenn und Aber für die Freiheit einsteht – und das ist meine Partei, die AfD.“ Und weiter: „Wenn morgen alle Maßnahmen fallen würde, wäre natürlich nicht alles in Ordnung. Für mich war Corona, diese Plandemie, nur eine Generalprobe für etwas Größeres. Nach der Corona-Diktatur kommt die Klima-Diktatur. Man wollte austesten, wie weit man gehen kann mit seinen obrigkeitsstaatlichen Maßnahmen und von daher dürfen wir nicht nachlassen.“

PI-NEWS / eingesehen am 18. Februar 2022

Baden-Württemberg:
Land baut universitäre Forschungsstelle Rechtsextremismus auf / Dokumentationsstelle Rechtsextremismus in Karlsruhe wird ausgebaut

Das Land baut eine universitäre Forschungsstelle zum Thema Rechtsextremismus auf. Damit wird sichergestellt, dass das Thema Rechtsextremismus dauerhaft und systematisch bearbeitet wird. Die Forschungsstelle ist ein weiterer Baustein in der Strategie des Landes im Kampf gegen den Rechtsextremismus, so Ministerpräsident Winfried Kretschmann. „Nur mit einem breiten Ansatz, der auch die Wissenschaft einschließt, können wir rechtsextremistische Strukturen bekämpfen, die Prävention voranbringen und den unverzichtbaren Diskurs über die Gefährdungen unserer demokratischen Werte führen“, betonte der Ministerpräsident. Die Forschungsstelle ist Ergebnis der fraktionsübergreifenden parlamentarischen Arbeit im Kontext des NSU-Untersuchungsausschusses und geht auf eine parlamentarische Initiative zurück. „Wir setzen damit als Land die Lehren aus dem NSU-Untersuchungsausschuss in konkretes Handeln um und schaffen bundesweit einmalige Strukturen zur breiten Erforschung des Rechtsextremismus“, betonte Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne).

Bereits im Juli 2020 wurde im Generallandesarchiv Karlsruhe die Dokumentationsstelle Rechtsextremismus geschaffen. Die Dokumentationsstelle führt die Sammlung des Journalisten Anton Maegerle weiter, der seit den 1980er Jahren zum Thema Rechtsextremismus arbeitet, Informationen über rechtsextremistische Strukturen und Netzwerke sammelt und dieses Wissen der Zivilgesellschaft und Forschung zugänglich macht. Inzwischen kam der Nachlass von Odfried Hepp, Aussteiger aus der rechtsextremen Szene und Stasi-Informant, hinzu. Das Institut für Bürgerrechte & öffentliche Sicherheit e.V. in Berlin (Herausgeber der Zeitschrift CILIP Bürgerrechte und Polizei) vertraute der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus sein Archiv an.

„Dank der beeindruckenden Sammlung von Anton Maegerle entsteht in Baden-Württemberg eines der größten Archive zu rechtsextremistischen Dokumenten in Deutschland. Ich bin davon überzeugt: Die Zusammenarbeit der Forschungsstelle und der Dokumentationsstelle wird höchste Wirksamkeit im Kampf gegen Rechtsextremismus entfalten“, so Bauer. Am 28. März zog Bauer eine erste Bilanz. Die Ministerin kündigte an, dass die Dokumentationsstelle Rechtsextremismus ausgebaut wird. Sie soll künftig mit einem Budget von jährlich 830.000 Euro ausgestattet sein. Damit sollen unter anderem vier volle Stellen finanziert werden. Bisher kümmerten sich zwei Mitarbeiter

um die Auswertung von Zeitungen, Webseiten und sozialen Netzwerken. Die Dokumentationsstelle gibt inzwischen auch das Journal RECHTS.GESCHEHEN heraus.

Den Ausbau der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus kommentierte der AfD-Landtagsfraktionsvorsitzende Bernd Gögel mit den Worten: „Und wieder einmal beweist sich, dass diese Landesregierung auf dem linken Auge blind ist.“

https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/land-baut-universitaere-forschungsstelle-rechtsextremismus-auf/?pk_medium=newsletter&pk_campaign=220222_newsletter_daily&pk_source=newsletter_daily&pk_keyword=/eingesehen am 22. Februar 2022

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/dokumentationsstelle-rechtsextremismus-in-bw-100.html> / eingesehen am 28. März 2022

<https://www.presseportal.de/pm/127902/5182590> / eingesehen am 28. März 2022

**Bundesweit:
Straftaten gegen Muslime**

Mit bundesweit 662 gemeldeten Straftaten gegen Muslime sind die Zahlen im vergangenen Jahr erstmals seit drei Jahren gesunken. Das waren 29 Prozent weniger als ein Jahr zuvor, so eine Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. 2018 hatten die Sicherheitsbehörden 824 solcher Straftaten gezählt, 2019 dann 884 und 2020 insgesamt 929. Bisheriger Höchststand waren 950 Taten im Jahr 2017, als die Behörden zum ersten Mal Daten zu islamfeindlichen Straftaten ausgewertet hatten. Bei den Tätern handelt es sich überwiegend um Rechtsextremisten.

<https://www.tagesschau.de/inland/kriminalitaet-straftaten-muslime-101.html>
eingesehen am 23. Februar 2022

**Hessen:
30. Jahrestag der Ermordung
der Auschwitz-Überlebenden
Blanka Zmigrod in Frankfurt**

Vor 30 Jahren, am 23. Februar 1992, wurde die am 22. Januar 1924 im polnischen Chorzów geborene Auschwitz-Überlebende Blanka Zmigrod in Frankfurt ermordet. Zmigrod arbeitete als Garderobenfrau des Restaurants Mövenpick am Opernplatz, als sie im Alter von 68 Jahren ermordet wurde. Ihr Mörder, der Neonazi John Ausonius, hatte sein Opfer auf deren Heimweg durch das Frankfurter Westend verfolgt und ihr aus nächster Nähe mit einer Pistole in den Kopf geschossen, um ihr die Handtasche zu entreißen. Ausonius kannte die Frau. Am Tag zuvor hatte er die Jüdin an der Garderode eines Hotels beschimpft und ihr unterstellt, sie habe seinen Casio-Rechner, eine Art elektronisches Notizbuch, aus der Manteltasche gestohlen.

Ausonius, Sohn eines nach Schweden ausgewanderten Schweizerers und einer nach Schweden ausgewanderten Deutschen, verübte vom August 1991 bis Januar 1992 in Stockholm und Uppsala zehn fremdenfeindliche Mordanschläge auf elf Personen. Die schwedischen Medien verpassten dem Serientäter den Namen „Lasermann“, weil er für einige seiner Anschläge eine Laser-Zielvorrichtung auf das abgesägte Gewehr montiert hatte, mit der er seine Opfer ins Visier nahm. Im gleichen Zeitraum wie die Anschläge überfiel er 18 Banken in Stockholm und flüchtete jeweils mit dem Fahrrad. Sein Leben finanzierte er durch Banküberfälle. Nach einem Bankraub am 12. Juni 1992 wurde er gefasst und 1994 wegen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilt. Das operative Handlungsmuster des fremdenfeindlich motivierten Täters „gleicht in eklatanter Weise“ dem des „Nationalsozialistischen Untergrunds“, hält die Anklageschrift der Generalbundesanwaltschaft beim Bundesgerichtshof (BGH) vom 5. November 2012 fest. Am 21. Februar 2018 wurde Ausonius von der 22. Strafkammer des Landgerichts Frankfurt am Main wegen Mordes zu lebenslanger Haft und anschließender Sicherheitsverwahrung verurteilt.

<https://www.fr.de/frankfurt/frankfurt-ich-will-so-lange-und-so-gut-wie-moeglich-leben-91275245.html>
eingesehen am 1. Februar 2022

**Baden-Württemberg:
Rechtsextreme „Gedenk-
kundgebung“ auf dem
Pforzheimer Wartberg**

Am 23. Februar, dem 77. Jahrestag der Bombardierung von Pforzheim, fand eine rechtsextreme „Gedenkkundgebung“ auf dem Pforzheimer Wartberg statt. Seit rund 30 Jahren mobilisiert der Freundeskreis „Ein Herz für Deutschland“ Pforzheim e. V. (FHD) für diese Veranstaltungen. Referenten bei Vortragsveranstaltungen des FHD waren unter anderem einschlägige Szene-Größen wie Martin Sellner, Jürgen Elsässer und Generalmajor a.D. Gerd Schultze-Rhonhof.

[Homepage wir-hn.de](http://Homepage.wir-hn.de) / eingesehen am 11. Februar 2022

Baden-Württemberg:
**Rechtsextreme Veranstaltungen
 mit Kinderprogrammen**

Im Bereich des Rechtsextremismus organisiert Der III. Weg im Zusammenhang mit Parteiveranstaltungen teilweise auch Kinderprogramme mit Kinderschminken und Büchsenwerfen. Außerdem veranstaltet die Partei Selbstverteidigungskurse und Bastelnachmittage für Kinder, Gitarrenunterricht sowie Nachhilfestunden. Auch im Rahmen von Veranstaltungen und Festen der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) werden zum Teil Kinderprogramme angeboten, so das Innenministerium auf die Anfrage „Kinder in extremistischen Milieus“ der Landtagsfraktion der FDP/DVP.

Hinsichtlich der 1951 gegründeten germanisch-heidnischen Artgemeinschaft – Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e. V. wird mitgeteilt, dass diese jährlich die sogenannten Gemeinschaftstage ausrichtet, zu denen unter anderem das Frühlingsfest, das Julfest und die Sonnenwendfeiern im Sommer und Winter gehören. In ihrer Programmatik fordert die Artgemeinschaft in ihrem „Artbekenntnis“ und dem „Sittengesetz“, sich für die „Wahrung, Einigung und Mehrung der germanischen Art“ einzusetzen. Im Rahmen ihrer germanischen Brauchtumpflege werden die Kinder in die Veranstaltungen eingebunden, um bei ihnen das Interesse an dem rechtsextremistischen Regelwerk der Artgemeinschaft zu wecken.

Im Phänomenbereich Reichsbürger und Selbstverwalter sind Einflussversuche der Gruppierung Verfassunggebende Versammlung (VV) bekannt. Die Gruppierung versucht, alternative Schulstrukturen zu etablieren, in denen Kinder von Sympathisanten bzw. Anhängern der Gruppierung unterrichtet werden sollen. Weiterhin ist bekannt, dass Kinder bei einzelnen Treffen der Reichsbürger-Gruppierung Bismarcks Erben/Vaterländischer Hilfsdienst (VHD) anwesend waren.

Auch im Phänomenbereich Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates sind Angebote für Kinder und Jugendliche bekannt. Grundsätzlich, so das Innenministerium, ist anzumerken, dass Kinder in diesem Phänomenbereich immer wieder instrumentalisiert wurden, um die Anliegen des Protestgeschehens überzeugender zu transportieren.

Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen. Kinder in extremistischen Milieus, Drs. LT Baden-Württemberg 17/1592 vom 13.01.2022: https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/1000/17_1592_D.pdf / eingesehen am 28. Februar 2022

Bundesweit:
Rechtsextreme im Justizsystem

Welche Gefahr geht von rechtsextremen Juristen in Deutschland aus? Mit dieser Frage beschäftigen sich die Autoren des Themenhefts „Rechtsextreme im Justizsystem“. Die Publikation gibt einen detaillierten Überblick über aktuelle Fälle rechtsextremer Anwälte, Richter und Staatsanwälte. Ergänzt um einen historischen Abriss über die NS-Vergangenheit der deutschen Justiz, einen kritischen Blick in die Zukunft des rechtswissenschaftlichen Studiums und Handlungsempfehlungen, bietet das Themenheft einen umfassenden Eindruck dieses viel zu wenig beachteten Phänomens. Herausgeber der Broschüre ist der in Berlin ansässige Verein Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e. V.

<https://kompetenznetzwerk-rechtsextremismuspraevention.de/themenheft-ii-rechtsextreme-im-justizsystem-1779> / eingesehen am 25. Februar 2022

Baden-Württemberg:
**Anklage gegen Neonazis
 wegen Volksverhetzung**

Die Staatsanwaltschaft Karlsruhe hat Anklage gegen zwei Wahlkampfhelfer der Neonazi-Kleinstpartei Die Rechte (Vorsitzender: Christian Worch) im Alter von 25 und 32 Jahren wegen des Verdachts der Volksverhetzung erhoben. Die Beschuldigten sollen bei einer Wahlkampfaktion am 18. Mai 2019 mit einem Lautsprecher-Wagen zur Pforzheimer Synagoge gefahren sein. Dabei seien unter anderem Europawahlplakate mit der rechtskräftig verurteilten Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck gezeigt und Wortbeiträge von ihr abgespielt worden. Außerdem seien Wahlplakate mit dem Slogan „Israel ist unser Unglück“ an dem Fahrzeug gewesen.

Ein anderes Verfahren wegen volksverhetzender Wahlplakate wurde kürzlich eingestellt, weil kein konkreter Täter ermittelt werden konnte. Plakate der Partei Die Rechte an einem Laternenmast vor der Pforzheimer Synagoge trugen folgende Aufschriften: „Zionismus stoppen: Israel ist unser Unglück! Schluss damit!“ sowie „Wir hängen nicht nur Plakate!“.

<https://www.n-tv.de/regionales/baden-wuerttemberg/Anklage-gegen-Rechte-Aktivisten-wegen-Volksverhetzung-article23155447.html> / eingesehen am 25. Februar 2022

Thüringen:
**Urteile gegen Neonazi-
Schläger rechtskräftig**

Die Urteile wegen eines Überfalls von Neonazis auf Besucher einer Feier des ortsansässigen Kir-
mesvereins im Februar 2014 im thüringischen Ballstädt sind rechtskräftig. Bei dem Angriff waren
im Februar 2014 zehn Menschen zum Teil schwer verletzt worden. Der Bundesgerichtshof in Karls-
ruhe wies in einem am 28. Februar verkündeten Beschluss die Revision dreier Angeklagter gegen
eine Entscheidung des Landgerichts Erfurt zurück. Das Gericht hatte im Juli 2021 insgesamt neun
Angeklagte wegen gefährlicher Körperverletzung zu Bewährungsstrafen verurteilt. Gegen sieben
Angeklagte wurde in einer Neuauflage des Verfahrens jeweils eine Freiheitsstrafe von einem Jahr
verhängt, die zur Bewährung ausgesetzt wurde. Zwei weitere Beschuldigte erhielten jeweils ein
Jahr und zehn Monate auf Bewährung. Die in einem ersten Prozess im Jahr 2017 verhängten Frei-
heits- und Bewährungsstrafen hatte der Bundesgerichtshof wegen Formfehlern aufgehoben, wes-
halb die Tat vor dem Landgericht Erfurt komplett neu verhandelt wurde. Gegen zwei Angeklagte
war das Verfahren zuvor gegen Geldzahlungen eingestellt worden.

<https://www.spiegel.de/panorama/justiz/thueringen-urteile-wegen-neonazi-ueberfalls-auf-kirmesfeier-sind-rechtskraeftig-a-126347b8-66e2-4a36-9b9c-27ed45989cd0> / eingesehen am 28. Februar 2022

März

Baden-Württemberg / Bundesweit: Anstieg antisemitisch motivierter Straftaten

Das Innenministerium Baden-Württemberg verzeichnete 2021 einen Anstieg antisemitisch motivierter Straftaten von 228 (2020) auf 337 Fälle. Der Zuwachs beträgt demnach fast 50 Prozent. Die Delikte seien überwiegend rechtmotiviert, hieß es. Es geht in erster Linie um Volksverhetzung und Gewaltdarstellung. Auch die sogenannte Hasskriminalität nahm in Baden-Württemberg erheblich zu. Die Zahl der Fälle von Hasskriminalität stieg von 746 (2020) auf 883 (2021) Fälle. Das entspricht einem Anstieg von mehr als 18 Prozent. Allein 670 davon kamen aus dem rechten Spektrum. Meist ging es um Volksverhetzung und Gewaltdarstellung. Es folgen Beleidigungen und Propagandadelikte. Bei 29 der Fälle handelt es sich um Gewaltdelikte. 421 Fälle wurden demnach im Internet verübt. Auch hier gehe es überwiegend um Volksverhetzung und Gewaltdarstellung, gefolgt von Beleidigungs- und Propagandadelikten.

Das Bundesinnenministerium meldet für 2021 nach vorläufigen Erkenntnissen 3.028 antisemitische Straftaten. Das sind knapp 30 Prozent mehr als im Vorjahr. Damals hatte die Polizei insgesamt 2.351 Delikte von Judenhassern gezählt. „Die stark gestiegenen Zahlen antisemitischer Straftaten im vergangenen Jahr sind zutiefst erschreckend, aber leider nicht wirklich überraschend“, sagte der Präsident des Zentralrats, Josef Schuster. Der Zentralratspräsident betonte, „doch auch jeder, der den Holocaust relativiert, einen Schlussstrich herbeiredet oder unter dem Etikett ‚Israel-Kritik‘ Judenhass schürt, hat seinen Anteil daran“. Denn aus Worten würden Taten.

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/zahl-antisemitischer-straftaten-steigt-um-50-prozent-100.html> / eingesehen am 1. März 2022

<https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.hass-und-hetze-im-land-fast-taeglich-eine-antisemitische-straftat.7f3c7f2f-1dd9-4ea7-af11-dca989205abd.html> / eingesehen am 1. März 2022

<https://www.tagesspiegel.de/politik/hoechststand-bei-antisemitischer-kriminalitaet-judenhasser-verueben-2021-mehr-als-3000-straftaten-vier-menschen-sterben/28077846.html> / eingesehen am 17. Februar 2022

Baden-Württemberg / Ungarn: Untergetauchter Reichsbürger im Ausland aufgespürt

Seit Ende Februar sitzt ein in Ungarn aufgespürter und Mitte Dezember 2021 festgenommener Deutscher in Deutschland in Untersuchungshaft. Deutsche Zielfahnder haben den untergetauchten Reichsbürger in Südungarn festgenommen. Der aus Baden-Württemberg stammende Mann hatte sich im Sommer 2019 nach einer Anklage abgesetzt. Dem 62-Jährigen werden unter anderem Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr zur Last gelegt. Der Mann soll im Mai 2019 in Bad Saulgau nach einer Verfolgungsfahrt einen Streifenwagen gerammt haben.

<https://www.n-tv.de/panorama/Fahnder-nehmen-Reichsbuerger-in-Ungarn-fest-article23168675.html> / eingesehen am 3. März 2022

Bundesweit: Die Ülkücü-Bewegung (Graue Wölfe)

Die meisten der bundesweit etwa 200 lokalen Vereine der Ülkücü-Bewegung (Graue Wölfe) haben sich einem der drei Dachverbände Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e. V. (ADÜTDF), Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa e. V. (ATİB) oder der Föderation der Weltordnung in Europa (ANF) angeschlossen. Bestandteile der Ülkücü-Ideologie wie Rassismus, Antisemitismus sowie Christenfeindlichkeit bestimmen mindestens partiell auch die Ausrichtung der ADÜTDF, der ANF und der ATİB, so die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Andrej Hunko, Ina Latendorf, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Die rechtsextremistische Gruppierung „Graue Wölfe“ und das Erdoğan-Netzwerk in Deutschland, BT-Drs. 20/893 vom 2. März 2022: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/008/2000893.pdf> / eingesehen am 15. März 2022

Bundesweit:
Politisch rechts motivierte Straftaten mit Extremismusbezug

Für die Tatzeit zwischen der Einführung der Rechtsextremismus-Datei (RED) am 1. August 2012 und dem 2. März 2022 sind laut Bundesregierung insgesamt 200.439 politisch rechts motivierte Straftaten mit Extremismusbezug registriert worden. Zu diesen Straftaten wurden 118.582 Tatverdächtige ermittelt, wie die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE mitteilt.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Petra Pau, Nicole Gohlke, Göky Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Zehn Jahre Rechtsextremismusdatei, BT-Drs. 20/1045 vom 15.03.2022: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/010/2001045.pdf> / eingesehen am 21. März 2021

Bundesweit:
AfD darf beobachtet werden

Das Verwaltungsgericht Köln hat am 8. März eine Klage der AfD gegen die Beobachtung als Gesamtpartei abgewiesen. Damit darf der Inlandsgeheimdienst die Partei als Ganzes als Verdachtsfall einstufen und mit geheimdienstlichen Mitteln untersuchen, ob sie eine Bestrebung gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung darstellt. Zum Beispiel darf der Verfassungsschutz V-Leute anwerben und Personen observieren. Es gebe „ausreichende tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungseindliche Bestrebungen innerhalb der Partei“, teilte das Gericht mit. Dies habe der Verfassungsschutz in Gutachten und Materialsammlungen belegt; so sein ein zentrales Parteiziel der AfD ein „ethnisch verstandener Volksbegriff“. Danach müsse das deutsche Volk in seinem ethnischen Bestand erhalten und sollten „Fremde“ möglichst ausgeschlossen werden. Dies weiche vom Volksbegriff des Grundgesetzes ab. Hinsichtlich des Flügels stellte das Gericht fest, dass dieser nicht als „gesichert rechtsextrem“ bezeichnet werden darf; auch darf der Verfassungsschutz nicht mehr von 7.000 Mitgliedern sprechen. Die Klage gegen die Beobachtung der Jungen Alternative wies das Gericht ab.

Der Verfassungsschutz wertet die Entscheidung des Kölner Verwaltungsgerichts als Erfolg. AfD-Chef Tino Chrupalla zeigte sich vom Urteil hingegen überrascht. „Uns hat das Urteil des Gerichts überrascht. Wir teilen die Auffassung des Gerichts nicht.“ Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, gegen die Entscheidung können die Beteiligten jeweils Berufung einlegen, über die das Oberverwaltungsgericht in Münster entscheiden würde.

<https://www.tagesschau.de/inland/analyse-afd-105.html> / eingesehen am 8. März 2022

https://www.vg-koeln.nrw.de/behoerde/presse/Pressemitteilungen/06_08032022/index.php / eingesehen am 8. März 2022

Sachsen-Anhalt:
AfD darf in Sachsen-Anhalt vom Landesgeheimdienst beobachtet werden

Das Verwaltungsgericht Magdeburg hat den Antrag der AfD, der Verfassungsschutzbehörde des Landes Sachsen-Anhalt zu untersagen, sie aus verfassungsschutzrechtlichen Gründen zu beobachten (Einstufung als sog. Verdachtsfall), abgelehnt. Eine Einstufung als Verdachtsfall mit der Folge, dass unter anderem nachrichtendienstliche Mittel eingesetzt werden können, setzt nach § 7 Abs. 2 des Gesetzes über den Verfassungsschutz im Land Sachsen-Anhalt voraus, dass tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, die AfD verfolge Bestrebungen gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung. Zur Begründung führte das Verwaltungsgericht aus, die Voraussetzungen für die Einstufung der AfD als Verdachtsfall lägen bei einer Gesamtschau der in das Verfahren eingeführten Erkenntnisse vor, dass die AfD Bestrebungen verfolge, die sich gegen die durch die Verfassung geschützte Menschenwürde und das Demokratieprinzip in ihrem Wesensgehalt richten würden. Das Gericht betonte, dass sich Maßnahmen des Verfassungsschutzes auch gegen eine Partei richten könnten, die einen nicht unbeachtlichen Teil der Parteienlandschaft der Bundesrepublik Deutschland repräsentierten.

https://vg-md.sachsen-anhalt.de/service/pressemitteilungen/?tx_tsarssinclude_pi1%5Buid%5D=270117&tx_tsarssinclude_pi1%5Baction%5D=single&tx_tsarssinclude_pi1%5Bcontroller%5D=Static&cHash=30aadd23a722a322ce10ae025dd05d8 / eingesehen am 11. März 2022

Bundesweit:
Erstmals nationaler Gedenktag für die Opfer terroristischer Gewalt begangen

In diesem Jahr wurde am 16. März erstmals der Nationale Gedenktag für die Opfer terroristischer Gewalt begangen. Er knüpft an den Europäischen Gedenktag für die Opfer des Terrorismus an, an dem die Europäische Union seit 2005 jeweils am 11. März der Betroffenen terroristischer Gräueltaten weltweit gedenkt. Am 11. März 2004 verübten islamistische Terroristen in Madrid die schwersten Terroranschläge in der Geschichte Spaniens.

„Mit dem Gedenktag für die Opfer terroristischer Gewalt wollen wir jetzt die Aufmerksamkeit auf das Schicksal der Opfer und ihrer Angehörigen richten, und das ist so entscheidend“, so Bundes-

innenministerin Nancy Faeser im Bundestag. Faeser erinnerte an die Opfer linksextremen und islamistischen Terrors. Hinsichtlich rechtsextremen Terrors führte die Ministerin aus: „Eine Spur des rechten Terrors zieht sich durch unsere jüngere Geschichte: Hoyerswerda, Rostock, Mölln, Solingen, der Terror des NSU, der Anschlag am Münchner Olympia-Einkaufszentrum, der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke, der Terror von Halle und Hanau. Auch das nunmehr über 40 Jahre zurückliegende Attentat auf das Münchener Oktoberfest bewegt noch immer die Opfer und deren Angehörige.“ Faeser weiter: „Es ist die höchste Pflicht des Staates, seine Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Aber kein Staat kann völlige Sicherheit garantieren. Wenn es trotz aller präventiven Maßnahmen doch zu einem Terroranschlag kommt, muss der Staat dafür sorgen, dass den Betroffenen schnell wirksam geholfen wird.“

Rede der Bundesministerin des Innern und für Heimat, Nancy Faeser, in der Vereinbarung der Debatte zur Einführung eines nationalen Gedenktages für die Opfer terroristischer Gewalt vor dem Deutschen Bundestag am 16. März 2022 in Berlin, Bulletin der Bundesregierung Nr. 31-5 vom 16. März 2022: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975954/2017052/2f676b3d7c1978034540f979195ce671/31-5-bmi-debatte-data.pdf?download=1> / eingesehen am 26. April 2022

**Baden-Württemberg:
AfD-Abgeordneter von Landtags-
sitzung ausgeschlossen**

Zum ersten Mal in der 17. Legislaturperiode des baden-württembergischen Landtags ist ein Abgeordneter der AfD von einer Plenarsitzung ausgeschlossen worden. Der Calwer Abgeordnete Miguel Klauß, seit 2013 AfD-Mitglied, hatte Anfang Februar im Rahmen einer Debatte zum Wohnungsbau mit Blick auf die Bundespräsidentenwahl am 13. Februar in Richtung CDU-Fraktion gesagt: „Sie müssen Ihre Stimme nicht dem Linken, dem Spalter, dem Hetzer Herrn Steinmeier geben, dem schlechtesten Bundespräsidenten aller Zeiten“. Im Gespräch mit der Redaktion des Schwarzwälder Boten ruderte Klauß zurück. „Die Wörter Spalter und Hetzer waren nicht richtig“, bekannte der AfD-Abgeordnete. Im Juni 2019 hatte Klauß erstmals für Schlagzeilen gesorgt. Klauß durfte nicht für die AfD in den Kreistag einziehen. Seine zuständige Meldebehörde hatte herausgefunden, dass sich Klauß zwar in Nagold angemeldet hatte, dort aber nicht wohnhaft war und deshalb nicht in den Gemeinderat durfte. Und da der AfD-Kandidat, der für den Kreistag im Wahlbezirk Calw antrat, in den drei vorgeschriebenen Monaten vor der Wahl außerhalb des Landkreises gewohnt habe, erfülle er nicht die Bestimmungen und könne auch nicht Kreisrat werden.

<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.eklat-im-landtag-afd-abgeordneter-greift-bundespraesidenten-an.e714b699-df2a-45c6-a209-09ed38706213.html> / eingesehen am 3. Februar 2022

<https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.nach-landtags-rauswurf-nagolder-afd-abgeordneter-rudert-bei-hetzer-vorwurf-gegen-bundespraesidenten-zurueck.a9e92415-4004-4f16-bfb3-22fb105e79af.html> / eingesehen am 9. Februar 2022

**Bundesweit:
Vor 80 Jahren: Beginn der
„Aktion Reinhardt“**

Vor 80 Jahren begann die „Aktion Reinhardt“. Am 15. März 1942 fanden die ersten Deportationen nach Belzec aus den galizischen Städten Zolkiew und Lwiw sowie zwei Tage später aus Lublin statt. Getötet wurde erstmals in Gaskammern, angeschlossen an einen Panzermotor. Eineinhalb Jahre später, im November 1943, waren annähernd 1,8 Millionen Menschen tot, ermordet in den Lagern Belzec, Sobibor und Treblinka, in den Deportationszügen und bei den „Aussiedlungen“ aus den Ghettos. Die „Aktion Reinhardt“ stellt den eigentlichen Kern des Holocausts dar. Fast ein Drittel der Toten des Holocaust wurde in den Vernichtungslagern Sobibor, Belzec und Treblinka ermordet. In diesen in Ostpolen gelegenen Lagern gab es keine Zwangsarbeiter, den Opfern wurde keine Nummer auf den Arm tätowiert. In Treblinka, wohin fast alle überlebenden Juden aus dem Warschauer Ghetto deportiert wurden, vergingen 90 Minuten von der Ankunft bis zur Ermordung. Nur etwa 130 Menschen haben diese Vernichtungslager überlebt. Die Lager der „Aktion Reinhardt“ waren reine Vernichtungslager. Inspekteur der Vernichtungslager der „Aktion Reinhardt“ war der aus dem württembergischen Oberbalzheim (Alb-Donau-Kreis) stammende SS-Sturmbannführer Christian Wirth (1885 – 1944).

Notorische Holocaust-Leugner wie der in die USA geflüchtete deutsche Chemiker Germar Rudolf (Jg. 1964) leugnen den industriell betriebenen Massenmord an den Juden. In seinem Vorwort zum 2019 neu aufgelegten Buches „Die zweite babylonische Gefangenschaft. Das Schicksal der Juden im europäischen Osten seit 1941“ (Neonazi-Verlag Castle Hill Publishers Uckfield, England) des im württembergischen Pfullingen ansässigen Autors Steffen Werner schreibt Rudolf, dass der „orthodoxen Geschichtsschreibung zufolge, die in vielen europäischen Ländern strafrechtlich vorgeschrieben ist“, in der Zeit von Dezember 1941 bis Herbst 1944 ungefähr drei Millionen europäischer

Juden ermordet wurden. Rudolf erklärt, dass reversionistische Historiker diesen Massenmord „bestreiten“ würden. So gebe es für diese „Behauptung weder dokumentarische noch materielle Beweise“. Stattdessen existierten „die angeblichen Menschengaskammern in diesen Lagern niemals“ und technisch sei es „nicht möglich gewesen“, die „Mengen an Leichen wie behauptet in Krematorien oder auf Scheiterhaufen zu verbrennen“. Überhaupt ließe sich „ein nationalsozialistischer Plan zur systematischen Ermordung der europäischen Juden nicht nachweisen“, so der notorische Holocaust-Leugner Rudolf.

<https://www.stsg.de/cms/pirna/aktuelles/beginn-der-aktion-reinhardt-im-vernichtungslager-belzec-vor-80-jahren> / eingesehen am 6. Mai 2022

<http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/31277> / eingesehen am 13. April 2018

<https://www.endstation-rechts.de/news/revisionistisches-machwerk-neuaufgabe/> / eingesehen am 25. April 2022

**Baden-Württemberg:
Antisemitismusbeauftragter
besucht die Dokumentationsstelle
Rechtsextremismus**

Im Rahmen der Vortragsreihe „Antisemitismus in Deutschland“ der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus im Generallandesarchiv Karlsruhe referierte am 15. März Michael Blume. Der Religionswissenschaftler ist seit vier Jahren Antisemitismusbeauftragter des Landes Baden-Württemberg. Blume ging in seinem Vortrag der Frage nach, wie es sein kann, dass Menschen aus der Mitte der Gesellschaft plötzlich Antworten in antisemitischen Verschwörungsmethoden suchen. Er klärte darüber auf, welche Gefahren in diesen negativen Weltdeutungen liegen und wie sie unsere gesamte liberale Demokratie in Frage stellen können. Der Antisemitismusbeauftragte zeigte auf, dass es antisemitische Verschwörungsmethoden seit Jahrhunderten gibt. Er schlug einen Bogen von der Hexenverbrennung bis zum QAnon-Kult. Blume betonte, dass es immer wieder ein Aufbrechen des Antisemitismus gebe, wenn neue Medien hinzugetreten seien: „Der Buchdruck in Europa, da haben wir den Hexenhammer, die Hexenverfolgung, Frauen wird vorgeworfen, den Hexensabbat begangen zu haben. Wir haben bei Luther nicht nur die Luther-Bibel, sondern auch ‚Wider die Juden und ihre Lügen‘“.

Der Hexenhammer ist ein Werk des deutschen Dominikaners, Theologen und Inquisitors Heinrich Kramer (latinisiert Henricus Institoris). Das Machwerk legitimierte und beförderte die Hexenverfolgung. Das erstmals in Speyer 1486 gedruckte Buch erschien bis zum Ende des 17. Jahrhunderts in rund 30.000 Exemplaren und 29 Auflagen.

Namentlich als Antisemiten bezeichnete Blume den Mannheimer Sänger und bekennenden Reichsbürger Xavier Naidoo, einen Verfechter von Verschwörungsmethoden. Ebenso ging der Antisemitismusbeauftragte auf sogenannte „Judensterne“ ein, die Ende 2021 auch in der Innenstadt von Bruchsal an Geschäfte geklebt worden waren.

„Antisemitismus gefährdet uns alle“. Michael Blume warnt vor Zusammenhang mit Verschwörungsmethoden und kündigt harte Jahre an, in: Bruchsaler Rundschau, 17. März 2022, S. 13

**Bundesweit:
Die Deutsche Burschenschaft
und die FDGO**

Mit Stand vom 15. März liegen der Bundesregierung nach eigenen Angaben „keine hinreichenden tatsächlichen Anhaltspunkte“ dafür vor, dass der Dachverband Deutsche Burschenschaft (DB) Bestrebungen verfolgt, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind. Der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE zuvor ging im Januar 2022 ein Bericht der Tageszeitung (taz) über einen Referatsleiter der Bundestagsverwaltung. Nach Recherchen der taz handelt es sich dabei um einen seit vielen Jahren in der Bundestagsverwaltung angestellten Juristen. Nach taz-Informationen soll dieser aktiver „Alter Herr“ der Berliner Burschenschaft Gothia sein und in dieser Funktion noch im Jahr 2020 an einem Altherrentreffen der Burschenschaft teilgenommen haben, wo er zum Kassenprüfer gewählt worden sein soll. Wie die Bundesregierung in ihrer Antwort weiter ausführt, erhebt sie von Beschäftigten oder Bewerbern der Bundesministerien und der nachgeordneten Behörden keine Informationen zu aktiven oder ehemaligen Mitgliedschaften in der DB oder deren Mitgliederorganisationen.

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/010/2001039.pdf> / eingesehen am 21. März 2022

<https://taz.de/Rechte-bei-der-Bundestagspolizei/!5827253> / eingesehen am 21. März 2022

Rheinland-Pfalz /
Baden-Württemberg:
Szene-Rechtsanwältin in Aktion

Am 11. Wochenende dieses Jahres fand „im Raum Koblenz“ eine „gut besuchte Rednerveranstaltung“ mit der baden-württembergischen Szene-Rechtsanwältin Nicole Schneiders zum NSU-Komplex statt. In ihrem Vortrag schilderte sie „die Geschehnisse im langwierigen Gerichtsverfahren in München, in welchem sie den Mitangeklagten Ralf Wohlleben vertrat. Darüber hinaus wurden auch die ein oder anderen Ungereimtheiten rund um das Tätertrio diskutiert“, so ein Eigenbericht der Neonazi-Kleinpartei Der III. Weg.

Homepage Der III. Weg / eingesehen am 28. April 2022

Bundesweit:
**40 Jahre Anerkennung des
NS-Völkermordes an den Sinti
und Roma Europas**

Die Anerkennung des Völkermordes an 500.000 Sinti und Roma im nationalsozialistischen Europa durch Bundeskanzler Schmidt am 17. März 1982 war der erste politische Erfolg des am 6. Februar 1982 gegründeten Zentralrats Deutscher Sinti und Roma. Im Anschluss an das Gespräch im Bundeskanzleramt mit der Zentralratsdelegation unter Leitung von Romani Rose am 17. März 1982 gab Bundeskanzler Helmut Schmidt eine weitreichende Erklärung ab, die einen Wendepunkt im Umgang der Bundesrepublik mit den Angehörigen der Minderheit markierte: „Sinti und Roma ist durch die NS-Diktatur schweres Unrecht zugefügt worden. Sie wurden aus rassistischen Gründen verfolgt. Viele von ihnen wurden ermordet. Diese Verbrechen haben den Tatbestand des Völkermordes erfüllt.“ Seit 1998 sind Sinti und Roma neben den Sorben, Dänen und Friesen als nationale Minderheit anerkannt, in Berlin steht seit 2012 das nationale Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas und auf Landesebene wurden in verschiedenen Bundesländern Staatsverträge geschlossen.

<https://zentralrat.sintiundroma.de/40-jahre-erkennung-des-ns-voelkermordes-an-den-sinti-und-roma-europas/> / eingesehen am 15. März 2022

Bundesweit:
**Razzien aufgrund
von Hasspostings**

Mit bundesweiten Razzien sind die Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main - Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (ZIT) – und das Bundeskriminalamt (BKA) sowie weitere Strafverfolgungsbehörden der Bundesländer gegen Verfasser von gezielt gegen Politikerinnen und Politiker gerichteten Hasspostings vorgegangen. Dazu fanden am 22. März Durchsuchungen und Vernehmungen bei mehr als 100 Beschuldigten in 13 Bundesländern, darunter auch in Baden-Württemberg, statt. Bei zwei Durchsuchungsaktionen im Landkreis Esslingen und im Stadtkreis Karlsruhe wurden diverse Beweismittel wie Telefone, PCs und elektronische Speichermedien sichergestellt.

Die aktuelle Kriminalstatistik des Landes Baden-Württemberg unterstreicht die Notwendigkeit des Aktionstages: Die Hasskriminalität verzeichnete im Jahr 2021 einen deutlichen Anstieg von 746 (2020) auf 883 Fälle; fast die Hälfte der Delikte (421 Fälle) wurde davon im Internet verübt. Vor allem Amts- und Mandatsträger werden immer öfter Opfer und leiden seit Jahren unter einer steigenden Anzahl von gegen sie gerichteten Straftaten. Während im Jahr 2020 noch 378 politisch motivierte Straftaten gegen diese Personengruppe verübt wurden, waren es im Jahr 2021 schon 502 Fälle. Ein deliktischer Schwerpunkt liegt dabei auf Beleidigungen, die unter anderem im Internet begangen werden. „Hass und Hetze im Internet nehmen wir nicht tatenlos hin. Wir positionieren uns ganz klar dagegen, und wir handeln sehr entschlossen. Wir gehen noch entschiedener gegen Hass und Hetze, gegen gesellschaftliche Verrohung und gegen Ausgrenzung vor. Dass wir es damit absolut ernst meinen, zeigen wir unmissverständlich mit dem heutigen bundesweiten Aktionstag gegen politische Hasspostings“, sagte der stellvertretende Ministerpräsident und Innenminister Thomas Strobl.

Hintergrund der Razzien sind Ermittlungen zu Äußerungen auf Social-Media-Plattformen im Zusammenhang mit der Bundestagswahl 2021. Grundlage für diese Ermittlungsverfahren bildet der im Frühjahr 2021 neu gefasste § 188 des Strafgesetzbuchs (StGB), der die Beleidigung, die üble Nachrede und die Verleumdung von Personen des politischen Lebens besonders streng unter Strafe stellt. Dabei ist es unerheblich, ob Geschädigte auf Bundes-, Landes- oder Kommunalebene tätig sind: Amts- und Mandatsträger werden von § 188 StGB ungeachtet der politischen Ebene gegen Hasspostings strafrechtlich besonders geschützt. Die Gesetzesnovelle sieht darüber hinaus in § 194 StGB vor, dass die zuständigen Behörden in besonders gravierenden Fällen öffentlicher Tatbegehung nicht auf Strafanträge der Betroffenen warten müssen, sondern wegen des besonderen öffentlichen Interesses an der Strafverfolgung von Amts wegen einschreiten können.

Torsten Kunze, Hessischer Generalstaatsanwalt: „Dieser Aktionstag verdeutlicht das Ausmaß, in dem Amts- und Mandatsträger im Internet beleidigt, verleumdet und bedroht werden. Um zu verhindern, dass durch einen Rückzug der Betroffenen ein demokratiegefährdendes Ausmaß erreicht

wird, verfolgen wir diese Straftaten konsequent und in enger Abstimmung mit den Staatsanwaltschaften der anderen Bundesländer.“

Holger Münch, Präsident des Bundeskriminalamtes: „Die Meinungsfreiheit stößt an Grenzen, sobald es um Verleumdung, Beleidigung und Bedrohung geht. Mit dem Aktionstag machen wir klar: Wer Hassbotschaften postet, muss damit rechnen, dass danach die Polizei vor der Tür steht. Aber auch außerhalb solcher Aktionstage setzt sich das Bundeskriminalamt intensiv gegen Hass und Hetze im Internet ein. Mit unserer Zentralen Meldestelle für Strafbare Inhalte im Internet, kurz ZMI, verfolgen wir strafbare Inhalte im Netz seit Februar dieses Jahres noch intensiver.“

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/7/5176806> / eingesehen am 22. März 2022

https://www.bka.de/DE/Presse/Listenseite_Pressemitteilungen/2022/Presse2022/220322_PM_Hasspostings.html / eingesehen am 22. März 2022

https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/aktionstag-gegen-hasspostings-1/?pk_medium=newsletter&pk_campaign=220325_newsletter_weekly&pk_source=newsletter_weekly&pk_keyword=polizei / eingesehen am 22. März 2022

**Baden-Württemberg:
Politisch motivierte Straftaten
gegen Amts- und Mandatsträger**

Seit 2019 werden in Baden-Württemberg Straftaten gegen Amts- oder Mandatsträger unter den Angriffszielen „Amtsträger“ und „Mandatsträger“ abgebildet, so die Stellungnahme des baden-württembergischen Innenministeriums auf einen Antrag der FDP. Im Jahr 2019 wurden insgesamt 175 Straftaten der politisch motivierten Kriminalität unter den Angriffszielen „Amtsträger“ und/oder „Mandatsträger“ registriert. Im Jahr 2020 stieg die Fallzahl der Straftaten der politisch motivierten Kriminalität, welche unter den Angriffszielen „Amtsträger“ und „Mandatsträger“ erfasst wurden, stark auf insgesamt 378 Straftaten an. Darunter wurden zwei Gewalttaten erfasst. Der deliktische Schwerpunkt lag mit 202 Fällen bei Beleidigungen. Es wurden 17 Delikte von Bedrohungen erfasst. Die angeführten Straftaten entfallen schwerpunktmäßig auf den Phänomenbereich PMK – nicht zuzuordnen – mit insgesamt 174 Delikten und auf den Phänomenbereich PMK – rechts – mit 151 Delikten. Zudem wurden im Jahr 2020 57 Beleidigungen der politisch motivierten Kriminalität unter den Angriffszielen „Amtsträger“ und „Mandatsträger“ und dem Tatmittel „Hassposting“ registriert. Zum Zeitpunkt der Beantwortung befinden sich die Gesamtfallzahlen der PMK für das Jahr 2021 in einem landes- und bundesweiten Erhebungs- und Abstimmungsprozess, weshalb die Gesamtfallzahlen für das Jahr 2021 noch nicht vorliegen.

Direkte Aufrufe zur Gewalt oder zum Systemumsturz sowie entsprechende Andeutungen im Umfeld der Proteste können auf labile Einzelpersonen oder auch auf (Klein-) Gruppen motivierend wirken, so das Innenministerium. Gewalttätige Aktionen sind daher nach Einschätzung des Landesamts für Verfassungsschutz möglich: „Hierzu zählen insbesondere Angriffe oder Anschläge auf Impfzentren, die kritische Infrastruktur, staatliche Repräsentanten, Pressevertreter oder andere als Verschwörer, Verursacher oder Unterstützer der staatlichen Maßnahmen wahrgenommene Personengruppen.“ Die Gefahr, dass radikalisierte Einzeltäter oder (Klein-)Gruppen gegen Einrichtungen oder Vertreter des Staates gewalttätig werden, wird durch die digital sowie auf Demonstrationen verbreiteten, extremistisch durchzogenen Verschwörungsideologien deutlich erhöht. Zusammen mit (medizinischen) Falschinformationen stärken sie das Widerstandsnarrativ innerhalb des Protestgeschehens.

Im Juli 2019 wurde die Zentrale Ansprechstelle für Amts- und Mandatsträger beim LKA BW eingerichtet, die Amts- und Mandatsträgerinnen und -trägern rund um die Uhr ein qualifiziertes Beratungsangebot zur Verfügung stellt (zentrale Rufnummer: 0711/5401-3003).

Antrag der Abg. Julia Goll und Nico Weinmann u. a. FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen. Politisch motivierte Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger, Drs. LT Baden-Württemberg 17/1815 vom 4. April 2022: https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/1000/17_1815_D.pdf / eingesehen am 26. April 2022

Sachsen:
**Amtsgeschäfte des AfD-Richters
 untersagt**

Ein beim Landgericht in Leipzig angesiedeltes Dienstgericht für Richter hat in einem Eilverfahren dem vom sächsischen Verfassungsschutz im Oktober 2020 als rechtsextrem eingestuften sächsischen Richter und ehemaligen AfD-Bundestagsabgeordneten (2017 bis 2021) Jens Maier, der politisch zur völkischen Rechten in seiner Partei gehört, am 22. März die Führung seiner Amtsgeschäfte untersagt. Damit entsprach das Gericht dem Antrag des Staatsministeriums der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung vom 11. Februar 2022. Nachdem Maier bei der Bundestagswahl im September 2021 den Wiedereinzug in ins Parlament verpasst hatte, stellte er einen Antrag auf Rückkehr in sein früheres Dienstverhältnis. Der Beschluss ist unanfechtbar und gilt bis zum rechtskräftigen Abschluss im eigentlichen Hauptsacheverfahren, mit dem das Land Sachsen die Versetzung Maiers in den Ruhestand betreibt. Die sächsische Regierung macht unter anderem geltend, dass ein Richter „nicht nur innerhalb, sondern auch außerhalb seines Amtes, auch bei politischen Betätigungen, sich so zu verhalten habe, dass das Vertrauen in seine Integrität und Unabhängigkeit nicht gefährdet wäre“.

„Der öffentliche Eindruck des Richters lasse ihn gegenwärtig nicht mehr als tragbar erscheinen, weil er voraussichtlich nicht die Gewähr biete, sein Amt verfassungstreu, unparteiisch und uneigennützig und ohne Ansehen der Person zu führen“, erklärte das Gericht zur Begründung des Beschlusses. Die vorläufige Untersagung der Führung der Amtsgeschäfte sei „geboten“. Das Dienstgericht folgte nach eigenen Angaben der Einschätzung der sächsischen Regierung zu negativen Folgen für die Rechtspflege aufgrund der Wahrnehmung Maiers als „Rechtsextremist“ wegen seiner Aktivitäten beim AfD-„Flügel“. Es verwies in diesem Zusammenhang auf „Erkenntnisse“ des Verfassungsschutzberichts von 2020 sowie auf jüngste Äußerungen von Maier selbst. Dessen Aussagen legten nahe, dass dieser sein Amt explizit als „AfD-Richter“ wahrnehmen wolle. Laut Verfassung dürfen Richter nur durch Gerichtsentscheidungen aufgrund von in Gesetzen genauer festgelegten Kriterien die Ausübung ihres Diensts untersagt werden. Zugleich schreiben die Gesetze allerdings auch vor, dass eine Berufung nur erfolgen darf, wenn der oder die Betreffende „jederzeit“ für die freiheitlich-demokratische Ordnung eintritt. Laut Gericht sind die Interessen des Richters gewahrt, da er weiterhin Gehalt bekommt. Ausdrückliche Unterstützung für die gerichtliche Entscheidung kam vom Deutschen Anwaltverein: „Erklärte Feinde unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung haben im Richteramt nichts verloren“, erklärte dessen Hauptgeschäftsführerin Sylvia Ruge in Berlin. Auch das Internationale Auschwitz Komitee reagierte mit Erleichterung. Der Beschluss sei eine „beispielhafte Entscheidung für die Demokratie“, sagte der Exekutiv-Vizepräsident des Internationalen Auschwitz Komitees, Christoph Heubner. Er sehe darin ein „weithin sichtbares Zeichen, dass der demokratische Rechtsstaat wehrhaft sein will und nicht gewillt ist, sich von Rechtsextremen vorführen und missbrauchen zu lassen“.

Der thüringische AfD-Spitzenpolitiker Björn Höcke kommentierte den Vorgang um Maier mit den Worten: „Die Kriminalisierung Andersdenkender hat heute einen weiteren traurigen Höhepunkt erreicht: Nachdem seine Rückkehr in den Richterdienst medial skandalisiert wurde, sollte nun erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik gegen ihn eine Richteranklage eingesetzt werden. Heute entschied das Dienstgericht, daß Maier seinen Beruf nicht mehr ausüben darf. Auch dafür gab es kein Dienstvergehen als konkreten Anlaß. Die Unterstellung der falschen Gesinnung reicht heutzutage in der Bundesrepublik als Grund für ein Berufsverbot.“ Im Gegensatz zu Maier arbeitet eine weitere ehemalige AfD-Bundestagsabgeordnete seit dem 14. März 2022 wieder als Richterin. Die in der AfD als gemäßigt geltende Birgit Malsack-Winkemann hat ihren alten Arbeitsplatz beim Berliner Landgericht wieder eingenommen. Nachdem sie wie Maier bei der Bundestagswahl 2021 nicht wiedergewählt worden war, machte Malsack-Winkemann von ihrem Rückkehranspruch in die Berliner Justiz Gebrauch. Die Berliner Senatsverwaltung für Justiz hat vor der Rückkehr der Richterin „intensiv geprüft, ob Gründe für ihre Versetzung oder Amtsenthebung vorliegen“. Die hat sie nach den „bekannten Informationen“ nicht gefunden.

<https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/saechsisches-gericht-untersagt-afd-richter-amtsgeschaefte,T15NafR> / eingesehen am 25. März 2022

<https://unternehmen-heute.de/news.php?newsid=6506135> / eingesehen am 25. März 2022

<https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.jens-maier-gericht-untersagt-afd-mann-amtsgeschaefte-als-richter.46a05ece-bd49-4f99-bc3c-14b4839132cd.html> / eingesehen am 25. März 2022

<https://www.juedische-allgemeine.de/politik/auschwitz-komitee-begruesst-berufsverbot-fuer-afd-richter/> / eingesehen am 25. März 2022

<https://www.facebook.com/Bjoern.Hoecke.AfD/> / eingesehen am 25. März 2022

<https://www.lto.de/recht/justiz/j/afd-richterin-rueckkehr-berlin-justiz-landgericht-fall-jens-maier-bundestag-abgeordnete/> / eingesehen am 25. März 2022

Baden-Württemberg:
**„Stützpunktgründung“
 Württemberg**

Am 26. März hat die neonazistische Kleinstpartei Der III. Weg an einem bislang unbekanntem Ort den „Stützpunkt“ Württemberg gegründet. Eigenangaben zufolge wurde im Rahmen der Gründungsfeier ein Vortrag „über die Irrlehre des Kommunismus“ gehalten. Ein Grußwort des Parteivorsitzenden Matthias Fischer an die „Liebe(n) Württemberger Nationalrevolutionäre“ wurde verlesen. „Den geselligen Teil des Abends gestaltete ein Liedermacher mit vielen altbekannten Liedern und lud dabei auch zum Mitsingen im kameradschaftlichen Kreis ein“, so Der III. Weg. „Aktionsschwerpunkte“ des „Stützpunktes“ Württemberg, so die „nationalrevolutionäre Bewegung“, „liegen und lagen dabei auf den Regionen Stuttgart, Neckar-Alb, Heilbronn, Ulm sowie Göppingen und der schwäbischen Bodensee-Region.“

Homepage Der III. Weg / eingesehen am 1. April 2022

Baden-Württemberg:
**Zuerst!-Interviewpartner
 Bernd Gögel**

In einem Interview mit der rechtsextremen Monatszeitschrift Zuerst! (April – Ausgabe) führt Bernd Gögel (Jg. 1955), seit März 2013 AfD-Mitglied und seit 2017 Fraktionsvorsitzender seiner Partei im baden-württembergischen Landtag, aus, dass man „zunächst“ einmal „anerkennen“ muss, „daß wir seit der letzten Landtagswahl 2021 die kleinste Oppositionspartei und die kleinste Fraktion hier im Landtag von Baden-Württemberg sind. Das haben wir durch ein relativ schlechtes Wahlergebnis selbst zu verantworten.“ Nach dieser analytischen Selbsterkenntnis orakelt der AfD-Mann über „Kartellparteien“ und beklagt, dass in der täglichen Landtagspraxis „nicht einmal der kleinste Antrag“ seiner Partei unterstützt wird: „Das macht kein Vergnügen und schmerzt auch ab und zu, weil diese Ablehnung zum Teil bis ins Zwischenmenschliche hineingeht.“

„Eine echte Debatte führen“. Zuerst!-Chefredakteur Andreas Karsten sprach im Landtag von Baden-Württemberg mit dem AfD-Fraktionsvorsitzenden Bernd Gögel über Mehrheitsverhältnisse, die drohende Impfpflicht und die Positionen der AfD-Landtagsfraktion, in: Zuerst! April 2022, S. 35 – 37

Baden-Württemberg:
Der III. Weg am Bodensee

Am letzten März-Wochenende verteilten Neonazis der Kleinstpartei Der III. Weg in der Bodenseestadt Konstanz Flugblätter mit dem Titel „Freiheit statt Corona-Diktatur! Für Selbstbestimmung und Volksgesundheit! Gegen Zwangsmaßnahmen und Impfpflicht!“. Die Pamphlete richteten sich gegen die „fortgesetzten kopflosen Maßnahmen der regierenden Systemparteien angesichts der Corona-Pandemie“, erklärten die medizinischen Experten der Neonazi-Truppe.

Homepage Der III. Weg / eingesehen am 27. März 2022

Baden-Württemberg:
**Sogenannte erbbiologische
 Rassegutachten im
 Weingartner Wichernhof**

In der Jöhlinger Straße 116 im badischen Weingarten fanden im damaligen Wichernhof, einem evangelischen Kindererziehungsheim, das 1936 von der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) übernommen wurde, sogenannte erbbiologische Gutachten zur Selektion von Jungen im Alter von sechs bis 13 Jahren statt. Dabei handelte es sich vornehmlich um Kinder von sogenannten Asozialen. Ziel der erbbiologischen Rassegutachten war die „Ausmerzung unwerten Lebens“. Die Kinder wurden unter anderem sterilisiert oder in Konzentrationslager deportiert. Kinder, die aus Sicht der NSV „etwas taugten, wurden gefördert“ und kamen beispielsweise in „völkische Pflegefamilien“, führte der Karlsruher Lokalhistoriker Werner Banghard im März im Gespräch mit der Lokalpresse aus. Banghard untersuchte dieses dunkle Kapitel der Weingartner Geschichte. Grundlage seiner Recherchen waren Akten aus dem Generallandesarchiv in Karlsruhe.

Nazis selektierten Kinder in Weingarten. In einem Zwangserziehungsheim wurden erbbiologische Rassegutachten erstellt, in: Badische Neueste Nachrichten, 8. März 2022, S. 27

Bundesweit:
**Beauftragter der Bundesregierung
 gegen Antiziganismus eingesetzt**

Der Rechtsanwalt Mehmet Daimagüler, ehemaliger Vertreter der Nebenklage im NSU-Prozess, wird der erste Beauftragte der Bundesregierung gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Roma in Deutschland. Das hat das Bundeskabinett in seiner Sitzung am 9. März 2022 beschlossen. Der Beauftragte ist im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend angesiedelt und wird die Maßnahmen der Bundesregierung gegen Antiziganismus koordinieren. Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma hat die Benennung des Beauftragten begrüßt: „Es ist ein Erfolg der jahrelangen Arbeit des Zentralrates, daß die Bundesregierung die Bekämpfung des Antiziganismus als wichtigen Teil des gemeinsamen Einsatzes für Demokratie und gegen Ausgrenzung und Stigmatisierung in ihr Programm aufgenommen hat“, erklärte Zentralratsvorsitzender Romani Rose.

„Die Auseinandersetzung mit Antiziganismus ist auf der politischen Agenda angekommen, es kommt jetzt darauf an, die gleichberechtigte Teilhabe von Sinti und Roma im gesamten gesellschaftlichen Leben voranzubringen. Hierzu gehört vor allen Dingen auch, daß der Beitrag von Sinti und Roma zur deutschen und europäischen Kultur deutlich gemacht werden kann, vom Einfluß der Musik ungarischer Roma auf die europäische Klassik von Haydn bis Brahms und vielen anderen, oder auch in der Literatur, im Film und vielen anderen Bereichen“, so Rose.

<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/mehmet-daimagueler-zum-ersten-antiziganismus-beauftragten-der-bundesregierung-berufen-82011> / eingesehen am 11. März 2022

<https://zentralrat.sintiundroma.de/zentralrat-deutscher-sinti-und-roma-begruesst-die-benennung-des-beauftragten-der-bundesregierung-gegen-antiziganismus-und-fuer-das-leben-der-sinti-und-roma-in-deutschland> / eingesehen am 9. März 2022

Baden-Württemberg / Bundesweit:
**Bekannter Anti-Islam-Hetzer
verstorben**

Michael Mannheimer aus Heilbronn, vom rechtsextremen Internetportal Politically Incorrect als „Islamkritiker der ersten Stunde“ verehrt, ist am 15. März im Alter von 67 Jahren verstorben. Mannheimer, der mit Klarnamen Karl-Michael Merkle hieß, hatte sich vor Jahren nach einer Häufung von Strafanzeigen der Justiz entzogen und war in Kambodscha untergetaucht. Mit Datum vom 8. November 2011 hatte Mannheimer einen „öffentlichen Appell an alle freiheitsliebenden Bürger Deutschlands“ verbreitet. In seinem Hetzaufwurf wird unverblümt zur Gewalt aufgerufen: „Vertreibt das herrschende Establishment aus ihren Ämtern und Schreibstuben und stellt sie vor ein Gericht! Wie 1933 hat dieses Establishment schon wieder versagt! Organisiert Euch! Erhebt euch von euren Sofas! Geht auf die Straßen! Greift zu den Waffen, wenn es keine anderen Mittel gibt! Für uns, für unsere Kinder, für unsere Geschichte! Es lebe die Freiheit!“ Mannheimer war Macher der Hass-Website Nürnberg 2.0, einem perfiden Internet-Pranger, der allen Multikulti- und Integrations-Befürwortern mit einem zweiten Nürnberger Kriegsverbrecherprozess drohte.

PI-NEWS / eingesehen am 25. März 2022

Baden-Württemberg:
**Verfassungsschützer über
die Neue Rechte**

Die sogenannte Neue Rechte verfügt in Baden-Württemberg über ein Potenzial von ca. 310 Personen. Dazu zählen die Identitäre Bewegung Deutschlands (IBD), die in Baden-Württemberg mit den Regionalgruppen IB Schwaben und IB Baden (beide ca. 100 Mitglieder) vertreten ist, und extreme AfD-Teilstrukturen (ca. 210 Personen). Der Identitären Bewegung werden sechs Profile auf Instagram, Telegram und TikTok zugerechnet, die zum Jahreswechsel teilweise umbenannt worden seien, etwa von „kessel_revolve“ in „aktives_stuttgart“. Das geht aus der Antwort auf eine Landtagsanfrage der Grünen hervor. Das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg (LfV) versteht unter dem Begriff Neue Rechte ein informelles Netzwerk, in dem rechtsextreme bis nationalkonservative Kräfte zusammenwirken, „um anhand unterschiedlicher Strategien teilweise antiliberalen und antidemokratischen Positionen in Gesellschaft und Politik durchzusetzen. Dabei sind rechtsextremistische Bezüge nicht immer offensichtlich. Diese ergeben sich häufig aus Verstößen gegen die Grundprinzipien des freiheitlichen Verfassungsstaates, namentlich die Garantie der Menschenwürde sowie das Rechtsstaats- und Demokratieprinzip.“ Mitgeteilt wird, dass die Pseudo-Gewerkschaft Zentrum Automobil, in deren Reihen auch ehemals führende Neonazis aktiv sind, „kein Beobachtungsobjekt“ des LfV ist. Der Autor der Anfrage, Grünen-Fraktions-Vize Daniel Lede Aba, betonte, dass es „immer unklarer“ sei, „warum ‚Zentrum Automobil‘ nicht die ihm gebührende Beachtung seitens der Sicherheitsbehörden wie in anderen Bundesländern erfährt“.

https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/1000/17_1754_D.pdf / eingesehen am 16. März 2022

Neue Methoden der Neuen Rechten. Extremismus in Baden-Württemberg, in: Schwäbisches Tagblatt, 1. März 2022

Baden-Württemberg:
Der Jüdische Friedhof Wankheim

Der Jüdische Friedhof Wankheim, zwischen Tübingen und Reutlingen abseits der Bundesstraße gelegen, droht immer mehr zu verfallen. Um ihn zu erhalten, sind enorme Anstrengungen notwendig. Das Gutachten von Benigna Schönhagen, Honorarprofessorin am Institut für Geschichtliche Landeskunde und Historische Hilfswissenschaften der Universität Tübingen, ordnet das regional bedeutende Kulturdenkmal in die deutsch-jüdische Geschichte Südwestdeutschlands ein, dokumentiert die gravierenden Schäden und Versäumnisse der Vergangenheit und macht auf den dringenden Handlungsbedarf aufmerksam. Fast 40 Jahre dauerte es, bis Vertreter der Stadt Tübingen in den frühen 1980er Jahren erstmals am Volkstrauertag auch hier einen Kranz niederlegten. 137 Grabsteine sind heute noch auf dem Friedhof erhalten und bezeugen die Existenz zweier jüdischer Gemeinden in Wankheim und Tübingen. 1941 fand die letzte Beerdigung auf dem Wankheimer Friedhof statt. Der zu Grabe getragene Tübinger Kaufmann Albert Schäfer war 1938 beim Novemberpogrom ins KZ Dachau verschleppt und so gequält worden, dass er an den Folgen der KZ-Haft starb. Der mit 63 Jahren Verstorbene ist das einzige jüdische NS-Opfer aus Tübingen, das ein Grab erhielt. Die anderen wurden deportiert und in Riga, Theresienstadt oder Auschwitz ermordet. Diese Opfer blieben ohne Grab.

Schönhagen, Benigna: Der Jüdische Friedhof Wankheim. Stätte der Erinnerung, historisches Dokument und Gedenkort, 2020: <http://www.verein-juedische-kultur-tuebingen.de/wp-content/uploads/2020/11/54bbc20f8b6eb98b10576fca37d70a41.pdf>

Baden-Württemberg:
Ex-AfD-MdL Gedeon zu Corona und Ukraine-Krieg

„Noch ist der Corona-Wahn nicht vorbei, schon wird der nächste, der Anti-Putin-Wahn entfacht, der alles Bisherige übertrifft. Es genügt nicht mehr, sich neutral zu verhalten und zu schweigen, man muss jetzt immer und überall Flagge zeigen und laut mitjubeln, sonst wird man umgehend aus der Volksgemeinschaft ausgeschlossen“, so der baden-württembergische Ex-AfD-MdL Wolfgang Gedeon in seinem Text „Der Ukraine-Krieg - mit der NATO zum Endsieg? Vom Corona-Wahn zum Anti-Putin-Wahn“.

Homepage Wolfgang Gedeon / eingesehen am 30. März 2022

Bundesweit:
Politisch motivierte Straftaten mit dem Angriffsziel Medien

Im vergangenen Jahr sind laut Bundesregierung vorläufigen Zahlen zufolge 276 politisch motivierte Straftaten mit dem Angriffsziel Medien registriert worden; Baden-Württemberg liegt mit 30 Straftaten auf Platz drei der Bundesländer nach Berlin mit 64 und Bayern mit 46 Straftaten. Unter den Straftaten waren bundesweit 30 Gewaltdelikte, wie aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE (20/761) weiter hervorgeht. Mit vier Gewaltdelikten liegt Baden-Württemberg auf Platz vier nach Berlin mit acht, Sachsen-Anhalt mit sieben und Bayern mit fünf Gewaltdelikten. Das Angriffsziel Medien umfasst laut Vorlage sowohl Journalisten als auch beispielsweise Immobilien oder Fahrzeuge, die Medienunternehmen zugeordnet werden können.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Petra Sitte, Nicole Gohlke, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Angriffe auf Medienschaffende im Kontext von pandemiebezogenen Protesten, BT-Drs. 20/949 vom 7. März 2022: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/009/2000949.pdf> / eingesehen am 30. März 2022

**Bundesweit:
Aktionsplan gegen Rechtsextremismus**

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) stellte am 15. März gemeinsam mit den Chefs des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV), des Bundeskriminalamts (BKA) und der Bundeszentrale für Politische Bildung (bpb) ihren Aktionsplan gegen Rechtsextremismus vor. Faeser im O-Ton: „Die größte extremistische Bedrohung für unsere Demokratie ist der Rechtsextremismus.“ Die Zielsetzungen deshalb: harte Hand gegen Rechtsextremisten, mehr Kompetenzen für Behörden, Ausbau von Präventions- und Bildungsangeboten. Konkret umfasst der Aktionsplan zehn Punkte, die die Ministerin im Kampf gegen den Rechtsextremismus verstärkt in den Blick nehmen will. Rechtsextremismus müsse ganzheitlich bekämpft werden, heißt es in der Einleitung des Papiers – „mit Prävention und harter Hand“. Ziel sei es, Menschenverachtung den Raum zu nehmen und der Gewalt den Nährboden zu entziehen.

Vorgesehen sind unter anderem eine konsequente Zerschlagung rechter Netzwerke und die Entwaffnung von Rechtsextremisten. Ein wichtiges Anliegen ist der Ministerin der Schutz von Kommunalpolitikern. Die Zahl der tätlichen Übergriffe auf diese habe sich in den vergangenen Jahren verdreifacht. „Das zeigt eine Verrohung und Verachtung von Staat und Demokratie“, sagte Faeser. Um solchen Übergriffen präventiv zu begegnen, soll zudem die politische Bildungsarbeit intensiviert werden. Das Programm „Miteinander Reden“ der Bundeszentrale für politische Bildung, um die politische Debatte über Rechtsextremismus zu fördern, kündigte deren Präsident Thomas Krüger an.

Es gebe mehr als 13.300 gewaltorientierte Rechtsextremisten in Deutschland, sagte der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Thomas Haldenwang. Im Jahr 2020 habe es 22.357 Straftaten in diesem Bereich gegeben. Davon seien 1.023 Gewalttaten gewesen. Haldenwang verwies dabei auch auf eine Zählung der Amadeu Antonio Stiftung, wonach seit 1990 mehr als 200 Menschen durch rechtsextreme Gewalt ums Leben gekommen seien.

Der Aktionsplan gegen Rechtsextremismus sieht vor:

1. Rechtsextreme Netzwerke zerschlagen und Finanzaktivitäten rechtsextremer Netzwerke (beispielsweise über Konzerte, Festivals, Musikprodukte, Kampfsportveranstaltungen und E-Commerce/Ladengeschäfte für Szenebekleidung und Merchandise) aufklären und austrocknen.
2. Rechtsextremisten konsequent entwaffnen. Rund 1.500 nachrichtendienstlich als mutmaßliche Rechtsextremisten gespeicherte Personen verfügen über mindestens eine waffenrechtliche Erlaubnis.
3. Hetze im Internet ganzheitlich bekämpfen. Die Strafverfolgung strafbarer Inhalte sowie die Löschersuchen gegenüber den sozialen Netzwerken sollen verstärkt werden.
4. Verfassungsfeinde aus dem öffentlichen Dienst entfernen. Wer den Staat ablehnt, kann ihm nicht dienen.
5. Verschwörungsideologien entkräften – Radikalisierung vorbeugen. Verschwörungsideologien können mit ihrem antidemokratischen Populismus Türöffner für Rechtsextremismus sein. Durch gezielte Aufklärung und Beratung soll dieser Gefahr entgegenwirkt werden.
6. Prävention gegen Extremismus – demokratische Streitkultur fördern. Lokale Gesprächsformate der politischen Bildung, die die Konflikt- und Dialogfähigkeit der Bürgerinnen und Bürger fördern, sollen gestärkt werden.
7. Politische Bildung im Kampf gegen Rechtsextremismus stärken. Zivilgesellschaftliche Akteure sollen in ihrer Arbeit verstärkt unterstützt werden, um gemeinsam Verschwörungserzählungen vor Ort und im Netz aufzudecken und zu bekämpfen.
8. Medienkompetenz im Umgang mit Desinformation, Verschwörungsideologien und Radikalisierung stärken. Die politische Bildung muss auf die Verschiebung von Debatten(räumen) in halböffentliche und private digitale Kommunikationsformate mit der Weiterentwicklung ihrer Angebote reagieren. Mit dem Förderprogramm „Demokratie im Netz“ der Bundeszentrale für politische Bildung werden neue und weitergehende Angebote der politischen Bildung geschaffen, die auf die Darstellungs- und Kommunikationslogiken der Plattformen ausgerichtet sind.
9. Schutz von Mandatsträgern. Das Bundesministerium des Innern und für Heimat wird eine „Allianz zum Schutz kommunaler Mandatsträger“ ins Leben rufen, der neben den Ländern auch kommunale Spitzenverbände, kommunalpolitisch Tätige sowie zuständige Behörden und zivilgesellschaftliche Organisationen angehören werden.
10. Opfer von Rechtsextremismus nicht allein lassen. Das Bundeskriminalamt arbeitet gemeinsam mit den Ländern an der Weiterentwicklung der strategischen Zusammenarbeit und dem Aufbau eines speziellen Netzwerkes zur Opferfürsorge. Gemeinsam mit den Ländern soll die Polizeiausbildung gestärkt werden.

Das rechtsextreme Magazin Zuerst! kommentierte: „Das kommt also dabei heraus, wenn eine Sozialdemokratin, die links-dogmatisch sozialisiert wurde und keinerlei Berührungsängste mit Linksextremisten hat, plötzlich Verantwortung für die innere Sicherheit im Land trägt.“

Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher der Alternative für Deutschland, meinte zum Aktionsplan: „Die Bekämpfung aller Formen und Ausprägungen von Extremismus ist für die AfD sehr wichtig. Eine einseitige Fokussierung nur auf eine Extremismusform ist zu einäugig, geht an den Tatsachen vorbei und ist daher abzulehnen. Dass Faeser keine Innenministerin, sondern allein eine Aktivistin gegen Rechtsextremismus ist, hat sie in ihrer bisher kurzen Amtszeit leider bereits mehrfach bewiesen. Eine Innenministerin, die nur auf einem politischen Auge Sehkraft hat und die extremen Gefahren, die insbesondere vom Islamismus ausgehen, nicht wahrnimmt, wird für Deutschland auf Dauer ein massives Sicherheitsrisiko darstellen!“

Der einschlägige Szene-Blogger Daniel Matissek kommentierte den Aktionsplan mit den Worten: „Der soft-geräuschlose Staatsstreich zur linksextremen Kaperung der Institutionen, er ist so gut wie geglückt.“

<https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2022/03/aktionsplan-rechtsextremismus.html> / eingesehen am 25. März 2022

<https://www.belltower.news/10-massnahmen-gegen-nazis-innenministerin-faeser-stellt-aktionsplan-gegen-rechtsextremismus-vor-129047> / eingesehen am 25. März 2022

<https://www.dw.com/de/breite-allianz-gegen-rechtsextremismus/a-61126401> / eingesehen am 25. März 2022

<https://www.presseportal.de/pm/110332/5171741> / eingesehen am 25. März 2022

Homepage Ansage.org / eingesehen am 25. März 2022

Nancys wilde Gespensterjagd, in: Zuerst!, 5/2022, S. 25

Baden-Württemberg / Saarland: AfD wiederholt im Landtag

Bei der Landtagswahl im Saarland am 27. März hat die AfD 5,7% (25.719 Stimmen) erzielt. Gegenüber der Landtagswahl 2017 hat die Partei ca. 0,5% verloren (2017: 6,18%, 32.971 Stimmen). Die verschwörungsaffine Partei dieBasis erzielte 1,4% (6.448 Stimmen). Einen Anspruch auf staatliche Finanzmittel haben Parteien, die bei der Landtagswahl mindestens 1% der gültigen Zweitstimmen erhalten haben.

Bernd Gögel, AfD-Fraktionsvorsitzender im baden-württembergischen Landtag, kommentierte das Abschneiden der saarländischen AfD: „Das Wahlergebnis bedeutet, dass die AfD im Gegensatz zu den drei anderen erwähnten Parteien mittlerweile eine etablierte Stammwählerschaft hat. Gleichwohl muss diese gehalten und ausgebaut werden. Echte Veränderungen erfordern noch höhere Ergebnisse. Um dieses Ziel zu erreichen, sind klare Botschaften ebenso unerlässlich wie ein geschlossener und seriöser Auftritt.“

Der aus der AfD ausgeschlossene und dennoch weiterhin in der Partei sehr einflussreiche Strategie Andreas Kalbitz, ehemals AfD-Fraktions- und Landesvorsitzender im Landtag Brandenburg, merkte an: „Bei den inhaltlichen Schwerpunkten zeigt sich deutlich, dass die entscheidenden Themen unserer Wähler unverändert die Bereiche #Migration und auch die Freiheitseinschränkungen durch die #Corona-Politik sind. Die Kernthemen der AfD müssen in den Wahlkämpfen daher auch den notwendigen Stellenwert erhalten, ohne die regionalen Themen unberücksichtigt zu lassen und in der Wahrnehmung zu einer monothematischen Partei zu werden.“ Das Bundesschiedsgericht der AfD hatte wie der Bundesvorstand die Parteimitgliedschaft von Kalbitz im Sommer 2020 für nichtig erklärt. Ihm wurde vorgeworfen, bei seinem Eintritt in die Partei 2013 eine frühere Mitgliedschaft in der 2009 verbotenen neonazistischen Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ) und bei den Republikanern (REP) zwischen Ende 1993 und Anfang 1994 nicht angegeben zu haben.

<https://wahlergebnis.saarland.de/LTW> / eingesehen am 29. März 2022 und am 7. April 2022

<https://bernd-goegel.de/gratulation-an-die-gewahlten-afd-weiter-im-saar-landtag-gruene-verfehlen-einzug> / eingesehen am 28. März 2022

Facebook Andreas Kalbitz / eingesehen am 2. April 2022

Bundesweit:
Die rechtsextreme Musikszene

Über die Zahl rechtsextremer Musikbands und Einzelmusiker in Deutschland berichtet die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. Danach liegt die Zahl solcher Musikbands seit Jahren nahezu unverändert bei ca. 150. Hinzu kommen etwa 50 rechtsextreme Liedermacher und Solo-Interpreten, wie die Bundesregierung mitteilt. Weiter führt die Bundesregierung aus: „Innerhalb des rechtsextremen Spektrums in Deutschland kommt der Musikszene eine besondere Bedeutung zu; sie verfügt über eine nicht zu unterschätzende Rekrutierungs- und Bindungsfunktion. Mit aggressiven, fremdenfeindlichen, antisemitischen und antidemokratischen Texten popularisieren die Bands rechtsextremistische Argumentationsmuster und Einstellungen. Die Musik ist ein bedeutsames Medium, das speziell bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen Interesse für den Rechtsextremismus wecken und diese damit an die rechtsextremistische Szene heranführen kann.“

Rechtsextreme Musik existiert in unterschiedlichsten Stilrichtungen. Hierzu zählen Musik im Liedermacherstil, Hatecore, NS-Black-Metal bis hin zu HipHop-Musik. Früher stellten Skinheadmusik bzw. der Rechts-Rock den mit Abstand größten Teil der rechtsextremen Musik. Durch die aktuell vergrößerte Bandbreite werden unterschiedliche und ggf. neue Personen(gruppen) angesprochen, so die Bundesregierung.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner, Nicole Gohlke, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Aktivitäten und Kontakte des Neonazi-Rappers „Mr. Bond“, BT-Drs. 20/1165 vom 17. März 2022:

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/011/2001165.pdf> / eingesehen am 31. März 2022

Berlin:
Steigendem Antisemitismus entgegenwirken

Die Fallzahlen zu antisemitischen Straftaten steigen stetig an, Hass und Hetze gegen Jüdinnen und Juden nehmen zu, sowohl im Internet als auch auf offener Straße. Die Corona-Pandemie und der Nahostkonflikt sind Nährböden für antisemitische Vorurteile und Judenhass. Diesen Entwicklungen muss entschieden entgegengewirkt werden, so der am 22. März veröffentlichte Bericht der Antisemitismusbeauftragten der Generalstaatsanwaltschaft Berlin (Berichtszeitraum: 1. Januar 2021 bis 31. Dezember 2021). In diesem dritten Bericht werden die aktuellen Entwicklungen und Fallzahlen, herausgehobene Verfahren und besondere Herausforderungen bei der Verfolgung antisemitischer Straftaten sowie die Maßnahmen und Ergebnisse der Antisemitismusbeauftragten dargestellt.

https://www.berlin.de/generalstaatsanwaltschaft/_assets/ueber-uns/beauftragte/antisemitismus/2021_bericht_antisemitismus.pdf / eingesehen am 1. April 2022

Bundesweit:
Rechtsextremisten und Proteste gegen Corona

Rechtsextreme Organisationen und Einzelpersonen nutzen gesellschaftspolitische Geschehnisse von Relevanz – wie die Zuwanderung von Geflüchteten im Jahr 2015 oder die Corona-Pandemie – als Projektionsfläche zur Präsentation und Akzentuierung eigener ideologischer Inhalte und Überzeugungen. Dabei streben sie eine thematische Anschlussfähigkeit an bürgerlich-demokratische Positionen sowie deren Beeinflussung an. Dieses Vorgehen ist themenübergreifend umsetzbar, wodurch sich Parallelen und Kontinuitäten in der Organisation, Bewerbung und Durchführung von Protestveranstaltungen unabhängig von ihrer inhaltlichen Schwerpunktsetzung ergeben, so die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. Diese Versuche der Einflussnahme aus dem rechtsextremen Spektrum und dem Spektrum der Reichsbürger und Selbstverwalter erfolgen danach beispielsweise aus dem rechtsextremen Parteienspektrum und der Neuen Rechten heraus. Auch einzelne Akteure aus dem Bereich der verfassungsschutzrelevanten Islamfeindlichkeit beteiligen sich an Demonstrationen gegen die Maßnahmen zur Pandemie-Bekämpfung.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner, Nicole Gohlke, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Europäische Vernetzung der extremen Rechten im Rahmen von Protesten gegen die Corona-Maßnahmen, BT-Drs. 20/1160 vom 18. März 2022:

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/011/2001160.pdf> / eingesehen am 31. März 2022

**Baden-Württemberg:
Ex-NPD-Bundesvorsitzender
gestorben**

Im Alter von 82 Jahren ist am 31. März der ehemalige NPD-Bundesvorsitzende Günter Deckert in seiner nordbadischen Heimatstadt Weinheim verstorben. Als verurteilter Volksverhetzer und Holocaust-Leugner war er von 1995 bis 2000 inhaftiert, ein weiteres Mal 2013. Deckert war seit Jahrzehnten in rechtsextremen Zusammenhängen aktiv. Er war Gründungsmitglied der NPD-Nachwuchsorganisation Junge Nationaldemokraten (JN; ab 2019 Junge Nationalisten), zeitweilig NPD-Landesvorsitzender in Baden-Württemberg und amtierte von 1991 bis 1996 als NPD Bundesvorsitzender. Unter seiner Führung setzte die NPD auf Bundesebene verstärkt auf ausländerfeindliche und vor allem revisionistische Themen.

Zugleich öffnete Deckert die NPD für Neonazis aus diversen hitlertreuen Splittergrüppchen. 2005 wurde er wegen Störung des Parteifriedens von allen Mitgliedsrechten in der NPD ausgeschlossen. Bis 2020 organisierte Deckert die sogenannten „Tage Deutscher Gemeinschaft – Begegnung der Generationen“, die im Ausflugs- und Ferienhotel „Hufhaus“ im nordthüringischen Ilfeld (Landkreis Nordhausen) abgehalten wurden. Diese Veranstaltungen waren ein Stelldichein von Alt- und Neonazis aus verschiedensten Bundesländern.

Landesweite Schlagzeilen lieferte Deckert, Stadtrat der rechtsextremen Deutschen Liste in Weinheim, zuletzt am 23. Februar im Rahmen der Haushaltsdebatte des Gemeinderates, als er des Saales verwiesen wurde. Zuvor hatte der Weinheimer Oberbürgermeister ihm das Wort entzogen. Als Deckert nicht den Sitzungssaal verlassen wollte, unterbrach der Weinheimer OB die Sitzung, machte von seinem Hausrecht Gebrauch und informierte die Polizei. Flankiert von zwei Polizeibeamten musste Deckert den Saal verlassen. In seiner Haushaltsrede hatte der Rechtsextremist mehrfach volksverhetzende und rassistische Äußerungen getätigt.

„Mit Günter Deckert verlieren wir einen langjährigen und unermüdlichen Kämpfer für Volk und Vaterland. [...] In unzähligen Vorträgen und Saalveranstaltungen konnte er sein politisches Wissen an die nächste Generation weitergeben und somit viele junge deutsche Männer und Frauen prägen“, so die JN in ihrem Nachruf „Günter Deckert – Wir senken unsere Fahnen zum Appell“.

Nach dem Ergebnis der Kommunalwahl 2019 kann Dominic Ranzenberger als Nachrücker der Deutschen Liste in den Weinheimer Gemeinderat einziehen.

<https://www.wnoz.de/Lokales/Weinheim/Guenter-Deckert-mit-82-Jahren-verstorben-6fd197f2-a76d-4526-8e5a-d42527fd8e6-ds> / eingesehen am 1. April 2022

https://www.rnz.de/nachrichten/bergstrasse_artikel,-weinheim-letzte-ehre-oder-erschreckender-vorgang-_arid,859231.html / eingesehen am 9. April 2022

Homepage Aktion Widerstand (Junge Nationalisten) / eingesehen am 2. April 2022

**Bayern:
Sabotageakte an der Strom-
versorgung verhindert**

290 Einsatzkräfte haben am 30. März eine Durchsuchungsaktion im Landkreis Neumarkt in der Oberpfalz durchgeführt. Die Aktion richtete sich gegen eine Gruppe von sechs Männern im Alter zwischen 34 und 59 Jahren. Durchsucht wurden Wohnungen und Gebäude. Mehrere legale und illegale Waffen wurden sichergestellt. „Die Durchsuchungsergebnisse zeigen die bedenkliche Affinität zu Waffen und Verhaltensmuster der Prepper-Szene“, betonte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU). „Dank der konsequenten Polizeiarbeit konnten geplante Sabotageakte an großen Stromleitungen erfolgreich verhindert werden“, so der Politiker.

Der Begriff Prepper leitet sich vom englischen „to be prepared“ ab, was so viel wie „vorbereitet sein“ bedeutet. Prepper bereiten sich auf Katastrophenszenarien bis hin zum Weltuntergang vor.

Nach Herrmanns Worten haben bayerische Waffenbehörden 2021 insgesamt 189 erlaubnispflichtige Waffen wegen Verdacht auf Extremismus eingezogen, davon 125 bei Rechtsextremisten und 48 bei Reichsbürgern.

<https://www.stmi.bayern.de/med/pressemitteilungen/pressearchiv/2022/92/index.php> / eingesehen am 27. April 2022

<https://www.polizei.bayern.de/aktuelles/pressemitteilungen/027404/index.html> / eingesehen am 30. März 2022

Bundesweit:
**Bestandsaufnahme des
 verschwörungsideologischen
 QAnon-Milieus in Deutschland**

Die gemeinnützige Organisation Center für Monitoring, Analyse und Strategie (CeMAS; Berlin) hat eine Bestandsaufnahme des verschwörungsideologischen QAnon-Milieus in Deutschland und Österreich erstellt. CeMAS bündelt interdisziplinäre Expertisen zu den Themen Verschwörungsideologien, Desinformation, Antisemitismus und Rechtsextremismus.

Die Studie „Q vadis? Zur Verbreitung von QAnon im deutschsprachigen Raum“ informiert über die Geschichte der Verschwörungsideologie, ihre Verbreitung in Deutschland sowie über den Resonanzraum in den Bevölkerungen beider Staaten für QAnon-Verschwörungserzählungen. Die Ergebnisse stützen nach Einschätzung von CeMAS die These, dass der deutschsprachige Raum außerhalb der USA die wohl größte digitale QAnon-Szene bildet. Demnach glauben in Deutschland sieben und in Österreich mehr als elf Prozent, das eigene Land werde von einer fremden Macht beherrscht, die im Hintergrund die Fäden ziehe. Weniger als fünf Prozent der Menschen in Deutschland (3,1 Prozent) und Österreich (4,3 Prozent) denken, die Regierung, die Medien und die Finanzwelt würden von einer Gruppe satanischer Pädophiler kontrolliert, die einen weltweiten Kindersexhandel betreibe. Weitere gut fünf Prozent halten dies zumindest teilweise für möglich. Etwas mehr als fünf Prozent in Deutschland und knapp acht Prozent in Österreich meinen, dass „wahre Patrioten“ gegebenenfalls zur Gewalt greifen müssen, um ihr Land zu retten.

Besonders auf Telegram findet eine rege Kommunikation von QAnon-Anhängern statt: In der Analyse konnten 115 Kanäle und 84 Gruppen identifiziert werden, in denen Millionen Nachrichten ausgetauscht wurden. Das Interesse und die Aktivität des Milieus sind laut CeMAS ungebrochen hoch. Der Report verdeutlicht: QAnon ist in den USA und auch im deutschsprachigen Raum weiter auf dem Vormarsch und konnte sich in der verschwörungsideologischen Szene etablieren. Auch unabhängig von Botschaften des stichwortgebenden Q-Accounts findet das verschwörungsideologische Milieu neue Narrative und Themenfelder, die es in seine Ideologie integriert.

Abschließend konstatiert das Center für Monitoring, Analyse und Strategie: „Das Beispiel QAnon zeigt, wie wichtig ein systematisches Monitoring ist. Dieses Milieu ist nach wie vor aktiv, insbesondere im digitalen Raum, und verzeichnet sogar Zuwachs – und das gänzlich unabhängig von den angeblichen Aktivitäten von Q. Laufend werden neue und alte Verschwörungserzählungen in die Narrative der Szene integriert. Die starke Überlappung mit dem Reichsbürger-Milieu bereitet dabei Sorge, da QAnon-Verschwörungserzählungen noch einmal eine stärkere Abkopplung von der Realität mit sich bringen, die die Radikalisierungsspirale weiter anheizen kann. QAnon ist nicht verschwunden, sondern passt sich immer wieder an neue Ereignisse an.“

Download: https://cemas.io/publikationen/q-vadis-zur-verbreitung-von-qanon-im-deutschsprachigen-raum/CeMAS_Q_Vadis_Zur_Verbreitung_von_QAnon_im_deutschsprachigen_Raum.pdf /
 eingesehen am 1. April 2022

Bundesweit / Nordrhein-Westfalen:
**„Warum die AfD keine Alternative
 ist – Eine entlarvende Bilanz nach
 5 Jahren im Landtag NRW“**

Auf Bundesebene – und auch in Nordrhein-Westfalen (NRW) – präsentiert sich die AfD oft zerstritten, ihre programmatische Ausrichtung bleibt diffus. Landesspezifische Themen stehen kaum im Mittelpunkt der Partei, ihr politischer Stil beschränkt sich oft auf Protest und Provokation. Wie auch auf Bundesebene agiert die AfD als parlamentarischer Arm der Protestbewegung gegen die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung, so der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) in einer Bilanz zur Arbeit der AfD im Landtag NRW. Demnach setzt die AfD in der Pandemiepolitik auf ihre bewährten Mittel, auf Protest, Provokation und Desinformation – und nutzt auch das Thema Corona um mit Losungen wie „Kontrolliert die Grenzen – nicht den Impfstatus“ eine migrationsfeindliche Stimmung zu machen. Der Analyse des DGB zufolge ist das Programm der AfD gegen die Interessen der breiten Bevölkerung gerichtet. Ihre Sozialpolitik bleibt eine Inszenierung. Landestypische Punkte sind meist nur dann wichtig, wenn sich zugleich die Oberthemen der AfD wie Migration und Islam verhandeln lassen. Im Westen präsentiert die AfD also nichts Neues – und schon gar keine Alternativen. Eine Bilanz der AfD im Landtag gibt es hier zum Download.

<https://nrw.dgb.de/archiv/++co++e3922500-ae9f-11ec-b940-001a4a160123> / eingesehen am 30. März 2022

Sachsen:
**Bürgermeisterkandidat aus dem
 Ländle**

Am 12. Juni 2022 findet im sächsischen Johannegeorgenstadt (Erzgebirgskreis) die Bürgermeisterwahl statt. Für die Neonazi-Partei Freie Sachsen will der aus dem baden-württembergischen Alfdorf (Ostalbkreis) stammende Querdenker („Rebell vom Leinecksee“) Stefan Schmidt antreten. Der einstige Gastronom siedelte unlängst nach Sachsen um.

Homepage Freie Sachsen / eingesehen am 28. März 2022

Bundesweit:
**Proteste gegen die Maßnahmen zur
 Bekämpfung der Corona-Pandemie**

Die Beteiligung von Rechtsextremisten an Protesten gegen die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie ist ein Thema der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. Die Bundesregierung teilt mit, dass das „coronakritische“ Personenpotential als äußerst heterogen zu bezeichnen sei. Es handele sich um ein „zersplittertes, fragmentiertes und disparates Protestmilieu, welches von Corona-Leugnern, Impfverweigerern, Verschwörungsmystikern, Esoterikern, rechtsextremistischen Personen bis hin zu Personen aus der bürgerlichen Mitte reicht“. Zum jetzigen Zeitpunkt werde der Szene keine terroristische Ideologie und Ausrichtung zugeordnet, heißt es in der Antwort weiter. Dennoch stellen Impfgegner oder Corona-Leugner „aus Gefährdungssicht ein nach wie vor relevantes Risiko in Bezug auf Angriffe gegen Einrichtungen und Personen der Impfinfrastruktur dar. Auch für das in den jeweiligen Einrichtungen tätige Personal besteht die Gefahr, zumindest verbalen Anfeindungen bis hin zu Straftaten (Körperverletzungsdelikte) ausgesetzt zu sein. In vereinzelten Fällen kam es in der Vergangenheit zu Bedrohungs-, Beleidigungs- bzw. Nötigungssachverhalten sowie einzelnen körperlichen Übergriffen“, so die Bundesregierung.

Dem Antworttext zufolge bemühen sich Rechtsextremisten seit dem Ausbruch der Pandemie um eine Instrumentalisierung des Themas. Dabei werde das Thema Corona zur Steigerung der Anschlussfähigkeit und zur Agitation im öffentlichen Raum sowie zur Mobilisierung für Kundgebungen genutzt, führt die Bundesregierung ferner aus. Dessen ungeachtet könnten Themen, die wie die staatlichen Maßnahmen zur Pandemie-Bekämpfung gesellschaftlich kontrovers diskutiert werden, „eine Emotionalisierung auch der rechtsextremistischen Szene nach sich ziehen, die eine Gewaltkomponente denkbar macht“.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner, Nicole Gohlke, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Teilnahme verbotener Neonazi-Vereinigungen und mutmaßlicher Mitglieder rechtsextremer bzw. rechtsterroristischer Gruppierungen an Corona-Protesten, BT-Drs. 20/1242 vom 30. März 2022: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/012/2001242.pdf> / eingesehen am 5. April 2022

Berlin:
Bibliothek des Konservatismus

„Ein großes Jubiläum wirft seine Schatten voraus“, verkündete im März die in Berlin in der Charlottenburger Fasanenstraße ansässige Bibliothek des Konservatismus (BdK). Die BdK, getragen von der Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung (FKBF), feiert in diesem Jahr ihr 10-jähriges Bestehen. Am 23. November 2012 wurde die Bibliothek eröffnet und für den Publikumsverkehr freigegeben.

Stifter der Bibliothek war der 2009 verstorbene Caspar von Schrenck-Notzing, einst Großaktionär von WMF und BASF. Mit seiner 1965 erschienenen Studie „Charakterwäsche. Die Politik der amerikanischen Umerziehung in Deutschland“ machte sich Schrenck-Notzing einen Namen in extrem rechten Kreisen. Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und dessen Aufarbeitung galt Schrenck-Notzing als Fortsetzung der von der US-amerikanischen Besatzungsmacht verordneten „Charakterwäsche“ und als Zeichen für eine fortschreitende Verinnerlichung der durch die alliierte „Umerziehung“ propagierten Werte. 1970 gründete Schrenck-Notzing mit Unterstützung durch den bekennenden Faschisten Armin Mohler die zweimonatlich erscheinende Zeitschrift *Criticón*, die lange Zeit als wichtigstes Theorieorgan der Neuen Rechten in der Bundesrepublik galt.

Vor Ort in Berlin sind in der BdK unter anderem die Nachlässe von Schrenck-Notzing, Mohler und das Bundesparteiarchiv der Partei Die Republikaner einzusehen. Regelmäßig finden Vortragsveranstaltungen, Buchvorstellungen und Podiumsdiskussionen statt. Zu den Referenten zählen auch der vormalige Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen und die AfD-Politiker Beatrix von Storch, Alice Weidel sowie Alexander Gauland.

Die Bibliothek versteht sich als „Teil einer politisch-akademischen Aktion“. Dieter Stein, FKBF-Stiftungsratsvorsitzender, Gründer und Chefredakteur der neurechten Wochenzeitung *Junge Freiheit* (JF), führte dazu in einem Interview mit seiner Zeitung bereits 2009 aus: „Seit 1968 sind die Universitäten im Zuge einer Kulturrevolution regelrecht gesäubert worden. Konservative wurden teils mit Gewalt oder durch veränderte Personalpolitik an den Rand gedrängt und ausgeschaltet. Wo gibt es die großen nichtlinken Gegenspieler an den politikwissenschaftlichen und historischen Seminaren? Eine konservative Forschungsbibliothek in der Hauptstadt und in Universitätsnähe artikuliert einen Anspruch auf wissenschaftliche und politische Mitwirkung, eine Herausforderung zur Gegenbewegung.“

<https://www.bdk-berlin.org/veranstaltungsberichte/jubilaumjahr-2022-zehn-jahre-bibliothek-des-konservatismus/> / eingesehen am 4. März 2022

Politische Herausforderung. Ein Gespräch mit dem FKBF-Stiftungsratsvorsitzenden Dieter Stein zur Bibliothek, in: Junge Freiheit, 20/2009, 08. März 2009.

Index

- Orte**
- Alfdorf (Baden-Württemberg) 50
 Bad Saulgau (Baden-Württemberg) 36
 Baden-Württemberg 8, 9, 17, 19 – 29, 31 – 34, 36, 38 – 41, 43, 44, 45, 47, 49, 50
 Ballstädt (Thüringen) 35
 Bautzen (Sachsen) 18
 Bayern 7, 45, 49
 Berlin 7, 8, 13, 18, 21, 24, 28, 30, 32, 34, 38, 39, 40, 42, 45, 48, 50, 51
 Brandenburg 8, 31, 47
 Bruchsal (Baden-Württemberg) 39
 Bundesrepublik Deutschland 4, 21, 25, 37, 40, 42, 51
 Butscha (Ukraine) 12
 Charkiw (Ukraine) 13
 Chorzów (Polen) 33
 Dänemark 18
 Dresden (Sachsen) 12, 19, 30, 31
 Efringen-Kirchen (Baden-Württemberg) 29
 England 38
 Frankfurt am Main (Hessen) 33, 40
 Freiburg (Baden-Württemberg) 18, 19, 20
 Grebenstein (Hessen) 27
 Halberstadt (Sachsen-Anhalt) 31
 Halle an der Saale (Sachsen-Anhalt) 26, 30, 38
 Hamburg 23, 26
 Hanau (Hessen) 30, 38
 Heidelberg (Baden-Württemberg) 15, 22
 Heilbronn (Baden-Württemberg) 43, 44
 Herrenberg (Baden-Württemberg) 22
 Hessen 30, 33
 Hoyerswerda (Sachsen) 30, 38
 Ilfeld (Thüringen) 49
 Johanngeorgenstadt (Sachsen) 50
 Kambodscha 44
 Kirchheim (Thüringen) 15
 Köln (Nordrhein-Westfalen) 31, 37
 Konstanz (Baden-Württemberg) 43
 Lemberg/Lwiw/Lwow (Ukraine) 7, 13, 38
 Lublin (Polen) 38
 Madrid (Spanien) 37
 Mainz (Rheinland-Pfalz) 21, 28
 Mannheim 27, 39, 44
 Mannheim, Stadtteil Rheinau-Süd (Baden-Württemberg) 31
 Mariupol (Ukraine) 12, 15
 Mecklenburg-Vorpommern 8, 17, 31
 Mölln (Schleswig-Holstein) 30, 38
 München (Bayern) 13, 38, 40
 Neumarkt in der Oberpfalz (Bayern) 49
 Nordrhein-Westfalen 50
 Oberbalzheim (Baden-Württemberg) 38
 Österreich 15, 18, 22, 50
 Pforzheim (Baden-Württemberg) 10, 33, 34
 Pfullingen (Baden-Württemberg) 38
 Pirna (Sachsen) 14
 Polen 13, 38
 Riesa (Sachsen) 4
 Roseburg (Schleswig-Holstein) 30
 Rostock (Mecklenburg-Vorpommern) 38
 Saarland 47
 Sachsen 8, 18, 19, 26, 28, 30, 31, 42, 50
 Sachsen-Anhalt 8, 17, 31, 37, 45
 Schleswig-Holstein 20, 30
 Schweden 7, 33
 Schweiz 6, 11, 14, 15, 17 f., 33
 Sigmaringen (Baden-Württemberg) 31
 Solingen (Nordrhein-Westfalen) 30, 38
 Spanien 37
 Stockholm (Schweden) 33
 Stuttgart (Baden-Württemberg) 15, 18, 43, 44
 Thüringen 8, 28, 31, 32, 35
 Tröglitz (Sachsen-Anhalt) 31
 Uckfield (England) 38
 Ukraine 4 – 15, 45
 Ungarn 4, 17 f., 36
 Uppsala (Schweden) 33
 Wankheim (Baden-Württemberg) 45
 Warschau (Polen) 38
 Weingarten (Baden-Württemberg) 43
 Weinheim (Baden-Württemberg) 49
 Wintersweiler (Baden-Württemberg) 29
 Zolkiew (Ukraine) 38
-

Institutionen, Parteien, Medien

- Ahriman-Verlag 19
- Alliance for Peace and Freedom (APF) 7
- Alternative für Deutschland (AfD) 4, 5, 7, 8 f., 11, 12, 13, 17, 18, 20 – 23, 25 f., 27, 28, 31, 32, 33, 37, 38, 42 – 45, 47, 50, 51
- Alt-Right-Bewegung 4
- Amadeu Antonio Stiftung 46
- Artgemeinschaft – Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e. V. 34
- Asow 4, 12 ff.
- Basisdemokratische Partei Deutschland (dieBasis) 19, 24, 47
- Bibliothek des Konservatismus (BdK) 51
- Bismarcks Erben/Vaterländischer Hilfsdienst (VHD) 34
- Blood & Honour 26
- Bonus-Verlag 5
- Bund gegen Anpassung 19
- Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche & Rechts-extremismus (BAG K+R) 29
- Bundesgerichtshof (BGH) 33, 35
- Bundesinnenministerium 36
- Bundeskriminalamt (BKA) 25, 40 f., 46
- Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien 17
- Bundeszentrale für Politische Bildung (bpb) 46
- Bündnis 90/Die Grünen 17, 18, 23, 44
- Bunte Liste Freiburg 19
- Burschenschaft Gothia 39
- Castle Hill Publishers 38
- Center für Monitoring, Analyse und Strategie (CeMAS) 50
- Compact 4, 5, 7, 10, 12, 19, 28
- Corona-Protestbewegung 18 – 22, 24, 26, 28, 31, 32, 43, 48, 51
- Criticón 51
- Der III. Weg 12, 14, 15, 22, 34, 40, 43
- Desiderius-Erasmus-Stiftung 8 f., 23
- Det Fria Sverige 7
- Deutsche Burschenschaft (DB) 39
- Deutsche Liste 49
- Deutsche Stimme (DS) 4, 5, 7, 14, 26
- Deutsches Institut für Menschenrechte (DIMR) 27
- Deutsche Verlagsgesellschaft (DVG) 17
- Deutscher Anwaltverein 42
- Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) 50
- Deutschland-Kurier 22
- Die Rechte 14, 30, 34
- Die Republikaner (REP) 10, 47, 51
- Diener des Volkes 4
- Dokumentationsstelle Rechtsextremismus 19, 32 f., 39
- eigentümlich frei 11
- Europa Terra Nostra 7
- Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e. V. (ADÜTDF) 36
- Föderation der Weltordnung in Europa (ANF) 36
- Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung (FKBF) 51
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) 18
- Freie Sachsen 4, 7, 8, 19, 28, 50
- Freies Netz Süd 15
- Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) 4
- Freundeskreis „Ein Herz für Deutschland“ Pforzheim e. V. (FHD) 33
- Freundeskreises Ulrich von Hutten 17
- FSN-TV (Frei – Sozial – National) 7
- Generalbundesanwaltschaft beim Bundesgerichtshof 33
- Generallandesarchiv Karlsruhe 32, 39, 43
- Generalstaatsanwaltschaft Berlin 48
- Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main 40
- Generalstaatsanwaltschaft Hamburg 26
- Generalstaatsanwaltschaft Sachsen 26
- Generalstaatsanwaltschaft Schleswig-Holstein 20
- Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e. V. 34
- Graue Wölfe (Ülkücü-Bewegung) 36
- Gruppe Wagner 4
- Haus der Wannseekonferenz 21 f.
- Heimattreue Deutsche Jugend (HDJ) 17, 47
- Hochschule für Polizei Baden-Württemberg 25
- Identitäre Bewegung (IB) 5, 7, 12, 14, 20, 44
- Identität und Demokratie (Fraktion im Europäischen Parlament) 23
- Innenministerium Baden-Württemberg 25, 34, 36, 41
- Institut für Bürgerrechte & öffentliche Sicherheit e.V. 32
- Institut für Staatspolitik (IFS) 13
- Institute for Strategic Dialogue Deutschland (ISD) 19
- Intermarium Support Group (ISG) 13
- Internationales Auschwitz Komitee 30, 42
- Jobbik 4

- Junge Alternative (JA) 37
 Junge Freiheit (JF) 8, 19, 25, 51
 Junge Nationalisten (JN) 4, 14, 18, 49
 Junge Nationaldemokraten (JN)
 – siehe Junge Nationalisten –
 Jungeuropa Verlag 12
 Kabinettsausschuss „Entschlossen gegen Hass
 und Hetze“ (Baden-Württemberg) 25
 Katehon 5
 Kongress Ukrainischer Nationalisten 4
 Konrad-Adenauer-Stiftung Sachsen 18
 Konzentrationslager Sachsenhausen 13
 Kopp Verlag 11
 Landgericht Berlin 42
 Landgericht Erfurt 35
 Landgericht Frankfurt am Main 33
 Landgericht Leipzig, Dienstgericht für Richter 42
 Landgericht Mainz 21, 28
 Landgericht Mannheim 27
 Lega Nord 4
 Marxistisch-Reichistische Initiative (MRI) 19
 Metalist Charkiw 13
 Nation & Europa (NE) 27
 Nationaldemokratische Partei Deutschlands
 (NPD) 4, 5, 7, 14, 15, 17, 18, 26, 30, 31, 34, 49
 Nationalkorps 4, 12 f.
 Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV) 43
 Netzwerk Junge Bürgermeister*innen 32
 Neue Stärke Partei (NSP) 12, 14
 Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN)
 12, 13
 Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) 30
 Politically Incorrect 26, 44
 Priesterbruderschaft St. Pius X 11
 QAnon 39, 50
 Rechter Sektor 4, 12
 Reichsbürger 27, 29, 34, 36, 39, 48, 49, 50
 Russische Reichsbewegung (RIM) 4
 Sachsen-Anhalt 8, 17, 31, 37, 45
 Saxo Silesia 20
 Selbstverwalter
 – siehe Reichsbürger –
 Skinheads Sächsische Schweiz (SSS) 14
 Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft
 (SWG) 23
 Staatsanwaltschaft Karlsruhe 29, 34
 Nordhav-Stiftung 21
 Svoboda 4
 Thanilo Verlags- und Vertriebs-GmbH 19
 Tichys Einblick 25
 Ülkücü-Bewegung (Graue Wölfe) 36
 Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine
 in Europa e. V. (ATİB) 36
 Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes –
 Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten
 (VVN-BdA) 25
 Verfassunggebende Versammlung (VV) 34
 Verfassungsschutz Baden-Württemberg 41, 44
 Verfassungsschutz Bayern 25
 Verfassungsschutz Bund 20, 25, 29, 46
 Verfassungsschutz Mecklenburg-Vorpommern 17
 Verfassungsschutz Sachsen 28, 42
 Verfassungsschutz Sachsen-Anhalt 37
 Vernichtungslager Belzec 38
 Vernichtungslager Sobibor 38
 Vernichtungslager Treblinka 38
 Verwaltungsgericht Köln 37
 Verwaltungsgericht Magdeburg 37
 Wiking-Jugend (WJ) 17
 Zentrale Ansprechstelle für Amts- und
 Mandatsträger (LKA Baden-Württemberg) 41
 Zentrale Meldestelle für Strafbare Inhalte
 im Internet (ZMI) 41
 Zentralrat Deutscher Sinti und Roma 40, 43
 Zentralstelle zur Bekämpfung der Internet-
 kriminalität (ZIT) 40
 Zentrum Automobil 28, 44
 Zentrumspartei 21
 Zuerst! 5, 7, 8, 11, 27, 43, 46
 Zur Zeit 23
-

Personen

Abal, Daniel Lede 44
 Auerbacher, Inge 24
 Ausonius, John 33
 Avakov, Arsen 12
 B., Karl Burghard 27
 B., Thiemo 27
 Baltruschat, Klaus 30
 Bandera, Stepan 12 f.
 Bandulet, Bruno 11
 Banghard, Werner 43
 Bätzing, Georg 29
 Bauer, Theresia 23, 32
 Baum, Christina 17, 23, 28
 Bearth, Ignaz 17 f.
 Berndt, Hans-Christoph 31
 Bilezkyj, Andrij 12
 Blume, Michael 39
 Böhme, Herbert 27
 Bormann, Martin 21
 Brandner, Stephan 25, 47
 Christophersen, Thies 22
 Chrupalla, Tino 37
 Cremer, Hendrik 27
 D., Kay 30
 D., Klaus 27
 Daimagüler, Mehmet 43
 Darré, Walther 17
 Deckert, Günter 49
 Druide Burgos von Buchonia
 – siehe Karl Burghard B. –
 Dugin, Alexander 5
 E., Frank 27
 Eggers, Kurt 17
 Ehrhardt, Arthur 27
 Eichmann, Adolf 21
 Elsässer, Jürgen 10, 33
 Faeser, Nancy 25 f., 30, 38, 46 f.
 Fischer, Matthias 43
 Franz, Frank 7
 Gansel, Jürgen 30
 Gauland, Alexander 23, 51
 Gedeon, Wolfgang 45
 Gögel, Bernd 26, 33, 43, 47
 Göring, Hermann 21
 Grage, Stefan 30
 Gültekin, Gökhan 30
 Gürbüz, Sedat 30
 Gysi, Gregor 30
 Haldenwang, Thomas 46
 Hartwig, Roland 23
 Hashemi, Said Nesar 30
 Haverbeck, Ursula 34
 Hedin, Sven 31
 Hemmelgarn, Udo 8
 Hepp, Odfried 32
 Herrmann, Joachim 49
 Herzog, Roman 24
 Hess, Martin 25
 Heubner, Christoph 30, 42
 Heydrich, Reinhard 21
 Hilse, Karsten 18
 Höcke, Björn 9, 18, 28, 31, 32, 42
 Hoevels, Fritz Erik 19
 Iljin, Iwan 6
 J., Manfred 29
 Janukowitsch, Wiktor 4
 K., Stefan 30
 Kaden, Eric 17
 Kalbitz, Andreas 47
 Kallina, Bernd 23
 Kierpacz, Mercedes 30
 Kirchner, Oliver 31
 Klauß, Miguel 38
 Klopfer, Gerhard 21
 Kohlmann, Martin 8, 19
 Königsberg, Sigmunt 13
 Köpping, Petra 31
 Kramer, Heinrich 39
 Kramer, Nikolaus 31
 Krawtschenko, Mykola 12
 Kretschmann, Winfried 31, 32
 Kretschmer, Michael 31
 Kuban, Tilman 20
 Kubitschek, Götz 13
 Kunze, Klaus 10
 Kunze, Torsten 40
 Kurtović, Hamza 30
 Landogart, Baldur
 – siehe Tobias Schulz –
 Lauterbach, Karl 17, 31
 Le Pen, Marine 4
 Lehmann, Sven 17
 Levy, Mickey 21, 24
 Liebich, Sven 26

- Lindemann, Gunnar 8
 Lorek, Jens 19
 Lübcke, Walter 30, 38
 Lucke, Bernd 23
 Maaßen, Hans-Georg 20, 51
 Maegerle, Anton 32
 Maier, Jens 42
 Malsack-Winkemann, Birgit 42
 Mandic, Dubravko 20
 Mannheimer, Michael
 – siehe Karl-Michael Merkle –
 Markovics, Alexander 5
 Matissek, Daniel 47
 Melnyk, Andrij 13
 Merkel, Angela 27
 Merkle, Karl-Michael 44
 Meuthen, Jörg 23
 Michaelis, Axel 7
 Möbus, Hendrik 15
 Mohler, Armin 51
 Möller, Stefan 28
 Müller, Mario 7
 Münch, Holger 41
 Munier, Dietmar 5, 8
 Naidoo, Xavier 39
 Nemitschew, Konstantin 13
 Nerling, Nikolai 22
 Nierth, Markus 32
 Ochsenreiter, Manuel 8
 Olegowitsch, Sergej 13
 Orban, Viktor 4
 Otte, Henning 31
 Păun, Vili Viorel 30
 Petry, Frauke 23
 Pühse, Jens 7
 Putin, Vladimir 4 – 12, 14, 15, 45
 Rackow, Thomas 14
 Ranzenberger, Dominic 49
 Räßle, Stefan 28
 Reichardt, Martin 23
 Reinhard, Wolfgang 18
 Rose, Romani 40, 43 f.
 Roth, Michael 13
 Rudolf, Germar 38 f.
 Rudy, Thomas 9
 Ruge, Sylvia 42
 Salomon, Alexander 23
 Salvini, Matteo 4
 Saraçoğlu, Fatih 30
 Schilling, Claudia 26
 Schmidt, Helmut 40
 Schmidt, Stefan 50
 Schneiders, Nicole 40
 Scholz, Olaf 24, 25, 27
 Schönhagen, Benigna 45
 Schreiber, Peter 7
 Schrenck-Notzing, Caspar von 51
 Schultze-Rhonhof, Gerd 11, 33
 Schulz, Tobias 14
 Schuster, Josef 20, 36
 Schwesig, Manuela 31
 Selenskyj, Wolodymyr Oleksandrowytsch 4, 11, 13
 Sellner, Martin 12, 33
 Semenjaka, Olena 13 f., 15
 Snyder, Timothy 6
 Stein, Dieter 25, 51
 Stein, Philip 12
 Steinbach, Erika 9, 23
 Steinmeier, Frank-Walter 24, 38
 Storch, Beatrix von 17, 51
 Strobl, Thomas 25, 40
 Szarata, Daniel 31
 Sziborskyj, Mykola 12
 Tillschneider, Hans-Thomas 9
 Unvar, Ferhat 30
 Urban, Jörg 5, 31
 Utkin, Dmitri 4
 Voigt, Udo 7, 30
 Vonarb, Julian 31
 Wegge, Carmen 31
 Weidel, Alice 8, 22, 27, 51
 Weißmann, Karlheinz 8
 Wendt, Malte 19
 Werner, Steffen 38
 Wilders, Geert 4
 Williamson, Richard 11
 Wirth, Christian 38
 Witt, Uwe 21
 Wohlleben, Ralf 40
 Wolffsohn, Michael 18
 Worch, Christian 34
 Zmigrod, Blanka 33
-

Erscheinungsdatum: Juni 2022

Impressum: Landesarchiv Baden-Württemberg
Dokumentationsstelle Rechtsextremismus
www.landesarchiv-bw.de/dokumentationsstelle

Text / Redaktion: Dokumentationsstelle Rechtsextremismus

Gestaltung: Xdream GmbH, Karlsruhe

Das Heft erscheint vierteljährlich und wird als PDF-Datei kostenlos abgegeben.
Abonnement-Bestellungen sind unter folgender E-Mail-Anschrift möglich:
dokumentationsstelle@la-bw.de

